

ezra
MOBIT
KomRex
IDZ
(Hrsg.)

RECHTS

EXTREMISMUS

Thüringer
Zustände

UND GRUPPEN

BEZOGENE

MENSCHEN

FEINDLICHKEIT

IM FREISTAAT

THÜRINGEN

Fakten und Analysen | 2021

Thüringer Zustände

**RECHTSEXTREMISMUS
UND GRUPPENBEZOGENE
MENSCHENFEINDLICHKEIT
IM FREISTAAT THÜRINGEN**

INHALT

Grußwort der Präsidentin
des Thüringer Landtages — 6
Vorwort — 8

JANINE DIECKMANN

Antidiskriminierungsarbeit
und Diskriminierungsthemen
in Thüringen — 10

JOËL BEN-YEHOSHUA, LISA JACOBS UND ANJA THIELE

Jüdische Perspektiven auf
Antisemitismus in Thüringen — 17

DANIEL GESCHKE UND AXEL SALHEISER

Polizeilich erfasste Hass-
kriminalität in Thüringen — 23

FRANZ ZOBEL

Rechte, rassistische und
antisemitische Gewalt
in Thüringen — 29

MOBIT-TEAM

Die extreme Rechte
in Thüringen — 35

THERESA LAUSS, MARINA SCHULZ UND MARCELLO HELWIG

Der Mord an Mario K.
in Altenburg im Kontext
LSBTIQA*-feindlicher Gewalt
in Thüringen — 45

FRANZISKA SCHESTAK-HAASE

Rassismus in Thüringen:
Selbstorganisation und
Empowerment als Antwort — 51

PHILIPP MILLIUS

Blackbox Erstaufnahmeeinrichtung:
Innenansichten des Ankommens
in Thüringen — 56

KRISTIN PIETRZYK UND RASMUS KAHLÉN

Ballstädt — eine Tragödie
in zwei Akten — 64

CYNTHIA MÖLLER, MATTHIAS KOCH UND MARIE MOHRMÜLLER

Die Thüringer AfD bei der
Bundestagswahl 2021 — 76

ANNE KÜPPERS, VOLKER BRANDY UND MARION REISER

Corona-Skepsis und Rechts-
extremismus — der Einfluss
der Coronapandemie auf
die politischen Einstellungen
in Thüringen — 85

Autor:inneninformationen — 94



Grüßwort der Präsidentin des Thüringer Landtages

Sehr geehrte Leserinnen und Leser, unsere Demokratie baut darauf, dass sich jede:r einbringt, einmischt und an einer guten und friedlichen Zukunft des Landes mitarbeitet. Unsere Demokratie ist Versprechen und Erwartung.

Sie sorgt einerseits zuverlässig für die Gewaltenteilung, also dafür, dass Macht nicht missbraucht werden kann. Andererseits braucht unsere Gesellschaft möglichst viele Menschen, die sich **engagiert an der Gestaltung des Landes beteiligen**. Und dazu gehören auch der **Mut und die Zivilcourage**, sich gegen menschenfeindliche Tendenzen zu stellen.

Wir wissen, auch in Thüringen gibt es Rechtspopulismus, **rassistische und antisemitische Übergriffe**, **Gewalt** gegen Journalist:innen, gegen homosexuelle Menschen und gegen Geflüchtete – und hier ist eine eindeu-

tige Haltung gefragt: Immer dann, wenn Hassverbrechen geschehen und Hass in den Online-Foren propagiert wird, ist die Bürgerschaft, die Politik, die Wissenschaft, kurzum immer dann ist die **Zivilgesellschaft gefordert**, aufzustehen und deutliche Stopp-Zeichen zu setzen.

Ich bin den Verantwortlichen, den Herausgeber:innen und den Autor:innen der Publikation »Thüringer Zustände« dankbar, dass sie auch in dieser Ausgabe **unangenehme Tatsachen** unserer Gegenwart **recherchieren** und aufzeigen. Die Veröffentlichung schärft den Blick und belegt fundiert und **faktenbasiert Missstände**, die erst durch die klare Benennung wirksam bekämpft werden können.

Es bleibt viel zu tun und gleichzeitig gibt es immer wieder Belege für eine **starke Zivilgesellschaft**. Zum Beispiel

die vielen großen und kleinen Initiativen, die geflüchteten Menschen helfen. Zum Beispiel die Schulen, Verbände, Vereine, Kirchengemeinden und Firmen, die für ein **tolerantes, weltoffenes** und freundliches **Thüringen** einstehen. Es ist dieses Engagement, welches die »Thüringer Zustände« **zum Ziel haben**, es ist dieses demokratische Einmischen, welches Thüringen auch in Zukunft für alle Menschen lebens- und liebenswert macht.

BIRGIT KELLER

Präsidentin des
Thüringer Landtages

VORWORT

Dies ist die zweite Ausgabe der »Thüringer Zustände«, die ezra, MOBIT, KomRex und IDZ gemeinsam herausgeben. Wir fokussieren darin Phänomene der Demokratiegefährdung, des Rechtsextremismus und der Diskriminierung in Thüringen im Jahr 2021.

Viele der dargelegten Probleme sind allerdings schon lange zu beobachten. Ihre Darstellung und Einordnung bleibt deshalb aktuell. Um Kontinuitäten und Entwicklungen nachzuzeichnen, blicken wir auch etwas weiter zurück. Dies betrifft die untersuchten Formen von Abwertung, Diskriminierung und Gewalt sowie die Strukturen und Aktivitäten der radikal rechten Akteur:innen, aber auch antidemokratische Einstellungen und ihre Verbreitung im Freistaat. Besonders die im Jahr 2021 fortgesetzte antidemokratische Mobilisierung in der Corona-Pandemie hat gezeigt: Themenübergreifend werden immer wieder konkrete Anlässe genutzt, um die bestehenden radikal rechten Potenziale auszuschöpfen, von denen die

Einstellungs- und Wahlforschung schon seit Langem berichtet. Diese Publikation klärt über unterschiedliche Phänomene des Rechtsextremismus und der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit auf und mahnt den Handlungsdruck an, der sich daraus für die Thüringer Politik und Zivilgesellschaft ergibt.

Den vielfältigen Perspektiven, individuellen Selbstverständnissen, kollektiven Leitbildern und professionellen Handlungsaufträgen der Autor:innen ist geschuldet, dass die Einzelbeiträge kritische Bewertungen beinhalten. Das ist beabsichtigt: Es gilt, Rassismus,

Antisemitismus und die Umtriebe radikal bzw. extrem rechter Akteur:innen nicht nur aufzuzeigen, sondern diese deutlich zu verurteilen und sich konsequent empathisch und solidarisch mit Opfern und Betroffenen zu positionieren. Diesen Grundsätzen fühlen sich die Autor:innen der »Thüringer Zustände« verpflichtet.

Ziele der »Thüringer Zustände« sind

1) FAKTENBASIERTE DARSTELLUNG und kritische Einordnung der aktuellen Situation des Rechtsextremismus, des Antisemitismus und Rassismus, der Abwertung, Diskriminierung und Hassgewalt im Freistaat Thüringen

2) KOMPAKTE ANALYSEN und Überblicke aus den Perspektiven der herausgebenden Institutionen unter Berücksichtigung zivilgesellschaftlicher Perspektiven bzw. Betroffenenperspektiven sowie gegebenenfalls relevanter regionaler und lokaler Schwerpunktsetzungen

3) BEREITSTELLUNG einer soliden Informations- und Dokumentationsgrundlage für landesweite, regionale und kommunale politische Verantwortliche, Mitarbeiter:innen in Behörden, Bildungsinstitutionen, Akteur:innen der Zivilgesellschaft sowie Journalist:innen

Diese Publikation wurde aus Mitteln des Thüringer Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Welt-offenheit (DenkBunt) finanziert. Die vier herausgebenden Institutionen werden als Strukturprojekte des Landesprogramms vom Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport (TMBJS) gefördert.

Besonderer Dank gilt Julia Dresselhaus, Kathy Kursawe, Susanne Haldrich, Cornelius Helmert, Leila Al-Kuwaiti und Anne Tahirovic (IDZ) sowie Uwe Adler (Weimar) für den Satz und das Layout.

Für die Herausgeber:innen

Romy Arnold — MOBIT
Franz Zobel — ezra
Cynthia Möller — KomRex
Axel Salheiser — IDZ

ANTIDISKRIMINIERUNGSARBEIT UND DISKRIMINIERUNGSTHEMEN IN THÜRINGEN

Janine Dieckmann

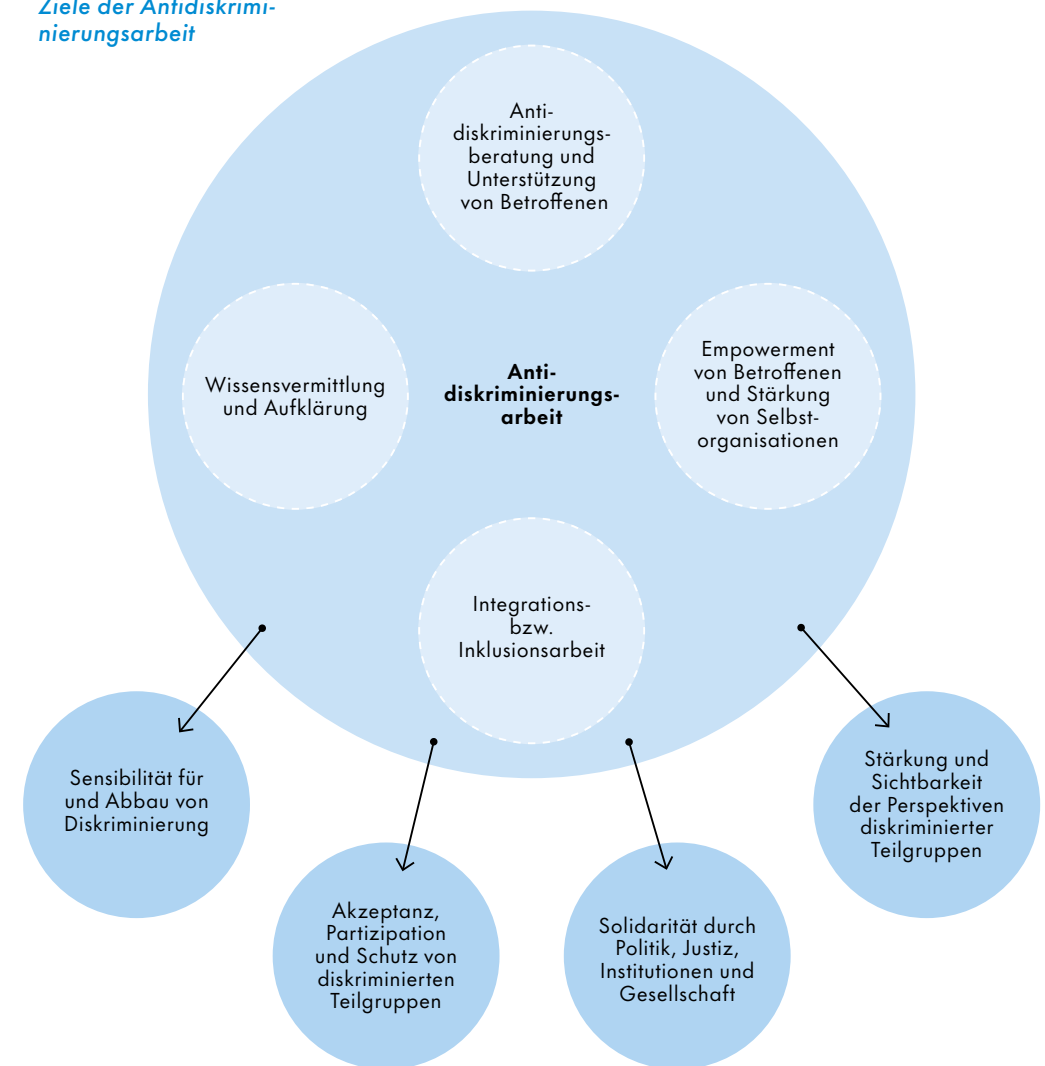
In diesem Beitrag wird erläutert, warum Antidiskriminierungsarbeit stärker als wichtiger Teil der Demokratietarbeit in Thüringen verstanden werden sollte – und dabei besonders der ländliche Raum mitgedacht werden muss. Schlaglichtartig werden für das Jahr 2021 einige Themen und Einschätzungen aus der Antidiskriminierungsarbeit zusammengetragen.

Antidiskriminierungsarbeit ist Demokratietarbeit

Um Antidiskriminierungsarbeit als eigenständigen Themenbereich der Demokratietstärkung für die politische Arbeit, wissenschaftliche Forschung und das zivilgesellschaftliche Engagement zu verstehen, ist es zunächst notwendig, ein vollumfängliches Bild zu zeichnen. Generell fokussiert die Wahrnehmung von »Demokratiegefährdungen« vor allem auf die Gefahren und Angriffe des Rechtsextremismus bzw. Rechtspopulismus. Vor dem Hintergrund der Thüringer Geschichte des Rechtsextremismus und der politischen Verhältnisse bleibt es nach wie vor wichtig, kontinuierliche Demokratietarbeit gegen Rechtsextremismus, rechtsextreme Akteur:innen und Mobilisierungen zu leisten. Dennoch bedeutet die alleinige Fokussierung der Demokratietarbeit auf diese Themen eine Vernachlässigung weiterer demokratiegefährdender Phänomene. Denn die gesellschaftliche Teilhabe, Partizipation sowie die freiheitliche individuelle Lebensführung vieler Menschen in Thüringen wird auch durch zahlreiche diskriminierende Denkmuster und Strukturen eingeschränkt. Allzu oft ist das allgemeine Verständnis von Diskriminierung zu eng mit rechtsextremen Motivationen verknüpft, beispielsweise die Diskriminierung aus rassistischen Gründen, aufgrund von Antisemitismus oder Queerfeindlichkeit. Das Engagement gegen Rechtsextremismus wird oftmals mit dem Engagement gegen Rassismus gleichgesetzt. Die konzeptuelle

Überschneidung ist durchaus gegeben. So haben die meisten rassistischen Straftaten, nicht nur in Thüringen, rechtsextreme Tathintergründe (vgl. Beitrag von Geschke und Salheiser in diesem Band). Jedoch ist es wichtig, eine analytische Trennung von Rechtsextremismus und beispielsweise Rassismus, als eine in der Gesellschaft viel weiter verbreitete Ungleichwertigkeitsideologie, vorzunehmen. Denn der Abbau von Rassismus in der Gesellschaft – und damit Antirassismusarbeit – erschöpft sich nicht in der Bekämpfung von Rechtsextremismus.

ABBILDUNG 1: Überblick über Inhalte und Ziele der Antidiskriminierungsarbeit



Zur Vollständigkeit des Verständnisses von Antidiskriminierungsarbeit gehört, sie in Teilbereiche zu differenzieren (siehe Abb. 1). Ein wichtiger Teilbereich der Antidiskriminierungsarbeit besteht in der *Wissensvermittlung, Sensibilisierung und Aufklärung* in Bezug auf unterschiedliche Vielfaltsdimensionen (z. B. kulturell, geschlechtlich, sexuell) bzw. über Ungleichwertigkeitsideologien in der Gesellschaft (z. B. Rassismus, Sexismus, Behinderungsfeindlichkeit). Zweitens verhindern die Anerkennung gesellschaftlicher Vielfalt und haben diskriminierende Auswirkungen für alle Menschen, die nicht den gesellschaftlichen Normalitätsvorstellungen entsprechen. Weiterhin gehören zur Antidiskriminierungsarbeit auch die *Beratung und Unterstützung von Betroffenen*. Durch professionelle Antidiskriminierungsberatung können 1) die massiven Auswirkungen von Diskriminierung für Betroffene verringert werden, 2) der konkrete Vorfall als illegitim angefochten werden (z. B. Kündigung eines Jobs aus rassistischen Gründen) und 3) die Vorfälle systematisch dokumentiert werden. Auch die *Arbeit zur Integration und gesellschaftlichen Inklusion* sowie das *Empowerment* von Menschen, die von Diskriminierung betroffen sind, sind wichtige Felder der Antidiskriminierungsarbeit, denn sie tragen zu mehr Sichtbarkeit und zur Stärkung der Bedarfe von diskriminierten Teilgruppen in der Gesellschaft bei.

Eine strukturell verankerte Arbeit in diesen Teilbereichen führt zu einem kontinuierlichen *Abbau von Diskriminierung* in der Gesellschaft. Alle Bereiche tragen auf unterschiedlichen Ebenen dazu bei, diskriminierungskritische Perspektiven in Institutionen und Kommunen zu schaffen sowie mehr *Akzeptanz, Partizipation und Schutz diskriminierter Gruppen* zu ermöglichen. Ihre Perspektiven und Bedarfe werden sichtbarer und gestärkt. Letztendlich erhöht Antidiskriminierungsarbeit auch das Problembewusstsein, die Verantwortungsübernahme und die Solidarität mit Betroffenen durch Politik und Mehrheitsgesellschaft.

Diskriminierung in Thüringen abbauen heißt, den ländlichen Raum mitdenken

Schauen wir in Thüringen auf gesellschaftliche Diskriminierungsthemen und -vorfälle, auf diskriminierende Denkmuster und Strukturen, dann muss der Blick immer auch in den ländlichen Raum gehen. Laut Ländlichkeitsindex des Thünen-Instituts gelten nur Erfurt und Jena als Großstädte. Der Rest des Bundeslandes ist als ländlich einzustufen (Küpper 2016). Trotz der Unterschiedlichkeit aller ländlichen Regionen (z. B. geografisch, infrastrukturell, sozioökonomisch, poli-

tisch-kulturell), bleibt die »Ländlichkeit« in Thüringen der regional prägende Standard. Dennoch bleibt oftmals die Demokratiewerk in Bezug auf (Anti-)Diskriminierungsthemen in städtischen Kontexten und Diskursen verortet. So finden generell in Deutschland die meisten öffentlichen und politischen Diskurse wie auch die Forschung zu Rassismus, Antisemitismus oder Sexismus oftmals nur in städtischen Bezügen statt. Infolge dessen fokussiert die politische und zivilgesellschaftliche Arbeit zum Abbau gesellschaftlicher Ungleichwertigkeitsideologien und ihrer Auswirkungen – also Antidiskriminierungsarbeit – meist auf Großstädte bzw. städtische Kontexte. Obwohl in Thüringen viel Demokratiewerk und zivilgesellschaftliches Engagement im Sinne der Positionierung gegen Rechtsextremismus in ländlichen Regionen stattfindet, muss vor allem konkrete Antidiskriminierungsarbeit in ländlichen Kommunen noch stärker als Demokratiewerk anerkannt und strukturell aufgebaut werden.

Am Beispiel der Antirassismuserbeit und des Eisenberger Stadtfestes lässt sich dies beschreiben: In der Rassismusforschung findet zunehmend eine inhaltliche Differenzierung der unterschiedlichen Auswirkungen und Zielgruppen von Rassismus statt (u. a. anti-Schwarzer, anti-muslimischer, anti-asiatischer, Rassismus gegen Sinti:zze und Rom:nja). Auch in der deutschlandweiten aktivistischen bzw. zivilgesellschaftlichen Antirassismuserbeit zeigt sich dieser differenzierte Ansatz in Form von unterschiedlichen Bewegungen (z. B. #BlackLivesMatter) sowie spezifischen Aufklärungs- und Weiterbildungsprojekten. Ein Schwerpunkt zahlreicher Antirassismusprojekte ist es beispielsweise, sich dafür einzusetzen, aktuelle rassistische Ungleichheiten im Zusammenhang mit dem Ursprung des Rassismus in der Kolonialzeit aufzuzeigen. Sie hinterfragen die deutsche Erinnerung an diese Zeit rassistisch, zeigen Spuren des Kolonialismus bis in die heutige Zeit auf und engagieren sich, diese abzubauen (Dekolonialisierung). Vor allem in Städten setzen sich viele Initiativen für die Umbenennung von Straßen und Gebäuden sowie gegen Rassismus reproduzierende Symbolik und Begriffe ein. Im Gegensatz dazu hat sich im ländlichen Thüringen die Stadt Eisenberg im Jahr 2019 entschieden, ihr wiederbelebtes Stadtfest mit einem diskriminierenden Begriff für Schwarze Menschen zu benennen (Wilmot 2019). Trotz mehrjähriger Intervention, u. a. der *Initiative Schwarzer Menschen Thüringens* und des Thüringer Antidiskriminierungsnetzwerks *thadine*, hielt die Stadt auch 2021 am Festnamen (und am Beinamen der Stadt) fest. Anhand dieses Beispiels zeigt sich: Der Vermittlung wissenschaftlicher Diskurse zu Rassismus sowie der Übertragung antirassistischer Ansätze in den ländlichen Raum muss besondere Bedeutung beigemessen werden. Es braucht spezifische Bildungsarbeit und zielgruppenorientierte

Formate. Die Konzepte und Netzwerke von Antirassismuserbeit aus städtischen Kontexten können nicht Eins-zu-eins in ländliche Regionen übertragen werden. Sie brauchen Anpassung an ländliche Gegebenheiten. Diese sind u. a. durch weniger ausdifferenzierte und stabile Engagementstrukturen und weniger Menschen mit Migrationshintergrund charakterisiert. Auch das Hinterfragen traditionell verankerter – in Thüringen auch DDR-sozialisierter – Denkmuster kann im ländlichen Raum eine zusätzliche Herausforderung darstellen. Grundsätzlich liegen für Thüringen seit 2019 zahlreiche Handlungsempfehlungen aus der Arbeit der Enquetekommission »Ursachen und Formen von Rassismus und Diskriminierungen in Thüringen [...]« des Thüringer Landtages vor.¹ Jedoch blieben diese auch 2021 größtenteils unbeachtet und müssen weiterhin beständig in den Aufmerksamkeitsfokus der Politik geholt werden. Zumindest ein Teilerfolg ist der Aufbau einer communitybasierten unabhängigen Antidiskriminierungsstelle. Diese konnte Ende 2021 beginnen. Eine landesweit mit Selbstorganisationen eng vernetzte Antidiskriminierungsberatungsstelle ist in einem ländlichen Bundesland wie Thüringen ein wichtiger Schritt. Durch unterschiedliche Beratungs- und Aufklärungsformate kann sie auch Menschen im ländlichen Raum, die u. a. von rassistischer Diskriminierung betroffen sind, erreichen und unterstützen.

Weitere Einschätzungen

In Ergänzung weiterer Beiträge der »Thüringer Zustände 2021« (siehe Beitrag von Millius zur Diskriminierung von Geflüchteten; siehe Lauß, Schulz und Helwig zur Diskriminierung von queeren Menschen) werden im Folgenden schlaglichtartig Einschätzungen zu Themen der Antidiskriminierungsarbeit 2021 berichtet, deren Grundlage eine Abfrage im zivilgesellschaftlichen Kuratorium des IDZ² darstellt.

Die *Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e.V.* (BAG-W) dokumentiert mithilfe einer systematischen Presseanalyse deutschlandweit Gewaltfälle gegen Wohnungslose. Methodisch bedingt wird dabei nur ein Bruchteil aller tatsächlichen Taten bekannt. So wurde, von bundesweit 53 dokumentierten Gewaltfällen gegen wohnungslose Menschen (durch nicht-wohnungslose Täter:innen), 2021 für Thüringen nur ein Fall bekannt (Stand: 30.09.2021): In Nordhausen wurde vor einem Einkaufszentrum auf einen wohnungslosen Mann eingedrungen.³ Dass Gewalttaten und Diskriminierung gegen wohnungslose

¹ <https://th.rosalux.de/publikation/id/42280/rassismus-und-diskriminierung-bekaempfen> [20.03.2022].

² www.idz-jena.de/ueber-das-institut/kuratorium [20.03.2022].

³ www.pressreader.com/germany/thuringer-allgemeine-nordhausen/20210619/textview [20.03.2022].

Menschen deutschlandweit ein gesellschaftliches Problem darstellen, verdeutlicht auch der Forschungsbericht »Diskriminierung und Hassgewalt gegen wohnungslose Menschen« des IDZ (Geschke 2021).

Der *Landesfrauenrat Thüringen* (LFR) berichtet, dass die Corona-Pandemie vor allem Mütter überdurchschnittlich stark belastet hat. So führten die Schul- und Kita-Schließungen dazu, dass viele Mütter ihre Care-Arbeit zeitlich erhöhen mussten. Das wirkte sich negativ auf ihre berufliche Arbeit sowie ihre psychische Konstitution aus. Auch Angebote für Frauen rund um die Geburt waren nur eingeschränkt verfügbar. Generell ist die Tendenz zu verzeichnen, dass Geburtsstationen in Thüringen schließen und der Bedarf an Hebammen das Angebot übersteigt. Positiv zu bewerten im Sinne der Umsetzung der Istanbul-Konvention zum Schutz von Frauen vor Gewalt⁴ ist, dass der Aufbau zweier Fachberatungsstellen im Jahr 2021 gestartet ist – eine gegen Menschenhandel sowie eine für Prostituierte bzw. Sexarbeiter:innen. Thüringen war bis dahin das einzige Bundesland, in dem solche Stellen nicht existierten. Laut LFR ist die Akutversorgung nach sexualisierter Gewalt (vgl. Fischer 2020) in Thüringen weiterhin nicht umgesetzt. Auch die Finanzierung des Gewaltschutzbereichs (z. B. von Frauenhäusern) ist bislang unzureichend. Folgen sind u. a. Abweisungen von Frauen bei vollen Frauenhäusern und eine hohe Arbeitsbelastung der Mitarbeitenden. Weiterhin haben verschiedene Personen kaum Zugang zu Gewaltschutzeinrichtungen: Personen, die auf Barrierefreiheit oder eine 24-h-Betreuung angewiesen sind, trans und inter Personen, Männer, Frauen mit älteren Söhnen, Suchtabhängige usw.

Der *Zentralrat Deutscher Sinti und Roma* begrüßte 2021 die überfällige Auseinandersetzung mit Antiziganismus in Deutschland durch die *Unabhängige Expertenkommission Antiziganismus* (UKA) im Auftrag des Deutschen Bundestages. Er betont: »Die Umsetzung der Empfehlungen zur Bekämpfung des Antiziganismus wird Bund, Länder und Gemeinden ebenso wie die Zivilgesellschaft vor erhebliche Herausforderungen stellen, denn [...] die UKA stellt fest, dass Antiziganismus in Deutschland als Normalität gilt und als Normalität wahrgenommen wird, dass also ein Bewusstsein und die Wahrnehmung für das Bestehen massiver Diskriminierungen von Sinti und Roma in nahezu allen Lebensbereichen fast vollständig fehlen. [...] Antiziganismus gehörte vielmehr in einer Reihe von staatlichen Einrichtungen [...] zur Grundhaltung vieler Mitarbeitender [...]. Bis heute ist Antiziganismus in staatlichen Behörden und Handeln zu finden.«⁵

⁴ www.unwomen.de/informieren/internationale-vereinbarungen/die-istanbulkonvention.html [20.03.2022].

⁵ www.zentralrat.sintiundroma.de/stellungnahme-des-zentralrats-deutscher-sinti-und-roma-zum-bericht-der-unabhaengigen-kommission-antiziganismus-uka/ [20.03.2022].

In Ergänzung dieser Einschätzungen sei auf die wichtige Antidiskriminierungsarbeit in Thüringen zum Abbau von Diskriminierung gegenüber Menschen mit Behinderungen und Beeinträchtigungen hingewiesen: Einen Einblick für das Jahr 2021 geben die Newsletter des Thüringer Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderungen.⁶

LITERATUR

- Geschke, Daniel (2021):** Diskriminierung und Hassgewalt gegen wohnungslose Menschen. Forschungsbericht des Instituts für Demokratie und Zivilgesellschaft. Online: www.idz-jena.de/pubdet/forschungsbericht-diskriminierung-und-hassgewalt-gegen-wohnungslose-menschen-1 [20.03.2022].
- Fischer, Lisa (2020):** Akutversorgung nach sexualisierter Gewalt Zur Umsetzung von Artikel 25 der Istanbul-Konvention in Deutschland. Deutsches Institut für Menschenrechte. Online: www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/Redaktion/Publikationen/Analyse_Studie/Analyse_Akutversorgung_nach_sexualisierter_Gewalt.pdf [20.03.2022].
- Küpper, Patrick (2016):** Abgrenzung und Typisierung ländlicher Räume. Thünen Working Paper 68. Online: literatur.thuenen.de/digbib_extern/dn057783.pdf [20.03.2022].
- Wilmot, Viviann Moana (2019):** Das M-Wort als Ausdruck von Kolonialität – anhand eines aktuellen Beispiels aus Thüringen. Wissen schafft Demokratie, 7, 110–123. Online: www.idz-jena.de/wsddet/wsd7-11 [20.03.2022].

⁶ www.tlmb-thueringen.de/aktuelles/newsletter/newsletter-archiv/ [20.03.2021].

JÜDISCHE PERSPEKTIVEN AUF ANTISEMITISMUS IN THÜRINGEN

Joël Ben-Yehoshua, Lisa Jacobs
und Anja Thiele

Einleitung

In aktuellen Debatten über Antisemitismus in Deutschland richtet sich der Blick oft auf die Täter:innen. Die öffentliche Wahrnehmung von Antisemitismus wird dominiert von polizeilichen Statistiken über antisemitische Straftaten sowie von der sozialwissenschaftlichen Erhebung von antisemitischen Einstellungen in der Bevölkerung. Ohne Zweifel sind beides wichtige Instrumente, um das Ausmaß von Antisemitismus in Deutschland beschreibbar zu machen (vgl. den Beitrag von Geschke und Salheiser in diesem Band). Die Perspektiven von betroffenen Juden:Jüdinnen und anderen von Antisemitismus Betroffenen bleiben jedoch oft außen vor. Dabei sind es gerade ihre Erfahrungen, die notwendig sind, um das Dunkelfeld antisemitischer Vorfälle in Deutschland aufzuhellen. Die *Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS)* in Thüringen dokumentiert antisemitische Vorfälle unter- und oberhalb der Strafbarkeitsgrenze auf Grundlage von Meldungen durch Betroffene und Zeug:innen und macht auf diese Weise deren Perspektiven sichtbar. Darüber hinaus befragte RIAS Thüringen im Zuge einer qualitativen Interviewstudie zehn Juden:Jüdinnen aus Thüringen zu ihren Erfahrungen mit Antisemitismus. Im folgenden Beitrag werden die Ergebnisse der Vorfalldokumentation aus dem Jahr 2021 sowie Erkenntnisse aus den Interviews zusammengeführt.⁷

⁷ Beide Berichte finden sich auf www.idz-jena.de/rias-thueringen.

Antisemitische Vorfälle 2021

Im Jahr 2021 dokumentierte *RIAS Thüringen* 212 antisemitische Vorfälle. Eine entscheidende Rolle spielte dabei der Antisemitismus, der im Kontext der Proteste gegen die Corona-Maßnahmen geäußert wurde. 120 Vorfälle waren E-Mails, Briefe und andere Zuschriften, die aus Protest gegen die Infektionsschutzmaßnahmen im Rahmen gezielter Aktionen an die *Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora* sowie das *IDZ Jena* geschickt wurden. Diese beiden gut dokumentierten Einzelereignisse verdoppeln die Anzahl der dokumentierten Vorfälle im Jahr 2021: Ohne beide Ereignisse verzeichnete *RIAS Thüringen* 92 antisemitische Vorfälle im Jahr 2021 in Thüringen. Um statistische Verzerrungen zu vermeiden, wurden die beiden Einzelereignisse in den folgenden Betrachtungen ausgeklammert. Auch ohne die beiden Einzelereignisse wiesen immer noch 23 Prozent der dokumentierten Vorfälle einen Bezug zur Covid-19-Pandemie auf.

Mit Blick auf den politischen Hintergrund der Täter:innen ergibt sich ein ausdifferenziertes Bild der Zusammensetzung der Täter:innen. Markant ist dabei der Einfluss der oftmals verschwörungsideologischen Proteste für den Antisemitismus in Thüringen: Zehn Prozent der dokumentierten Vorfälle konnten dem politischen Hintergrund »verschwörungsideologisch« zugeordnet werden. Des Weiteren hatten 37 Prozent der Täter:innen einen rechtsextremen Hintergrund, 19 Prozent der Täter:innen waren Akteure aus dem Feld des antiisraelischen Aktivismus, vier Prozent aus dem linken Antiimperialismus. Der Anteil der Täter:innen aus der »politischen Mitte« lag bei drei Prozent, zwei Prozent wurden dem Hintergrund »christlich« zugeordnet. Bei 25 Prozent der dokumentierten Vorfälle konnte der politische Hintergrund nicht bestimmt werden.

Im Kontext der Coronaleugner:innen- und Impfskeptiker:innen-Bewegung waren die am häufigsten geäußerten antisemitischen Motive geschichtsrevisionistische und Shoah-relativierende Aussagen. Insgesamt war 2021 der sogenannte Post-Shoah-Antisemitismus, dem solche Formen von NS-Relativierung zugerechnet werden, das am häufigsten dokumentierte antisemitische Motiv in Thüringen: 75 Prozent aller Vorfälle konnten dieser Kategorie zugeordnet werden. 40 Prozent der Vorfälle beinhalteten modernen Antisemitismus, das heißt Verschwörungsideologien, 27 Prozent israelbezogenen Antisemitismus, 17 Prozent stellten Formen antisemitischen Otherings dar. Antijudaistische Motive wurden in neun Prozent der Vorfälle dokumentiert.

Antisemitismus in Thüringen aus jüdischer Perspektive

Zwischen Juli 2021 und Januar 2022 wurden zehn leitfadengestützte Interviews mit Juden:Jüdinnen aus Thüringen durchgeführt. Neben Funktionsträger:innen und Mitgliedern der *Jüdischen Landesgemeinde (JLGT)* wurden auch Personen befragt, die öffentlich als Juden:Jüdinnen wahrnehmbar sind. Die Befragten leben in sechs verschiedenen Groß- und Mittelstädten in Thüringen und waren zum Zeitpunkt der Befragung zwischen 20 und 77 Jahren alt. Dabei wurde nicht nur nach aktuell erlebten Vorfällen von Antisemitismus gefragt, sondern auch nach länger zurückliegenden Erfahrungen von antisemitischer Diskriminierung im Verlauf der eigenen Biografie.⁸

Alle Befragten brachten zum Ausdruck, dass sie sich aktuell mit Antisemitismus beschäftigen und Antisemitismus in Deutschland intensiv beobachten. Oft wurde das Attentat von Halle aus dem Jahr 2019 als einschneidendes Datum genannt. Die meisten Befragten gaben an, dass sie das Verhalten der nichtjüdischen »Mehrheitsgesellschaft« ihnen gegenüber oft als subtile Ablehnung oder Exotisierung wahrnehmen. Bis auf eine:n der Befragten berichteten alle, schon einmal selbst Antisemitismus erfahren zu haben. Auch die Interviewten, die die Frage nach eigenen Antisemitismuserfahrungen zunächst verneinten, berichteten im Laufe des Interviews von eigenen Erfahrungen mit Antisemitismus. Das anfängliche Bestreiten kann möglicherweise darauf zurückzuführen sein, dass Antisemitismus für viele Juden:Jüdinnen so alltäglich ist, dass sie Antisemitismus selbst gar nicht als erzählenswert erleben oder aber, dass sie die schmerzhaften Vorfälle aus Selbstschutz verdrängen.

Vorfalltypen des Antisemitismus in Thüringen

RIAS Thüringen unterscheidet zwischen sechs Typen antisemitischer Vorfälle: 1) *extreme Gewalt*, 2) *Angriffe*, 3) *Bedrohungen*, 4) *gezielte Sachbeschädigungen*, 5) *Massenzuschriften*, 6) *verletzendes Verhalten*. Als verletzendes Verhalten werden Vorfälle bezeichnet, bei denen Personen mündlich oder schriftlich gezielt antisemitisch adressiert werden.

Keine:r der Befragten wurde bislang Opfer von extremer Gewalt, allerdings sind den meisten Befragten gewalttätige Anschläge auf die jüdische Community in Deutschland sehr präsent. Von Angriffen berichteten mehrere Befragte, darunter Vorfälle aus der eigenen Kindheit:

⁸ Die in diesem Beitrag genannten Vorfälle geschahen demnach nicht nur in Thüringen.

Nachdem andere Jugendliche herausgefunden hatten, dass der:die Befragte Jude:Jüdin ist, wurde er:sie als »Scheiß Jude« beschimpft und in eine Schlägerei hineingezogen. Auch heute wird das Wort »Jude« vor allem, aber nicht nur im Schulkontext als Schimpfwort verwendet (vgl. Bernstein 2020). So wurde ein:e Befragte:r und sein:ihr Kind in einem aktuellen Vorfall während einer Zugfahrt als »Jude« beschimpft, wobei der:die Angreifer:in versuchte, dem Kind den Mund-Nasenschutz herunterzureißen. Die Aggressivität des Vorfalls verdeutlicht die hohe Gewaltbereitschaft der sogenannten Coronaleugner:innen, denen der:die Täter:in mutmaßlich zugerechnet werden kann. Darüber hinaus wurden vielfach Bedrohungen geschildert. Bei einem Vorfall im digitalen Raum wurde einem:r Betroffenen explizit gedroht, dass »den Juden richtig der Garaus gemacht« werden solle. Eine weitere Person hatte Drohbriefe erhalten; eine dritte Person nannte Drohungen gegen eine jüdische Gemeinde. Fast alle Befragten erinnerten sich an gezielte Sachbeschädigung, etwa an die Schändung von jüdischen Friedhöfen und Grabsteinen in Thüringen, Hakenkreuz-Schmierereien an Synagogen sowie an rechtsextreme Aufkleber, die die Shoah verharmlosen oder den Nationalsozialismus verherrlichen.

Am häufigsten erlebt wurde verletzendes Verhalten: Hiervon berichteten neun von zehn Befragten. Eine Person erzählte beispielsweise von einem Gespräch mit einem »gut ausgebildeten« Studenten, der an eine jüdische Weltverschwörung glaubt. Eine weitere Person schilderte, dass ein Schweinekopf auf das Gelände der jüdischen Gemeinde geworfen wurde. Immer wieder erlebten die befragten Juden:Jüdinnen, dass ihnen eine Mitschuld am Antisemitismus gegeben wird: Ein:e Befragte:r berichtete, dass ihm:ihr gegenüber geäußert wurde, man müsse sich nicht wundern, dass »man die Juden nicht leiden könne«, wenn sie so habgierig seien. Die Unterstellung einer »jüdischen« Habgier ist ein jahrhundertealtes antisemitisches Stereotyp, ebenso wie das Stereotyp von Juden als »Geldmensen«, das vier der Befragten nannten. Eine weitere Person berichtete von Problemen jüdischer Kinder an Schulen sowie von mangelnder Unterstützung vonseiten der Lehrkräfte.

Erscheinungsformen

Der Bundesverband RIAS unterscheidet fünf Erscheinungsformen von Antisemitismus: 1) *antisemitisches Othering*, 2) *moderner Antisemitismus*, 3) *antijudaistischer Antisemitismus*, 4) *Post-Shoah-Antisemitismus* und 5) *israelbezogener Antisemitismus*, wobei ein Vorfall auch mehreren Erscheinungsformen zugeordnet werden kann. In den Interviews wurden alle Erscheinungsformen von Antisemitismus genannt.

Beim antisemitischen Othering werden Juden:Jüdinnen als fremd oder nicht zum eigenen Kollektiv gehörig markiert. Die Hälfte der Befragten berichtete von Fällen antisemitischen Otherings: Immer wieder wurde die Beschimpfung als »Jude« genannt, sei es im Schulkontext, im privaten Raum oder in öffentlichen Verkehrsmitteln. Eine Person berichtete, dass ihr vorgeworfen wurde, sie sei keine Deutsche und dass sie doch »nach Hause nach Tel Aviv oder Moskau« fahren solle. Beispiele für modernen Antisemitismus wurden ebenfalls vom Großteil der Befragten genannt, darunter am häufigsten die Fantasie einer jüdischen Weltverschwörung sowie die Verbindung von Juden mit Geld. Auch Formen von Antijudaismus, das heißt der Ablehnung der jüdischen Religion aus religiösen Gründen, wurden berichtet, wenn auch vergleichsweise seltener. So erzählt ein:e Befragte:r von einer Person einer christlichen Kirchengemeinde, die ihr Bedauern darüber äußerte, dass die Juden Jesus nicht als Messias akzeptieren würden. Dabei handelt es sich um eine uralte antijüdische Delegitimierung des Judentums.

Die am zweithäufigsten genannte Form war der Post-Shoah-Antisemitismus. So schilderte eine Person etwa einen Schulausflug in die Gedenkstätte Buchenwald: Beim Betreten der Gedenkstätte wurde der:dem jüdischen Schüler:in von Mitschüler:innen »Home Sweet Home« entgegnet und in der Schule wurde der:die Schüler:in zuerst aus dem Klassenraum ausgesperrt und dann mit einem »Komm in die Gaskammer« wieder hereingebeten. Weitere Befragte schilderten die Verharmlosung oder Relativierung des Holocaust, sei es durch Schlussstrichforderungen oder Behauptungen, der Holocaust sei gar nicht so schlimm gewesen.

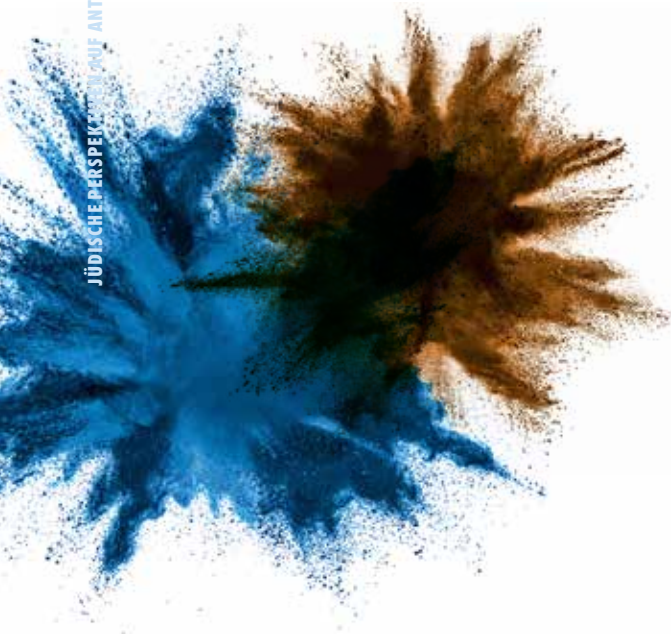
Deutschlandweit ist der israelbezogene Antisemitismus die Form des Antisemitismus, die am meisten gesellschaftlich akzeptiert ist (Reiser et al. 2021: 96f.). In den Interviews wurde diese Form am häufigsten benannt: Neun der zehn befragten Personen schilderten Beispiele für israelbezogenen Antisemitismus. Berichtet wurde von Stereotypen, die bis ins Mittelalter zurückreichen und heute auf Israel übertragen werden, etwa die Bezeichnung des Staats Israel als »Brunnenvergifter« und »Kindermörder« (vgl. Schwarz-Friesel 2020). Vier Befragte problematisierten zudem das vorherrschende Unwissen über Israel sowie die Verbreitung problematischer und oft falscher Quellen zum Thema.

Fazit

Die hier ausgewählten Ergebnisse der RIAS-Studie werfen Schlaglichter auf die Vielzahl an antisemitischen Vorfällen, die Juden:Jüdinnen

in Thüringen erfahren mussten. Die geschilderten Vorfälle erweisen sich denkbar heterogen: In allen räumlichen, sozialen, politischen und beruflichen Kontexten und in verschiedenster Form werden Juden: Jüdinnen mit Antisemitismus konfrontiert. Die Ergebnisse zeigen, dass Antisemitismus den Alltag von Juden:Jüdinnen in Thüringen prägt.

Darüber hinaus machen die Ergebnisse deutlich, wie wichtig die Perspektiven von Betroffenen sind, um Antisemitismus in Thüringen adäquat zu beschreiben. Um dieses Dunkelfeld auch in Zukunft weiter aufzuhellen, bedarf es einer kontinuierlichen, communitynahen Dokumentationsarbeit, aber auch des Zuhörens durch Politik und Zivilgesellschaft.



LITERATUR

Bernstein, Julia (2020): Antisemitismus an Schulen in Deutschland. Befunde – Analysen – Handlungsoptionen. Beltz Juventa: Weinheim.

Reiser, Marion/Küppers, Anne/Hebenstreit, Jörg/Salheiser, Axel/Vogel, Lars (2021): Demokratie in der Corona-Pandemie. Ergebnisse des *Thüringen-Monitors* 2021. Friedrich-Schiller-Universität Jena: Jena. Online: www.komrex.uni-jena.de/komrexmedia/publikationen/tm2021.pdf [22.03.2022].

Schwarz-Friesel, Monika (2020): Israelbezogener Antisemitismus und der lange Atem des Anti-Judaismus – von »Brunnenvergiftern, Kindermördern, Landräubern«. In: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft [Hrsg.]: *Wissen schafft Demokratie*, Band 8, Schwerpunkt Antisemitismus, S. 42–57. Online: www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/PDFS_WSD8/WsD8_Beitrag_MSF_.pdf [13.04.2022].

POLIZEILICH ERFAßTE HASSKRIMINALITÄT IN THÜRINGEN

Daniel Geschke und Axel Salheiser

Polizeiliche Statistiken zu vorurteilsgeleiteten Straftaten (Hasskriminalität) werden bundesweit von den Landeskriminalämtern erfasst und zentral für die Bundesebene veröffentlicht (Bundeskriminalamt 2021; im zeitlichen Verlauf: BMI 2021). Entsprechend der etablierten behördlichen Praxis ergänzen sie das Klassifikationssystem der *Politisch motivierten Kriminalität* (PMK). Das Bundeskriminalamt definiert PMK als Straftaten, die in Würdigung der Tatumstände und/oder der Einstellung der Täter:innen Anhaltspunkte dafür bieten, dass sie gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung bzw. gegen die Bundesrepublik Deutschland, ihre Institutionen und Repräsentant:innen gerichtet sind – oder gegen Menschen aufgrund von Vorurteilen bezüglich ihrer (tatsächlichen oder zugeschriebenen) Nationalität, ethnischen Zugehörigkeit, Hautfarbe, Religionszugehörigkeit, Weltanschauung, ihres sozialen Status, einer physischen und/oder psychischen Behinderung oder Beeinträchtigung, dem Geschlecht bzw. der sexuellen Identität, der sexuellen Orientierung oder dem äußeren Erscheinungsbild (Bundeskriminalamt o. J.). Damit wurden Diskriminierungsmerkmale in die Definition aufgenommen, die den Blick – von einer oftmals als »staatszentriert« kritisierten Lesart politisch motivierter Kriminalität wegführend – stärker auf vorurteilsmotivierte Straftaten lenken, von denen (vermeintliche) Angehörige bestimmter Bevölkerungsgruppen betroffen sind und die deren Grundrechte und ihre Menschenwürde beeinträchtigen. Bei Hasskriminalität handelt es sich um Botschaftstaten; neben den unmittelbaren Betroffenen (bei Sachbeschädigung: deren Eigentum) wird immer auch die ganze soziale Gruppe adressiert, die mit dem jeweiligen Diskriminierungsmerkmal assoziiert wird (Geschke 2017). Ein fortbestehendes grundsätzliches Problem beim erweiterten Klassifikationssystem der PMK ist, dass die traditionelle Unterteilung in »PMK rechts«, »PMK links«, »PMK ausländische Ideologie« sowie »PMK religiöse Ideologie« bei Hasskriminalität an ihre Grenzen stößt, die von Personen aus der soge-

nannten »Mitte der Gesellschaft« verübt werden und sich keiner politischen bzw. ideologischen Strömung zurechnen lassen (Kleffner 2018). Außerdem kann die Implikation der »Motivation« irreführend sein, denn vorurteilsgeleitete Taten entfalten ihre ausgrenzende Botschaftswirkung auch dann, wenn die Taten nicht im engeren Sinne durch politische Ideologien motiviert wurden (beispielsweise »Alltagsrassismus«).

Bei den in Abb. 2 für Thüringen veröffentlichten Fallzahlen zu Themenfeldern bzw. Deliktgruppen von Hasskriminalität⁹ handelt es sich um eine Eingangsstatistik. Darin werden alle polizeilich registrierten Vorfälle bzw. angezeigten Straftaten erfasst, es sind jedoch keine Aussagen über den Fortschritt der Ermittlungen durch Polizei und Staatsanwaltschaften oder gar über Verurteilungen vor Gericht möglich. Außerdem ist eine Dunkelziffer anzunehmen, die sich aus nicht registrierten Taten zusammensetzt sowie aus solchen, die polizeilich nicht als (politisch motivierte) Hasskriminalität bewertet wurden. Die jeweilige Einstufung bzw. Erfassung ist u. a. abhängig vom Kenntnisstand und der Sensibilität der Polizeibeamt:innen bei der Vernehmung von Zeug:innen, der Protokollierung von Aussagen und Begleitumständen, der Beweismittelaufnahme, der Ermittlung der Tatmotivation usw. (Habermann/Singelstein 2018). Unter Umständen kann also der vorurteilsmotivierte Charakter einer Tat verkannt werden und eine Entpolitisierung stattfinden, beispielsweise wenn ein Angriff durch Neonazis verharmlosend als »Massenschlägerei« bewertet und die ideologische Orientierung der Täter:innen ausgeblendet wird.

Für Thüringen ist zu konstatieren, dass die polizeilich dokumentierte Hasskriminalität fast ausschließlich mit einer rechtsextremen Tatmotivation bzw. von solchen Täter:innen verübt wird, die dem rechten politischen Spektrum zugeordnet werden. 2020 wurde, wie bereits im Vorjahr, erneut ein Anstieg von Fällen der Hasskriminalität allgemein sowie ein Anstieg der Gewalttaten registriert (Abb. 3). Die Anzahl der registrierten vorurteilsmotivierten Straftaten 2020 ist gegenüber dem Vorjahr um 17 Prozent auf insgesamt 782 Vorfälle angestiegen. Gewaltdelikte im Bereich der Hasskriminalität insgesamt haben im gleichen Zeitraum um 30 Prozent auf insgesamt 96 Vorfälle zugenommen. 2018 wurden 91,6 Prozent der Fälle von Hasskriminalität als »rechts« motiviert eingeordnet, 2019 waren es 96,4 Prozent und 2020 96,3 Prozent. Ein deutliches Bild zeigt auch die Verteilung der vorurteilsmotivierten Gewaltdelikte: 94 von 96 dokumentierten Gewalt-

⁹ Die Autoren danken dem Landeskriminalamt Thüringen für die postalische Bereitstellung der Daten der Jahre 2018, 2019 und 2020. Eine Aufschlüsselung der Fälle für das Jahr 2021 nach den Deliktgruppen und »deutschfeindlich« aufgenommen worden. Daher gibt es hier keine vergleichbaren Zahlen für 2021.

* Beim Themenfeld »Hasskriminalität« sind zum 1. Januar 2019 zusätzlich die Unterthemen »ausländerfeindlich« und »deutschfeindlich« aufgenommen worden. Daher gibt es hier keine vergleichbaren Zahlen für 2018.

PMK	gesamt			rechts			links			ausländische Ideologie			religiöse Ideologie			nicht zuzuordnen			
	2018	2019	2020	2018	2019	2020	2018	2019	2020	2018	2019	2020	2018	2019	2020	2018	2019	2020	
	Hasskriminalität gesamt	405	666	782	371	642	753	3	7	6	5	2	2	2	2	8	8	24	7
davon Gewalttaten	49	74	96	45	71	94	0	0	0	3	0	0	0	0	3	0	1	0	2
fremdenfeindliche Straftaten	264	325	368	246	313	354	1	3	3	2	1	1	2	5	4	13	3	6	
davon Gewalttaten	39	35	47	37	34	46	0	0	0	1	0	0	0	0	1	0	1	0	1
antisemitische Straftaten	67	93	116	65	90	113	1	2	1	1	0	0	0	1	2	0	0	0	
davon Gewalttaten	4	1	2	4	1	2	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
rassistische Straftaten	34	39	61	32	37	60	0	0	0	1	1	0	0	0	0	0	1	1	
davon Gewalttaten	5	9	3	4	9	3	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	
islamfeindliche Straftaten	28	27	26	27	26	26	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	
davon Gewalttaten	0	0	1	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
christenfeindliche Straftaten	9	4	4	0	0	1	1	1	2	0	0	0	0	2	1	8	1	0	
davon Gewalttaten	0	2	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	2	0	0	0	
gegen sexuelle Orientierung gerichtete Straftaten	1	5	2	1	4	20	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	
davon Gewalttaten	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
gegen sonst. ethn. Zugehörigkeit gerichtete Straftaten	2	0	1	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	1	0	
davon Gewalttaten	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	1	0	
ausländerfeindliche Straftaten*	-	169	189	-	169	188	-	0	0	-	0	1	-	0	0	-	0	0	
davon Gewalttaten	-	26	41	-	26	41	-	0	0	-	0	0	-	0	0	-	0	0	
deutschfeindliche Straftaten*	-	2	6	-	1	0	-	0	0	-	0	0	-	0	0	-	0	1	
davon Gewalttaten	-	0	1	-	0	0	-	0	0	-	0	0	-	0	0	-	0	0	
antiziganistische Straftaten	0	1	6	0	1	6	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
davon Gewalttaten	0	0	1	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
gg. Behinderung gerichtete Straft.	0	1	3	0	1	3	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
davon Gewalttaten	0	1	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	

ABBILDUNG 2: Straf- und Gewalttaten im Bereich Hasskriminalität in Thüringen 2018–2020
(Quelle: Landeskriminalamt Thüringen 2020)

taten wurden im Jahr 2020 aufgrund einer »rechten« politischen Orientierung begangen. Damit ist die Bedrohung erkennbar, die seit Jahren vor allem von rechtsextrem eingestellten Täter:innen insbesondere für Angehörige ethnischer, kultureller und sozialer Minderheiten in Thüringen ausgeht. Die am zweitstärksten, aber vergleichsweise nur sehr schwach besetzte Oberkategorie nach der »PMK rechts« ist »PMK nicht zuzuordnen«, wengleich 2020 nur 13, also weniger als zwei Prozent aller registrierten Fälle von Hasskriminalität in Thüringen in diese Kategorie fielen. Darunter waren sechs als »fremdenfeindlich« sowie fünf als »deutschfeindlich«¹⁰ deklarierte Straftaten; in jeder dieser Kategorien wurde jeweils eine entsprechende Gewalttat registriert. Die Oberkategorien »PMK links« (6 Fälle), »PMK ausländische Ideologie« (2 Fälle) sowie »PMK religiöse Ideologie« (8 Fälle) sind mit Fallzahlen im einstelligen Bereich so schwach besetzt, dass eine Interpretation von Trends nicht sinnvoll ist.

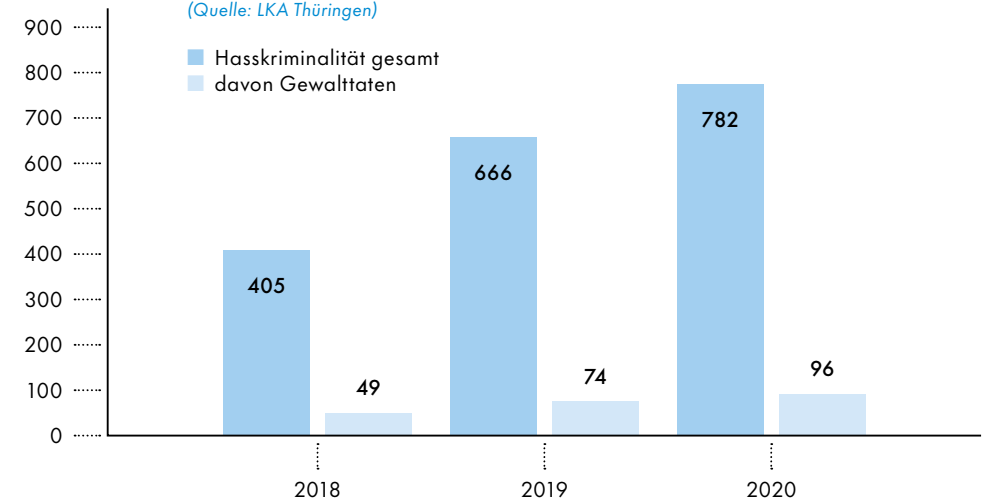
Werden die Tatmotivationen der Hasskriminalität betrachtet, fielen 47 Prozent der dokumentierten Straftaten im Jahr 2020 in den Bereich der »Fremdenfeindlichkeit«, 24 Prozent wurden der »Ausländerfeindlichkeit« zugeordnet und 15 Prozent als antisemitisch registriert. Darüber hinaus traten rassistische (8 %) und islamfeindliche (3 %) Straftaten mit Fallzahlen in Höhe von 61 (Rassismus) und 26 (Islamfeindlichkeit) häufig auf. Auch wenn bei anderen Themenfeldern bzw. Tatmotivationen noch geringere Fallzahlen bzw. gar keine Fälle dokumentiert wurden, kann hier keine Entwarnung gegeben werden. Insgesamt sind das Ausmaß und der weitere Anstieg der hauptsächlich politisch »rechts« motivierten Hasskriminalität, einschließlich der Gewaltdelikte, als beunruhigend zu bewerten. Dabei bleibt unklar, inwieweit dieser Anstieg in der Statistik einer tatsächlich erhöhten vorurteilsmotivierten Kriminalität geschuldet oder vielmehr auf eine erhöhte Sensibilität seitens der Ermittlungsbehörden für eine Einordnung von Taten als Hasskriminalität zurückzuführen ist. Auffällig sind jedenfalls die starken Abweichungen zu den Angaben der Statistik der mobilen Opferberatung ezra (vgl. den Beitrag von Zobel in diesem Band). Problematisch an der polizeilichen Statistik ist neben vielem anderen weiterhin die unklare Unterscheidung zwischen »Fremdenfeindlichkeit«, »Ausländerfeindlichkeit« und »Rassismus«.

Zudem fehlt in der Thüringer Statistik die am 1. Januar 2020 auf Bundesebene eingeführte Kategorie »Geschlecht/sexuelle Identität« (vgl. Bundeskriminalamt 2021). Es kann lediglich vermutet werden, dass entsprechende Thüringer Fälle der Kategorie »sexuelle Orientie-

¹⁰ Für eine Kritik an der Schaffung der Kategorie »deutschfeindlich« vgl. Amjahid (2020).

ABBILDUNG 3: Fälle der polizeilich registrierten Hasskriminalität 2018–2020 in Thüringen

(Quelle: LKA Thüringen)



« zugeordnet wurden. Der Mord an einem schwulen Altenburger im Februar 2020 (vgl. den Beitrag von Lauß, Schulz und Helwig in diesem Band) wurde offenbar in der Statistik nicht als Gewalttat ausgewiesen, die sich gegen die sexuelle Orientierung richtete. Dieser schwere Fall illustriert ein grundlegendes Defizit der polizeilichen Eingangsstatistik (s.o.): Eine spätere Neuordnung von Fällen, die z.B. im Zuge der juristischen Ermittlung und Bewertung von Tatmotiven auch offiziell in einem anderen Licht erscheinen, erfolgt – wenn überhaupt – nur mit großem zeitlichem Abstand zum Tatzeitpunkt. Dies kann zu Verzerrungseffekten führen – mit beträchtlichen Folgen für die politische und mediale Kommunikation über das Aufkommen spezifischer Formen der Hasskriminalität im Freistaat.

LITERATUR

- Amjahid, Mohamed (2020):** Kriminalitätsstatistik: Die neue »Deutschfeindlichkeit«. Online: www.spiegel.de/politik/deutschland/kriminalitaet-deutschfeindliche-straf-taten-was-steckt-dahinter-a-541ae885-7724-4df6-b128-c03a5e37e069 [11.03.2022].
- Bundeskriminalamt (o. J.):** Politisch motivierte Kriminalität. Online: www.bka.de/DE/UnsereAufgaben/Deliktsbereiche/PMK/pmk_node.html [11.03.2022].
- Bundeskriminalamt (2021):** PMK 2020 – Hasskriminalität: Straf- und Gewalttaten im Bereich Hasskriminalität 2019 und 2020. Online: www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/2021/05/pmk-2020-hasskriminalitaet.html [11.03.2022].
- Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI) (2021):** Übersicht »Hasskriminalität« Entwicklung der Fallzahlen 2001–2020. Online: www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/2021/05/pmk-2020-uebersicht-hasskriminalitaet-entwicklung-fallzahlen.pdf?__blob=publicationFile&v=2 [11.03.2022].
- Geschke, Daniel (2017):** Alle reden von Hass. Was steckt dahinter? Eine Einführung. In: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft [Hrsg.]: Wissen schafft Demokratie, Band 1, S. 169–187. Online: www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/PDFS_WsD1/Artikel_Geschke.pdf [11.03.2022].
- Habermann, Julia/Singelstein, Tobias (2018):** Praxis und Probleme bei der Erfassung politisch rechtsmotivierter Kriminalität durch die Polizei. In: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft [Hrsg.]: Wissen schafft Demokratie, Band 4, Schwerpunkt Gewalt gegen Minderheiten, S. 20–31. Online: www.idz-jena.de/wsddet/wsd4-3 [11.03.2022].
- Kleffner, Heike (2018):** Die Reform der PMK-Definition und die anhaltenden Erfassungslücken zum Ausmaß rechter Gewalt. In: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft [Hrsg.]: Wissen schafft Demokratie, Band 4, Schwerpunkt Gewalt gegen Minderheiten, S. 32–39. Online: www.idz-jena.de/pubdet/wsd4-4 [11.03.2022].

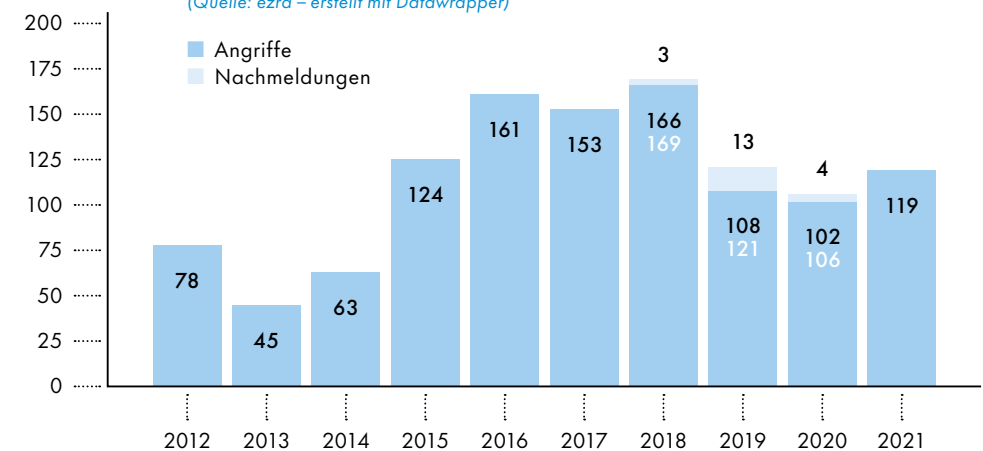
RECHTE, RASSISTISCHE UND ANTISEMITISCHE GEWALT IN THÜRINGEN

Franz Zobel

Auch im Jahr 2021 zeigte sich die Aktualität von rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Thüringen, die durch *ezra* – die fachspezifische Opferberatungsstelle – durch das unabhängige Monitoring erhoben wird. Im Vergleich zu den Vorjahren gab es insbesondere bei rassistischer Gewalt einen wahrnehmbaren Anstieg. Insgesamt wurden 119 Angriffe erfasst (2020: 106, vgl. Abb. 4), von denen mindestens 177 Menschen direkt betroffen und 30 mit angegriffen waren. Das sind zusammengenommen mindestens vier Betroffene pro Woche, darunter 27 Kinder im Alter 0–13 Jahren. Das häufigste Tatmotiv blieb in 67 Prozent der Fälle Rassismus, gefolgt von Angriffen auf (vermeintliche) politische Gegner:innen (19 Fälle) und Journalist:innen (8 Fälle). Beim Großteil der Angriffe handelte es sich um Körperverletzungsdelikte (einschließlich des Versuchs). Die meisten Angriffe wurden wieder in Erfurt (28 Fälle) und Jena (16 Fälle) gezählt. Insgesamt hat *ezra* im Jahr 2021 234 Menschen beraten und unterstützt (*ezra* 2022).

ABBILDUNG 4: Anzahl der Angriffe 2012–2021

(Quelle: ezra – erstellt mit Datawrapper)



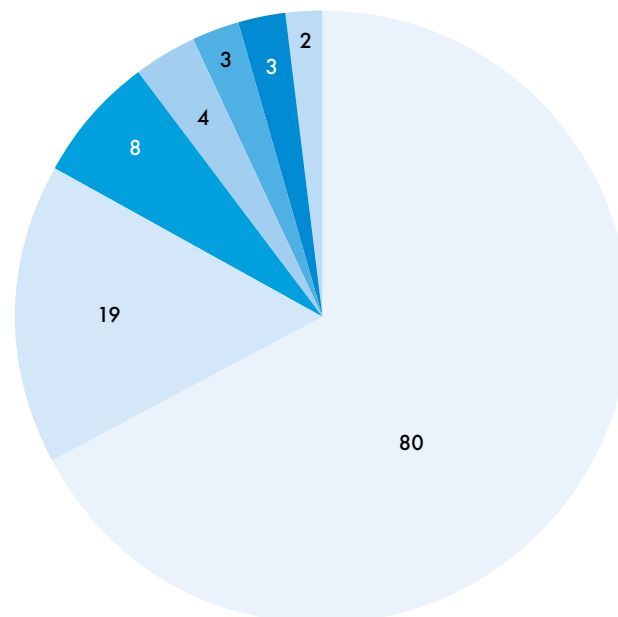
Rassismus ist Alltag in Thüringen

Mit 80 Fällen im Jahr 2021 war Rassismus wie die Jahre zuvor das häufigste Tatmotiv (Abb. 5). Das ist im Vergleich zu 2020 ein Anstieg um 23 Prozent (ezra 2021a). Auch in den Schwerpunktregionen rechter Gewalt – Erfurt und Jena – standen Angriffe aus rassistischen Gründen bei den Tatmotiven an erster Stelle. In Erfurt liegt der Anteil mit 78,5 Prozent sogar über dem Thüringer Durchschnitt. Insbesondere rassistische Angriffe in öffentlichen Verkehrsmitteln bzw. an Haltestellen haben in Erfurt im Vergleich zu 2020 stark zugenommen. In Jena fanden viele rassistische Angriffe in der Wohnung bzw. im Wohnumfeld statt, welche für Betroffene besonders schwere psychische Folgen haben können, da die eigene Wohnung nicht mehr als sicherer Ort gilt. Die Ermittlung eines Täters, der für die Verteilung mehrerer antimuslimischer Flugblätter verantwortlich sein soll, bestätigt zudem die große Angst der Betroffenen um sich und ihre Familien, dass auf solche Bedrohungen auch gewalttätige Angriffe folgen können. Bei diesem wurden im Rahmen polizeilicher Durchsuchungen mehrere Waffen, Munition und Zubehör gefunden. Außerdem sind ezra weitere Fälle von antimuslimischen Postwurfsendungen bekannt, die nicht dem ermittelten Täter zugerechnet werden können. Deshalb muss in Betracht gezogen werden, dass es sich um eine Gruppe/Netzwerk und nicht um eine:n Einzeltäter:in handeln könnte, wie es auch Betroffene befürchten (ezra 2021 b).

ABBILDUNG 5: Angriffe nach Tatmotiven 2021

(Quelle: ezra – erstellt mit Datawrapper)

- Rassismus
- gegen politische Gegner:innen
- gegen Journalist:innen
- Antisemitismus
- gegen politische Verantwortungsträger:innen
- unbekannt
- wegen sexueller Orientierung/Identität (gegen LSBTIQA*)



Über die von ezra registrierten Gewalt- und Bedrohungsdelikte hinaus muss von einer enormen Dunkelziffer ausgegangen werden. Die Angriffszahlen stellen nur die »Spitze des Eisbergs« dar, da Erfahrungen, z. B. rassistische Beleidigungen, nicht erfasst werden. Die jährlich erscheinende Statistik des Thüringer Innenministeriums zu *Politisch motivierter Kriminalität – rechts* (»PMK rechts«) ist dagegen zum Inbegriff einer massiven Untererfassung geworden (vgl. den Beitrag von Geschke und Salheiser in diesem Band). Das tatsächliche Ausmaß von Rassismus in Thüringen wird damit von den bestehenden Statistiken nur ungenügend erfasst und bleibt weitestgehend unsichtbar.

Eine realistische Problembeschreibung liefert nun eine Studie der *Dualen Hochschule Gera-Eisenach* (DHGE): In einer repräsentativen Befragung von Geraer:innen, die von rassistischen Zuschreibungen betroffen sind – v. a. Menschen aus Syrien und Irak – haben 88 Prozent, also ca. neun von zehn Befragten angegeben, dass sie in den vergangenen fünf Jahren konkrete Erfahrungen mit Rassismus gemacht haben (Kehrer 2022), darunter Beleidigungen, Bedrohungen, Anschreien, Bespucken und körperliche Gewalt. Hochgerechnet auf die in Gera lebenden Iraker:innen und Syrer:innen, insgesamt 2325 Personen, entspräche das mindestens 2000 rassistischen Fällen innerhalb der letzten fünf Jahre allein in Gera. Diese Zahl macht deutlich, wovon Betroffene von Rassismus seit Jahren sprechen: Rassismus ist Alltag in Thüringen.

Zugleich zeigt sich, dass die mehrheitlich nicht-betroffene Gesellschaft über die rassistischen Zuständen schweigt, diese viel mehr noch ignoriert oder verharmlost. Das machen auch die Ergebnisse der DHGE-Studie deutlich: Die Befragten geben mehrheitlich an, dass ihnen in der konkreten Situation niemand geholfen hat. Ein Netzwerk aus über 30 Organisationen hat unter dem Slogan »Rassismus ist Alltag – Rassismus ist auch Dein Problem« mit verschiedenen Veranstaltungen zum Internationalen Tag gegen Rassismus am 21. März 2022 deutlich gemacht, dass das ein wesentlicher Teil des Problems ist, wenn es um die Bekämpfung von Rassismus geht. Dabei ist es wichtig, Hilfe nicht auf den Begriff der individuellen Zivilcourage zu verkürzen. Vielmehr muss für Rassismus Verantwortung übernommen werden, in dem dieser grundsätzlich als ein Ausdruck einer gesellschaftlichen Krise anerkannt wird. Das trifft auf Verantwortliche in staatlichen Behörden und Politik ebenso zu wie auf gesellschaftliche Akteur:innen, beispielsweise die *Erfurter Verkehrsbetriebe AG* (EVAG); insbesondere dann, wenn es wie im Juli 2021 zu einem rassistischen Angriff in einer Straßenbahn kommt und die anwesenden Fahrkartenkontrolleur:innen weder eingreifen noch Hilfe organisieren.

Journalist:innen im Fokus der »Querdenken«-Proteste

Im Jahr 2021 wurden durch *ezra* erstmals Angriffe im Kontext der Corona-Pandemie als rechte Gewalt registriert. Corona-Bezug meint, dass die Angriffe sich in der Regel auf die Ablehnung der Maßnahmen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie beziehen und in Verbindung mit Ideologien wie Antisemitismus, Verschwörungserzählungen und rechten Bedrohungsmythen stehen. Insgesamt haben in der Jahresstatistik der Thüringer Opferberatungsstelle 14 Fälle einen Corona-Bezug. Zudem wurden 13 weitere Verdachtsfälle registriert, die aufgrund fehlender Informationen nach den bestehenden Kriterien nicht in die Statistik mitaufgenommen wurden.

In diesem Zusammenhang steht auch die Zunahme der Angriffe auf Journalist:innen im Jahr 2021, die einen Großteil der Angriffe mit Corona-Bezug in der Statistik ausmachen. Vor allem freie Journalist:innen wurden am Rande von rechten »Querdenken«-Protesten immer wieder beleidigt, bedroht, in die Ecke gedrängt, am Fotografieren gehindert, gestoßen und geschlagen. Viele berichteten davon, dass sie von der Polizei nicht geschützt wurden. Bei den Angriffen auf Journalist:innen zeigt sich eine gefährliche Kontinuität. Journalist:innen, die zur organisierten Neonazi-Szene recherchieren und berichten, stehen seit Jahrzehnten im Fokus von Neonazis. Das macht u. a. der brutale Angriff auf zwei Journalisten bei Fretterode im April 2018 deutlich (vgl. den Beitrag von Pietrzyk und Kahlen in diesem Band). Mit dem Aufkommen der rassistischen Mobilisierungen im Jahr 2015 wurden Journalist:innen im Allgemeinen zunehmend als Ziele rechter Gewalt markiert (»Lügenpresse«). Neben der enormen individuellen Gefahr bedeutet dies auch eine konkrete Einschränkung der Pressefreiheit.

Die Lage kann jederzeit weiter eskalieren

Die »Querdenken«-Proteste in den letzten zwei Jahren haben gezeigt, dass die extreme Rechte ihr Mobilisierungspotenzial in Thüringen ausbauen konnte (vgl. den Beitrag von *MOBIT* in diesem Band). Post-Shoah-Antisemitismus, wie die Relativierung der Shoah, genießt nicht nur unter den rechten Gegner:innen der Corona-Maßnahmen eine erschreckende Normalität. Auch die öffentliche Debatte um die Kategorisierung in »gute« und »schlechte« bzw. »echte« und »unechte« Geflüchtete im Zusammenhang mit dem russischen Angriffskrieg sowie die daraus resultierende politische Praxis macht den tief verwurzelten Rassismus in der deutschen Gesellschaft sichtbar. Mit Blick auf 2022/23 ist zu befürchten, dass die Lage jederzeit weiter eskalieren

kann. Das meint explizit auch die Gefahr von rechten, rassistischen oder antisemitischen Terroranschlägen. Dass rassistische Gewalt in Thüringen wieder auf dem Niveau von 2015 ist, das Jahr, welches den Startpunkt für eine Welle rassistischer Gewalt gegen insbesondere geflüchtete Menschen markiert, bereitet im Zusammenhang mit einem weitverbreiteten antislawischen Rassismus große Sorge.

Umso mehr werden die massiven Versäumnisse in der Landespolitik bei der Umsetzung konkreter Maßnahmen zur Bekämpfung von Rassismus, Antisemitismus und Neonazismus zu Buche schlagen. Seit Jahren lässt die Umsetzung zahlreicher Empfehlungen der beiden Thüringer NSU-Untersuchungsausschüsse und der Enquetekommission des Thüringer Landtags zu Rassismus und Diskriminierung auf sich warten (vgl. den Beitrag von Dieckmann in diesem Band). Auch die Brisanz der strukturellen Probleme bei Polizei und Justiz, die beispielsweise im Rahmen des Ballstädt- wie auch Fretterode-Prozesses öffentlich wurden, verlangt dringend danach, dass endlich entschieden gehandelt wird. Dazu hat *ezra* im vergangenen Jahr zehn Maßnahmen vorgeschlagen, zum Beispiel die Schaffung einer Schwerpunktstaatsanwaltschaft zu »Hasskriminalität« (*ezra* 2021c).

Doch auch der Teil der Gesellschaft, der sagt: So etwas wie den »NSU« darf es nicht mehr geben, der zu Recht erschüttert ist und es verurteilt, wenn ein junger Mann in der Straßenbahn brutal rassistisch angegriffen wird, der nicht will, dass Jüdinnen und Juden 76 Jahre nach der Shoah tagtäglich mit antisemitischen Verschwörungserzählungen oder israelbezogenem Antisemitismus konfrontiert werden – auch dieser Teil der Gesellschaft muss in der Familie, unter Freund:innen oder am Arbeitsplatz Haltung und praktische Solidarität mit Betroffenen zeigen und Druck auf die Verantwortlichen in staatlichen Behörden, Politik und Gesellschaft ausüben, damit sich endlich etwas ändert.



LITERATUR

ezra (2021 a): Opferberatungsstelle ezra stellt Jahresstatistik 2020 vor: »Im vergangenen Jahr wurden jede Woche mindestens drei Menschen Opfer rechter Gewalt in Thüringen«. Online: www.ezra.de/jahresstatistik2020 [12.04.2022].

ezra (2021 b): Nach Ermittlung von Täter, der mehrere antimuslimische Flugblätter in Jena verteilt haben soll, fordert die Thüringer Opferberatungsstelle ezra: »Der klare Erfolg der Polizei darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass es weitere Täter:innen in diesem Zusammenhang geben muss.« Online: www.ezra.de/nachermittlung-von-taeter-der-mehrere-antimuslimische-flugblaetter-in-jena-verteilt-haben-soll-fordert-die-thueringer-opferberatungsstelle-ezra-der-klare-erfolg-der-polizei-darf-nicht-dar [12.04.2022].

ezra (2021 c): Zehn Jahre nach der Selbstenttarnung des NSU: Opferberatungsstelle ezra sieht massives Defizit durch weiterhin bestehende strukturelle Probleme in Thüringen – zehn Maßnahmen müssen innerhalb eines Jahres umgesetzt werden. Online: www.ezra.de/zehn-jahre-nach-der-selbstenttarnung-des-nsu-opferberatungsstelle-ezra-sieht-massives-defizit-durch-weiterhin-bestehende-strukturelle-probleme-in-thueringen-zehn-massnahmen-muessen-innerhalb [12.04.2022].

ezra (2022): Thüringer Opferberatungsstelle ezra registriert Zunahme rassistischer Gewalt in 2021 und warnt vor weiterer Eskalation. Online: www.ezra.de/jahresstatistik2021 [12.04.2022].

Kehrer, Andreas (2022): Rassismus in Gera: Arabische Migranten schildern häufige Angriffe und wenig Zivilcourage. Online: www.mdr.de/nachrichten/thueringen/ost-thueringen/gera/arabische-migranten-rassismus-erfahrungen-studie-100.html [12.04.2022].

DIE EXTREME RECHTE IN THÜRINGEN

MOBIT-Team

Seit 2005 dokumentiert *MOBIT* Aktivitäten der extremen Rechten in Thüringen mit dem Ziel, qualitativ Entwicklungen innerhalb der Szene beschreiben zu können. In den vergangenen Jahren zeigte sich dabei, dass sich das Aktivitätsniveau nach einem massiven Anstieg im Kontext der Asyl-Debatte 2015/16 auf hohem Niveau stabilisierte. Auf Grundlage dieses Monitorings betrachtet der vorliegende Beitrag aktuelle Entwicklungen der extrem rechten Szene und deren Aktionsformen im zweiten Jahr unter Pandemie-Bedingungen.

Die Zahl der RechtsRock-Konzerte, die insbesondere in Thüringen in den vergangenen Jahren das zentrale Aktionsfeld der extremen Rechten bildeten, blieb weit unter dem Niveau der Vorjahre. Die Gesamtzahl extrem rechter Aktionen stieg dagegen 2021 massiv von 587 Aktivitäten im Jahr 2020 auf 1755 an.¹¹ Die bisherigen Höchststände der Zählung in den Jahren 2015 und 2016 wurden weit überschritten. Ausschlaggebend dafür waren vor allem die Proteste der sich weiter radikalisierenden Pandemie-Leugner:innen und die zahlreichen Wahlkampfauftritte der extrem rechten Thüringer AfD im Kontext der Bundestagswahl. Insbesondere aus der Klientel der Pandemie-Leugner:innen-Szene kam es zu einer Vielzahl von persönlichen Bedrohungen und Angriffen auf Menschen, die als Repräsentant:innen des »Systems« identifiziert wurden. Dabei waren (Kommunal-)Politiker:innen, Gedenkstätten-Mitarbeiter:innen, Presse-Vertreter:innen und zivilgesellschaftlich Engagierte Ziel der Anfeindungen – ebenso Betreiber:innen von Geschäften, die die behördlich vorgegebenen Hygiene-Maßnahmen umzusetzen versuchten.

¹¹ Die in der »Chronik extrem rechter Aktivitäten in Thüringen« erfassten Aktivitäten haben keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Sie sollen in erster Linie eine qualitative Entwicklung nachzeichnen. Die Chronik findet sich unter: www.mobit.org/chronik-extrem-rechter-aktivitaeten-in-thueringen/.

Die Thüringer Neonaziszene

Neben den bestehenden Neonazi-Parteistrukturen im Freistaat gründete sich Ende 2020 die Gruppierung *Neue Stärke* in Erfurt. Deren zentrale Figuren waren vorher bereits bei NPD, Die Rechte und zuletzt bei der Kleinstpartei *Der Dritte Weg* aktiv und verließen diese jeweils im Streit (ausführlicher hierzu *MOBIT* 2019). Im November 2021 verkündete die Gruppierung schließlich die Gründung der *Neue Stärke* Partei, deren Schwerpunkt vor allem in Erfurt und Gera liegt. Im Gegensatz zu NPD und *Der Dritte Weg* präsentierte sich die Partei deutlich aktionistischer. Die NPD war dagegen öffentlich kaum wahrnehmbar und die Aktionen des *Dritten Weges* beschränkten sich weitgehend auf für Social Media inszenierte Flyer-Aktionen und kleinere interne Veranstaltungen. Selbst im Kontext der Bundestagswahl waren keine nennenswerten Aktivitäten der Parteien zu beobachten.

Die *Neue Stärke* mobilisierte für den 1. Mai und 7. August 2021 zu Demonstrationen in Erfurt bzw. Weimar. Auch wenn diese Veranstaltungen als »organisationsübergreifende Demonstrationen« beworben wurden, zeigten sie, dass die *Neue Stärke* über keine allzu große Mobilisierungskraft verfügt (siehe hierzu *Lenze* 2021). Die fehlende Anbindung an relevante Strukturen der Szene darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass es sich bei der Partei um einen Anlaufpunkt für aktionistische und gewaltbereite Neonazis handelt. Inzwischen verfügt die Partei, die sich selbst als »national-völkisch-sozialistisch« beschreibt, über mehrere Ableger in Thüringen und bundesweit. Diese sogenannten Abteilungen zählen teilweise nur eine einstellige Zahl von Aktivist:innen und sollen vor allem bundesweite Relevanz simulieren. Anders als ihre Vorbild-Partei *Der Dritte Weg* wirbt die *Neue Stärke* massiv öffentlich um neue und insbesondere jüngere Mitglieder.

Schon in den vergangenen Jahren hatten sich die Aktivitäten der Szene von klassischer Parteiarbeit, Kundgebungen und Demonstrationen weg hin zu subkulturellen Aktionsfeldern verschoben. Dabei hat sich Thüringen zur Hochburg der bundesdeutschen RechtsRock-Szene entwickelt. Es waren vor allem kleinere Konzerte und Liederabende, die für ein hohes Aufkommen extrem rechter Veranstaltungen sorgten, neben den medial stark wahrgenommenen Großkonzerten mit teils mehreren Tausend Teilnehmenden. Mit über 70 Konzerten im Jahresverlauf bildete das Jahr 2018 den bisherigen Höhepunkt dieser Entwicklung. Unter Corona-Bedingungen brach dieses subkulturelle Aktionsfeld für die Szene weitgehend weg. Schon 2020 blieb die Konzertzahl mit 19 gezählten Konzerten mit weitem Abstand hinter den Vorjahren zurück, 2021 setzte sich dieser Trend mit 14 gezählten Kon-

zerten fort. Versuche, digitale Formate als Ersatz für die entfallenen Veranstaltungen zu entwickeln, blieben weitgehend erfolglos.

Damit fehlte der Szene 2021 nicht nur ein zentrales Aktionsfeld, sondern eine der wichtigsten Einnahmequellen der letzten Jahre. Die anhaltende Bedeutung Thüringens für die bundesweite RechtsRock-Szene zeigte sich dennoch auch 2021: Mit dem Versand »Das Zeughaus« zog erneut ein bundesweit wichtiges Label nach Thüringen um. Seit 2021 betreibt der Apoldaer Neonazi Fabian Kellermann den Versand, der zuvor in Niedersachsen ansässig war. Der Versand kümmerte sich in der Vergangenheit etwa um den Ticketversand verschiedener RechtsRock-Großevents, u. a. bei dem ursprünglich im thüringischen Mattstedt geplanten »Rock gegen Überfremdung« 2018 und dem »Rocktoberfest« 2016 in der Schweiz, welches maßgeblich von der Thüringer Neonazi-Bruderschaft *Turonen* mitorganisiert wurde (siehe hierzu *Störungsmelder* 2016).

Die *Turonen*, die eine der zentralen Strukturen in der Thüringer RechtsRock-Szene der vergangenen Jahre bildeten, wurden im Februar 2021 Ziel einer länderübergreifenden Großrazzia. Neben ihren Aktivitäten im Bereich RechtsRock und ihren Kontakten in das in Deutschland verbotene internationale *Blood-&-Honour*-Netzwerk ist die Gruppierung mutmaßlich auch in der Organisierten Kriminalität aktiv. In Thüringen, Sachsen-Anhalt und Hessen durchsuchte die Polizei im Zuge von Ermittlungen wegen Drogenhandels und Geldwäsche mehrere Immobilien (vgl. *Decker/Huesmann* 2021). Darunter war auch die Immobilie in Ballstädt, von der 2014 ein schwerer Übergriff auf die örtliche Kirmesgesellschaft ausgegangen war. Das Verfahren wegen dieses Überfalls endete nur wenige Wochen nach der Razzia – und damit sieben Jahre nach der Tat – mit Bewährungsstrafen für die Neonazis (ausführlicher dazu *ezra* 2021).

Die Thüringer AfD: Kristallisationspunkt einer rechten Bewegung

Schon seit Jahren spielt unter den extrem rechten Parteien in Thüringen die AfD die zentrale Rolle. Sowohl elektoral als auch in Hinblick auf die Mobilisierungsfähigkeit auf der Straße hat sie den Neonazi-Parteien längst den Rang abgelaufen. Dies zeigte sich 2021 erneut an den Ergebnissen der Bundestagswahl (vgl. *Bundeswahlleiter* 2021). Während die AfD ihr Ergebnis von 2017 – im Gegensatz zum Bundestrend – leicht verbessern konnte (2017: 22,7 %, 2021: 24,0 % der Zweitstimmen), spielten die Neonazi-Parteien keine Rolle. Die NPD, die 2017

noch 1,2 Prozent der Stimmen erhielt, erreichte 2021 nur noch 0,9 Prozent und verlor damit sogar den Anspruch auf Wahlkampfkosten-erstattung.

Die AfD dagegen wurde erstmals stärkste Partei in Thüringen. Damit scheint das Wähler:innen-Potenzial der Partei in Thüringen ausgeschöpft zu sein, zugleich hat sich ein über Jahre stabiles Stammwähler:innen-Milieu herausgebildet. Der Thüringer Landesverband wertete das Ergebnis als Bestätigung für seinen radikaleren »Thüringer Weg« (Höcke 2021; ausführlicher zum völkischen Nationalismus der Thüringer AfD siehe Michelsen/Steiner 2021) und als Stärkung in den parteiinternen Auseinandersetzungen. Björn Höcke, der extrem

ABBILDUNG 6: Demonstration des Ilmenauer Bündnisses für Demokratie und Weltoffenheit am 21. September 2021 gegen einen Wahlkampfauftritt der AfD Thüringen (Quelle: MOBIT)



rechte Landesvorsitzende und Vertreter des offiziell aufgelösten *Flügels*, kündigte nach der Wahl an, auf Konfrontation mit dem Parteivorsitzenden Meuthen zu gehen (Höcke 2021). Dieser trat im Januar 2022 aus der Partei aus.

Im Vorfeld der Bundestagswahl zeigte sich die AfD in Thüringen mit Hunderten Infoständen – insbesondere in den ländlichen Regionen. Teilweise kündigten Abgeordnete »Dörfertouren« in ihren Wahlkreisen an, bei denen mehrere Infostände pro Tag stattfanden. Die Masse an AfD-Infoständen diente augenscheinlich dazu, eine digitale Omnipräsenz zu kreieren. Die Partei kombinierte damit reale Wahlkampfaktionen nahezu umfassend mit dem Transfer in die sozialen Netzwerke. Damit einher ging das vor allem auf Social Media verbreitete Narrativ, die AfD sei die einzige Partei, die sich um die Menschen in den ländlichen Gebieten Thüringens kümmere. Nach der Wahl knüpfte die AfD nahtlos an diese Strategie an und führte weiterhin thüringenweit zahlreiche Infostände durch, u. a. um Unterschriften für ihr angestrebtes »Volksbegehren gegen die Corona-Politik« zu sammeln. Im gesamten Jahr dokumentierte MOBIT mehr als 500 Infostände der Partei.¹²

Seitens verschiedener neonazistischer Kader kam es – wie auch schon im Vorfeld der Landtagswahl 2019 – vor der Bundestagswahl zu Wahlaufrufen für die AfD. So warb etwa der Neonazi-YouTuber Nikolai Nerling (»Der Volkslehrer«) dafür, die AfD zu wählen.

Die ideologischen und personellen Verbindungen der (Thüringer) AfD zur Neonaziszene sind vielfach belegt (Michelsen/Steiner 2021). Öffentliche Solidaritätsbekundungen der AfD für Thüringer Neonazi-Projekte verdeutlichten den Schulterschluss am rechten Rand erneut. Nachdem es 2021 zu Bränden in mehreren neonazistischen Szene-Immobilien kam, sprachen Kader der Szene (u. a. der langjährige NPD-Kader und enge Bekannte von Höcke, Thorsten Heise) von einer »links-extremen Anschlagsserie« und verbreiteten online Drohvideos und Aufrufe zur Selbstjustiz (Potter 2021). Auch Abgeordnete der AfD beteiligten sich an den Spekulationen über eine mögliche Anschlagsserie. Der Thüringer AfD-Vorsitzende Höcke beschuldigte beispielsweise MOBIT als »Stichwortgeber« der Brände (Alshater 2021). Schon unmittelbar nach dem Brand in der extrem rechten »Gedächtnisstätte« in Guthmannshausen hatte der AfD-Abgeordnete und Polizeibeamte Torsten Czuppon sich vor der Immobilie filmen lassen und ein Statement in den sozialen Medien veröffentlicht. Darin sprach er von

¹² Die in der »Chronik extrem rechter Aktivitäten in Thüringen« erfassten Aktivitäten haben keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Sie sollen in erster Linie eine qualitative Entwicklung nachzeichnen. Die Chronik findet sich unter: www.mobit.org/chronik-extrem-rechter-aktivitaeten-in-thueringen/.

einem »feigen und hinterhältigen Angriff« und dass er entsetzt sei, wie »unsere politischen Gegner ihren politischen Kampf führen«. Czuppon sicherte den extrem rechten Betreiber:innen der Immobilie, die immer wieder auch Holocaust-Leugner:innen ihre Räume zur Verfügung stellten, »Hilfe und Unterstützung« zu.

Rechte Mischszene: Pandemie-Leugnung, Geschichtsrevisionismus und Umsturzfantasien

Auch anhand der Proteste der Pandemie-Leugner:innen zeigte sich die Zusammenarbeit verschiedener Spektren der extremen Rechten – von Aktivist:innen der Neonazi-Parteien, »Reichsbürgern« und Holocaust-Leugner:innen bis hin zu den Orts- und Regionalverbänden der AfD. Diese waren von Beginn an in die Proteste der rechten Mischszene involviert und versuchten, auf kommunal- und landesparlamentarischer Ebene an die Narrative der Szene anzuknüpfen – in diese Strategie reiht sich das oben erwähnte »Volksbegehren« der AfD ein (AfD 2021). In der Hochzeit der pandemischen Lage forderte die Thüringer AfD die weitgehende Aufhebung der Corona-Verordnungen. Die Inszenierung der Protestierenden als »Widerstandsbewegung« gegen ein vermeintlich »diktatorisches« oder »faschistisches« Regime ist anschlussfähig für die AfD und ihre Strategien zur Diffamierung demokratischer Institutionen. So verbreitete die Thüringer AfD im Dezember 2021 auf Facebook »einfache Tricks« zur Durchführung sogenannter Spaziergänge, um die zu diesem Zeitpunkt geltenden Einschränkungen des Versammlungsrechts zu umgehen, und rief implizit zur Durchführung illegaler Demonstrationen auf (Otto 2021).

Die Mobilisierung für die »Corona-Proteste« verlief überwiegend über soziale Netzwerke und insbesondere den Messenger-Dienst Telegram. Sowohl AfD als auch neonazistische Gruppierungen und Parteien verteilten die online kursierenden Aufrufe und dokumentierten ihre Teilnahme an den Protesten: »Allerdings fällt beim aktuellen Protestgeschehen auf, dass zur Mobilisierung scheinbar führende Organisationen oder Personen nicht mehr gebraucht werden. Die autoritären und ostidentitären Protesterzählungen vermögen es mittlerweile vielerorts, über einzelne Sharepics oder Nachrichten in den Messenger-Diensten mehrere hundert Menschen auf die Straße zu bringen.« (MOBIT 2021)

Sowohl online als auch bei den Protestaktionen auf der Straße kam es immer wieder zu antisemitischen und ns-relativierenden Äußerungen durch Pandemie-Leugner:innen. Vielfach wurden sogenannte Juden-

sterne mit der Aufschrift »ungeimpft« gezeigt und die Corona-Schutzmaßnahmen mit den nationalsozialistischen Verbrechen gleichgesetzt. Diese Beispiele belegen den Antisemitismus, der den Verschwörungserzählungen der Pandemie-Leugner:innen immanent ist und der inzwischen immer offener zur Schau gestellt wird (vgl. den Beitrag von Ben-Yehoshua, Jacobs und Thiele in diesem Band). Verschwörungsideologische Symboliken sind inzwischen fester Bestandteil der landesweiten Proteste geworden. Die Verschärfung der Corona-Schutzmaßnahmen im Herbst 2021 und die Ausweitung der 2G-Regelungen führten zu einer erneuten Zunahme antisemitischer und geschichtsrevisionistischer Vergleiche. Auch die AfD bedient sich dieser Rhetorik. Im Februar 2022 setzte beispielsweise Björn Höcke in einer Landtagsansprache die Corona-Schutzimpfungen in einen Bedeutungszusammenhang mit den Menschenversuchen im Nationalsozialismus (*Redaktionsnetzwerk Deutschland* 2022). Derartige Äußerungen und Erzählungen haben reale Konsequenzen: Die Gedenkstätte Buchenwald berichtete etwa von Hetzartikeln, beleidigenden Anrufen und Hassmails an Mitarbeitende der Gedenkstätte (Stiftung Gedenkstätten Buchenwald Mittelbau-Dora 2021). Unter anderen die extrem rechte Initiative *Erfurt zeigt Gesicht* verbreitete darüber hinaus Boykottaufrufe gegen Gastronom:innen und Unternehmen, die die Corona-Schutzmaßnahmen umsetzen.

Neben den verwendeten Narrativen zeigt sich hieran die zunehmende Aggressivität der Pandemie-Leugner:innen. Im Verlauf des Jahres kam es immer wieder zu Vorfällen, bei denen Menschen persönlich angefeindet und bedroht wurden. Insbesondere für Personen in der (Kommunal-)Politik hat sich die Bedrohungslage deutlich erhöht. Die konkreten Vorfälle reichen dabei von Drohschreiben an impfende Ärzt:innen oder Schulleiter:innen bis hin zu tätlichen Angriffen auf Impfteams, Polizist:innen und Aufmärschen vor den privaten Wohnungen von Kommunalpolitiker:innen und zeigen das Gewaltpotential, das von den Pandemie-Leugner:innen ausgeht.

In der Hochzeit der Proteste gegen Jahresende 2021 fanden wöchentlich parallel in zahlreichen Orten in Thüringen Aktionen statt – zum Teil zeitgleich in über 50 Orten mit insgesamt mehreren Tausend Teilnehmenden. Die Gesamtzahl extrem rechter Aktivitäten im Freistaat, die *MOBIT* 2021 dokumentierte, hat sich im Vergleich zum bisherigen Höchststand 2016 mehr als verdoppelt.

Gefestigtes mobilisierungsfähiges Protestpotenzial in Thüringen

Die Proteste der Pandemie-Leugner:innen zeigen, dass sich in Thüringen in den vergangenen Jahren ein festes mobilisierungsfähiges Protestpotenzial entwickelt hat. Ähnlich wie im Kontext der asylfeindlichen Proteste 2015/16 gelang es der extremen Rechten, an vorhandene und verbreitete Ressentiments der Bevölkerung anzuknüpfen und Menschen außerhalb der gefestigten Szene auf die Straße zu mobilisieren. Schon mit Blick auf die Anti-Asyl-Proteste wiesen Alexander Häusler und Fabian Virchow auf die Entwicklung einer neuen rechten Bewegung hin, die durch eine »gelegenhetsbedingte, aktionszentrierte Zusammenführung unterschiedlicher, lange weitgehend abgegrenzt voneinander agierender rechter Milieus und Organisationsstrukturen« (Häusler/Virchow 2016) gekennzeichnet war. Als zentralen Kristallisationspunkt dieser Bewegung betrachteten Häusler und Virchow die AfD. Auch wenn die AfD sich bundesweit inzwischen eher im Abwärtstrend befindet, versucht sie, sich in Thüringen im Kontext der Corona-Proteste als rechte Radikalopposition und parlamentarische Vertretung der Pandemie-Leugner:innen zu stilisieren.

Bei den Protesten wurde verstärkt versucht, an die Demonstrationen zum Ende der DDR 1989 anzuknüpfen, und das Narrativ verbreitet, das aktuelle »System« sei am Ende. Diese Erzählung befeuert immer wieder die Thüringer AfD. Mit der Selbststilisierung als Widerstandsbewegung in einem vermeintlich diktatorischen System werden zugleich die eigenen Umsturzfantasien und Gewalt gegen Menschen legitimiert, die als Repräsentant:innen des »Systems« gelesen werden. Auch im Kontext der asylfeindlichen Proteste wurde immer wieder die Notwehr-Rhetorik bedient, und diese mündete in eine Welle von Angriffen, die sich damals primär gegen Geflüchtete und deren Wohnungen richtete (ezra 2017). Dass die Anwendung von Gewalt in der Pandemie-Leugner:innen-Szene keine rein hypothetische Überlegung bleibt, belegen die zahlreichen Anfeindungen und Angriffe in den vergangenen zwei Jahren.

Die Tatsache, dass ein Teil der Thüringer Bevölkerung themenunabhängig und anlassbezogen für demokratiefeindliche Proteste durch die extreme Rechte mobilisierbar ist, wird die demokratische Zivilgesellschaft auch langfristig vor enorme Herausforderungen stellen.

LITERATUR

- AfD (2021): Volksabstimmung gegen die Corona-Politik. Online: www.volksabstimmung-thueringen.de/ [14.03.2022].
- Alshater, Samira (2021): Vermeintliche Anschlagsserie – Drohungen von Höcke, Heise und Co. Online: www.belltower.news/neonazi-immobilien-vermeintliche-anschlagsserie-drohungen-von-hoecke-heise-und-co-115329/ [14.03.2022].
- Bundeshalleiter (2021): Bundestagswahl 2021 – Ergebnisse Thüringen. Online: www.bundeshalleiter.de/bundestagswahlen/2021/ergebnisse/bund-99/land-16.html [14.03.2022].
- Decker, Markus/Huesmann, Felix (2021): Rechtsrock, Gewalt und Drogenhandel: Razzia bei Thüringer Neonazis. Online: www.rnd.de/politik/razzia-bei-thueringer-neonazis-rechtsrock-gewalt-und-drogenhandel-KMZW52ZMMZBL5DECJHFKG-WFXMQ.html [14.03.2022].
- ezra (2017): Erneute Zunahme rechter Gewalt im Jahr 2016 in Thüringen. Opferberatungsstelle ezra veröffentlicht Jahresstatistik. Online: www.ezra.de/erneute-zunahme-rechter-gewalt-im-jahr-2016-in-thu%cc%88ringen-opferberatungsstelle-ezra-vero%cc%88ffentlicht-jahresstatistik/ [14.03.2022].
- ezra (2021): Urteil im Ballstädt-Prozess: Keine Gerechtigkeit für die Betroffenen des brutalen Neonazi-Überfalls. Online: www.ezra.de/urteil-im-ballstadt-prozess-keine-gerechtigkeit-fur-die-betroffenen-des-brutalen-neonazi-uberfalls/ [14.03.2022].
- Häusler, Alexander/Virchow, Fabian (2016): Neue soziale Bewegung von rechts? Zukunftsängste. Abstieg der Mitte. Ressentiments. VSA Verlag: Hamburg, S. 122.
- Höcke, Björn (2021): Facebook-Post zur Auswertung der Bundestagswahl. Online: www.facebook.com/profile/100042409752904/search/?q=th%C3%BCringer%20weg [14.03.2022].
- Lenze, Dominik (2021): Resterampe für heimatlose Neonazis. Online: www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2021-11/rechtsextremismus-neonazi-partei-erfurt [14.03.2022].
- Michelsen, Danny/Steiner, Felix (2021): Die AfD in Thüringen. Völkischer Nationalismus als Programm. In: ezra, MOBIT, KomRex, IDZ [Hrsg.]: Thüringer Zustände. Rechtsextremismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit im Freistaat Thüringen. Jena, S. 79–87.
- MOBIT (2019): Dokumentation der extrem rechten Aktionen rund um die Immobilie am Erfurter Herrenberg. Online: www.mobit.org/dokumentation-extrem-rechte-aktionen-erfurt-herrenberg/ [14.03.2022].
- MOBIT (2021): Motor der Radikalisierung – Gemeinsame Analyse der Corona-Proteste von Kulturbüro Sachsen, Miteinander e.V. Sachsen-Anhalt und MOBIT. Online: www.mobit.org/motor-der-radikalisierung/ [14.03.2022].
- Otto, Elmar (2021): Thüringer AfD gibt Tipps zum Gelingen sogenannter Corona-Spaziergänge. Online: www.otz.de/politik/thueringer-afd-gibt-tipps-zum-gelingen-sogenannter-corona-spaziergaenge-id234132035.html [14.03.2022].
- Potter, Nicholas (2021): Thorsten Heise droht Antifa und Spitzeln in Online-Video. Online: www.belltower.news/nach-vermeintlicher-anschlagserie-thorsten-heise-droht-antifa-und-spitzeln-in-online-video-114275/ [14.03.2022].

Redaktionsnetzwerk Deutschland (2022): Thüringen: AfD-Politiker Höcke vergleicht Corona-Impfung mit Holocaust. Online: www.rnd.de/politik/thueringen-afd-politiker-bjoern-hoecke-vergleicht-corona-impfung-mit-holocaust-L12XPZQX-4FBGLD63VSZAKXVXCA.html [14.03.2022].

Stiftung Gedenkstätten Buchenwald Mittelbau-Dora (2021): Unerträgliche Relativierung der NS-Verbrechen. Online: www.buchenwald.de/47/date/2021/11/26/unertraegliche-relativierung-der-ns-verbreden [14.03.2022].

Störungsmelder (2016): 5 000 Neonazis feiern ungestört in der Schweiz. Online: blog.zeit.de/stoerungsmelder/2016/10/17/neonazis-schweiz-rockkonzert_22534 [14.03.2022].

DER MORD AN MARIO K. IN ALTENBURG IM KONTEXT LSBTIQA*-FEINDLICHER GEWALT IN THÜRINGEN

Theresa Lauß, Marina Schulz
und Marcello Helwig

Am 12. Februar 2020 wird der 52-jährige Mario K. in Altenburg brutal ermordet – die folgenden Darstellungen des Tathergangs beruhen im Wesentlichen auf den Aussagen der Täter. Den beiden Tätern Sven N. und Tony S. sollen von Mario K. zunächst an einer Tankstelle Geld für sexuelle Handlungen angeboten worden sein. Die Täter lachen darüber und lehnen dies ab. An dem Eingang des Hauses, in dem sowohl Tony S. als auch der später Ermordete wohnen, kommt es daraufhin zu einer körperlichen Auseinandersetzung zwischen den beiden, in der Mario K. stürzt.

Die Täter halten sich später gemeinsam in der Wohnung von Tony S. auf und beschließen, Mario K. in seiner Wohnung aufzusuchen, um ihm für das Angebot an der Tankstelle »einen Denkkzettel zu verpassen«. Dort angekommen, treten sie Mario K. zunächst so, dass er zu Boden geht, und traktieren ihn dort weiter mit Tritten und Schlägen gegen Kopf und Oberkörper. Daraufhin stechen sie mit einem Messer auf den immer noch am Boden liegenden Mario K. ein und lassen ihn sterbend in der Wohnung zurück. Sein Leichnam wird erst elf Tage später aufgefunden – die Polizei ermittelt die beiden Täter, die in Nacht des 23. Februar 2020 festgenommen werden.

Einordnung aufgrund Zuschreibungen der Täter und rechter Narrative

Am 10. März 2021 beginnt der Prozess gegen Sven N. und Tony S. wegen gemeinschaftlich begangenen Mordes am Landgericht Gera, der von

einer kritischen Prozessbeobachtung begleitet und dokumentiert wird. Im Laufe der sieben Prozesstage werden eindeutige Hinweise offengelegt, die für die Einordnung des Mordes als rechte bzw. homo-feindliche Tat sprechen. Der Täter Sven N. wird im Prozess u. a. vom Bruder als »rechtsradikal« bezeichnet, die Zeug:innen aus dem Bekannten- und Freundeskreis treten oftmals in Yakuza- oder Thor-Steinar-Kleidung auf: Modemarken, die in der rechten Szene beliebt sind und als Erkennungsmerkmal dienen. Das Milieu der Täter zeigt Verbindungen zu einer mindestens rechtsoffenen Subkultur – auf dem Handy von Sven N. findet sich beispielsweise eine Reichskriegsflagge. Zentral in den Aussagen der beiden Angeklagten ist immer wieder die Zuschreibung gegenüber Mario K. als pädophil. Das Feindbild des vermeintlichen »Kinderschänders« ist ein weitverbreitetes Narrativ und wichtiges Mobilisierungselement (Petersen 2015) in der extrem rechten Szene, das oft mit Aufrufen zur Selbstjustiz einhergeht. Rechte Täter fühlen sich durch ebenjene Zuschreibungen in ihren Gewalttaten legitimiert und sehen sich als Ausführende eines angeblichen Volkswillens. Zur Einordnung des Opfers als vermeintlich Pädophiler kommt die häufige Gleichsetzung mit Homosexualität, welche die Täter zusätzlich veranlassten, Mario K. als minderwertig anzusehen und ihn zu ermorden.

Die Vielzahl der Messerstiche am gesamten Oberkörper sowie am Kopf, das abgebrochene Messer während der Tat, zahlreiche Schläge und Tritte sowie das Zurücklassen des Ermordeten in der Wohnung für mehrere Tage sprechen für eine Entmenschlichung von Mario K. und damit auch für ein rechtes Tatmotiv. Die Täter erniedrigten und entwerten ihn auch noch, als sie seinen Tod Tage später bemerkten. Laut Chatprotokollen verhöhnten sie ihn, indem sie über den Verwesungsgeruch im Treppenhaus lachten.

Auf Basis dieser Informationen ordnet die spezialisierte Opferberatungsstelle *ezra* diesen Mord als homofeindlich ein. Mario K. ist damit ein weiteres – bisher staatlich nicht anerkanntes – Todesopfer rechter Gewalt in Thüringen (vgl. auch den Beitrag von Geschke und Salheiser in diesem Band zu polizeilich registrierter Hasskriminalität). Im Urteil spielt dieses Motiv jedoch keine Rolle. Die Angeklagten werden wegen gemeinschaftlich begangener gefährlicher Körperverletzung mit Todesfolge verurteilt und gehen mehrere Jahre in Haft. Dass rechte Tatmotive von Ermittlungsbehörden und Justiz nicht ausreichend untersucht und in der Konsequenz nicht eingeordnet werden, zeigt leider eine jahrzehntelange traurige Kontinuität.

LSBTIQA*-Feindlichkeit im Rahmen des ersten Christopher Street Day in Altenburg

Der Mord an Mario K. geschieht in einem Kontext, in dem LSBTIQA*-Feindlichkeit kein Einzelfall ist. Das wurde zum ersten Christopher Street Day (CSD) in Altenburg 2021 deutlich. Torge Dermitzel, der den CSD dort das erste Mal organisierte, sieht sich täglich mit Queerfeindlichkeit konfrontiert (MDR 2021). Er beschreibt zum einen Beleidigungen bis hin zu Morddrohungen über Social Media, zum anderen Anfeindungen auf offener Straße. Als Organisator des CSD fungiert er als Repräsentant einer von den Täter:innen konstruierten und abgewerteten Gruppe, die als politischer Feind im Rahmen einer sogenannten Botschaftstat angegriffen werden soll (Porath 2013). Aber auch andere Aktivist:innen bekommen diese Ablehnung zu spüren: An dem Auto einer Altenburgerin, in dem ein CSD-Plakat hängt, finden sich kurz darauf Schmierereien, u. a. mit einem Hakenkreuz und der Aufschrift »Pedo« (*www.queer.de* 2021). Auch hier zeigt sich das Narrativ des vermeintlichen »Kinderschänders« in Verbindung mit der Queerfeindlichkeit der rechten Szene. Der CSD findet schließlich am 10. Juli 2021 mit etwa 600 Teilnehmer:innen in Altenburg statt.

LSBTIQA*-feindliche Vorfälle in Erfurt und Jena

Auch in der vermeintlich bunten und weltoffenen Landeshauptstadt Erfurt, in der 2021 ein queeres Zentrum eröffnete, gibt es Anfeindungen und tätliche Angriffe. Schon seit Jahren melden beispielsweise die in Erfurt organisierten militanten Neonazis Gegenkundgebungen zum örtlichen CSD an, während Menschen für Selbstbestimmung und die Rechte der LSBTIQA*-Community demonstrieren. Im Rahmen des CSD 2019 kam es zu verbalen und tätlichen Übergriffen auf Teilnehmer:innen der Demonstration aus einer Gruppe Männer (*ezra* 2020). Im darauffolgenden Prozess wird ein queerfeindliches Tatmotiv trotz des eindeutigen Kontextes vom zuständigen Gericht nicht aufgearbeitet. Dass sich Botschaftstaten nicht immer nur gegen Betroffene direkt richten, zeigen weitere Beispiele aus größeren Städten in Thüringen: Am Roten Berg in Erfurt wird im Nachgang des CSD 2021 eine Regenbogenflagge angezündet (*Thüringer Allgemeine* 2021). In Lobeda-West in Jena wird von Unbekannten während eines Treffens der CSD-Planungsgruppe deren Banner heruntergerissen und verbrannt (*ezra* 2022). Diese Vorfälle tragen erheblich zu einer Minderung des Sicherheitsgefühls der Communitys vor Ort bei.

LSBTIQA*-Feindlichkeit erkennen, benennen und ahnden

Die dargestellten Fälle zeigen: LSBTIQA*-feindliche Gewalt ist in Thüringen Realität. Im Mordfall von Mario K. wird diese jedoch unsichtbar. Viele queere Menschen kennen eine verharmlosende oder negierende Haltung aus ihrem Alltag. Schon im Kleinen wird oft weggesehen – z. B. bei Schimpfwörtern wie »schwul« auf dem Schulhof. Es braucht jedoch den breit getragenen gesellschaftlichen Willen, um Queerfeindlichkeit als solche zu benennen, zu ahnden und somit ihre Existenz anzuerkennen sowie Schutz und Aufarbeitung zuzusichern. Dies fängt beim Einschreiten einer Lehrkraft auf dem Schulhof oder der Arbeit mit Schüler:innen zu geschlechtlicher und sexueller Vielfalt an. Im Fall von Mario K. spielt das Gericht als gesellschaftliche Institution eine wichtige Rolle. Die Nicht-Benennung des Falls als queerfeindlichen Mord ist nicht nur ein Verwaltungsakt, sondern vermittelt eine implizite Botschaft des Nicht-Sehen-Wollens. In der Folge entstehen daraus keine Konsequenzen, die es jedoch dringend bräuchte: Aus Anerkennung und Aufarbeitung können Schutz- und Präventionsmaßnahmen werden, sodass queere Menschen ohne Angst etwa an Christopher Street Days in Thüringen teilnehmen können.

Einen ersten Schritt bilden Landesprogramme und Aktionspläne gegen Queerfeindlichkeit, auch als Ergänzung zu Demokratieförderprogrammen. Neben der Stärkung der Zivilgesellschaft sind hier konkrete Maßnahmen für staatliche Institutionen und staatlich verantwortete Bereiche formuliert. Das Thüringer Landesprogramm für Akzeptanz und Vielfalt, das bereits 2018 beschlossen wurde, scheint jedoch chronisch unterfinanziert zu sein. Eigene Haushaltstitel für Maßnahmen sind bisher in keinem Ressort außer der Thüringer Staatskanzlei ausgewiesen. In den meisten Bereichen wird durch die zuständigen Ministerien mit den ersten Maßnahmen allenfalls begonnen zu planen. Dabei formuliert bereits das erste Kapitel des Landesprogramms für die zuständigen Ministerien (Soziales, Inneres und Justiz) konkrete Handlungsaufträge in den Bereichen Opferschutz und Anti-Gewalt-Arbeit, häusliche und sexualisierte Gewalt, Thüringer Polizei, Justiz und Justizvollzug.¹³ Diese Maßnahmen gilt es endlich umzusetzen und damit ein deutliches Signal zu senden, dass Queerfeindlichkeit weder übersehen noch stillschweigend toleriert, sondern benannt und bekämpft wird.

¹³ Online: www.staatskanzlei-thueringen.de/fileadmin/user_upload/Landesregierung/Themen/Akzeptanz-Vielfalt/broschue_des_landesprogrammes_fur_akzeptanz_und_vielfalt.pdf [18.04.2022].

Möglichkeiten und Grenzen zivilgesellschaftlicher Projekte

Den meisten LSBTIQA*-Personen fehlt das akzeptierende Umfeld bereits in der Kindheit und Jugend. So gaben 45 Prozent der befragten LSBTIQA*-Jugendlichen in einer Studie von Krell und Oldemeier an, in ihrer engeren Familie Diskriminierung erfahren zu haben (Krell/Oldemeier 2017). Diskriminierendes Verhalten muss von Beginn an sichtbar gemacht, thematisiert und sanktioniert werden. Mitarbeiter:innen in Verwaltungen, im Gesundheits-, Sozial- und Bildungswesen gilt es, dafür zu sensibilisieren. Sexuelle und geschlechtliche Vielfalt als Selbstverständlichkeit in die Breite der Gesellschaft zu tragen, ist das Ziel. Vorurteile bilden die Grundlage für die Manifestierung abwertender Einstellungen bis hin zu LSBTIQA*-feindlichen Einstellungen und Taten. Auf dem langen Weg dahin braucht es auch unabhängige Beschwerdestellen. Diese sollten nicht Teil der jeweiligen Institution sein und müssen Fälle aufnehmen, dokumentieren, nicht weisungsgebunden und handlungsberechtigt sein.

Queere Menschen sollten ohne Angst vor Anfeindungen, Übergriffen oder anderer Gewalt ihr Leben uneingeschränkt leben können. Als Prävention und für eine gesellschaftliche Kultur des Einschreitens gegenüber Queerfeindlichkeit braucht es Projekte aus der Zivilgesellschaft. Sie können durch Bildungsangebote Menschen dafür sensibilisieren, wo Diskriminierung und queerfeindliche Gewalt stattfindet und was sie dagegen tun können. Sie können Betroffene unterstützen und begleiten, einen Weg des Umgangs zu finden. Sie können Forderungen an die Politik stellen. Sie können zu mehr Sichtbarkeit von queerem Leben beitragen. Dies alles brauchen wir.

Queere Projekte müssen jedoch manchmal auch als Schmuck dafür erhalten, in welcher einer bunten und vielfältigen Gesellschaft wir leben. Es stimmt: Wir leben in einer bunten und vielfältigen Gesellschaft und queere Bildungs- und Begegnungsprojekte leisten einen wichtigen Beitrag zur Sichtbarkeit queeren Lebens. Aber dies darf nicht darüber hinwegtäuschen oder sogar verdecken, dass wir auch in einer queerfeindlichen Gesellschaft leben und das hier dringender Handlungsbedarf besteht. Im Gegenteil: Queerfeindlichkeit muss genauso sichtbar gemacht werden. Hierzu tragen zivilgesellschaftliche Projekte und Initiativen ihren Teil bei. Es braucht jedoch den politischen Willen, dies zu befördern und die Sicherheit für queere Menschen in Thüringen sicherzustellen. Hier stehen wir erst in den Anfängen. Für Mario K. ist es bereits zu spät.

LITERATUR

- ezra (2020):** Angriff auf Teilnehmerin des CSD 2019 in Erfurt vor Gericht: Opferberatung ezra fordert Anerkennung des rechten Tatmotivs und eindeutiges Signal an den Täter. Online: www.ezra.de/angriff-auf-teilnehmerin-des-csd-2019-in-erfurt-vor-gericht-opferberatung-ezra-fordert-erkennung-des-rechten-tatmotivs-und-eindeutiges-signal-an-den-taeter/ [07.03.2022].
- ezra (2022):** Unbekannte verbrennen Banner des CSD Jena Bündnisses. Online: www.ezra.de/unbekannte-verbrennen-banner-des-csd-jena-buendnisses/ [14.03.2022].
- Krell, Claudia/Oldemeier, Kerstin (2017):** Coming-out – und dann ...?! Coming-out-Verläufe und Diskriminierungserfahrungen von lesbischen, schwulen, bisexuellen, trans* und queeren Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Deutschland. Barbara Budrich: Leverkusen.
- MDR (2021):** LGBTQ: Queer in der Provinz. Online: www.mdr.de/nachrichten/thueringen/ost-thueringen/altenburg/queer-altenburg-csd-organisation-mit-widerstand-100_page-0_zc-6615e895.html [03.02.2022].
- Petersen, Janna (2015):** Analyse: Wie instrumentalisieren Rechtsextreme das Thema sexueller Missbrauch? In: Amadeu Antonio Stiftung [Hrsg.]: Instrumentalisierung des Themas sexueller Missbrauch durch Neonazis. Berlin, S. 19.
- Porath, Judith (2013):** Beratung für Betroffene rechter Gewalt. Spezifik des Arbeitsansatzes und des Beratungskonzeptes. In: Opferperspektive e.V. [Hrsg.]: Rassistische Diskriminierung und rechte Gewalt. An der Seite der Betroffenen beraten, informieren, intervenieren. Verlag Westfälisches Dampfboot: Münster, S. 229.
- Queer.de (2021):** Ein kleiner CSD kämpft gegen eine Welle von Hass. Online: www.queer.de/detail.php?article_id=39415 [02.03.2022].
- Thüringer Allgemeine (2021):** Nach Christopher Street Day in Erfurt: Regenbogenfahne verbrannt. Online: www.thueringer-allgemeine.de/regionen/erfurt/nach-christopher-street-day-in-erfurt-regenbogenfahne-verbrannt-id233543557.html [08.03.2022].

RASSISMUS IN THÜRINGEN: SELBSTORGANISATION UND EMPOWERMENT ALS ANTWORT

Franziska Schestak-Haase

Wenn es um Rassismus geht, schweigt die Thüringer Zivilgesellschaft mehrheitlich. Einen Impuls dies zu ändern, setzen Anfang 2022 über 30 Organisationen und schließen sich zum Netzwerk Internationaler Tag gegen Rassismus 2022 Thüringen zusammen. Es besteht aus migrantischen Selbstorganisationen, Selbstorganisationen von Rassismus betroffenen Menschen, verbündeten Institutionen und solchen mit einem rassistuskritischen Anspruch. Erklärtes Ziel ist, die Perspektive der von Rassismus betroffenen Menschen und ihren bedrohlichen Alltag sichtbar zu machen sowie sich für unterschiedliche Konsequenzen einzusetzen. Initiator ist ein junger Mann, der als unbegleiteter Minderjähriger nach Thüringen kam und nun in Erfurt lebt und zur Schule geht. Im Folgenden werden Einblicke in die Erfahrungen der gemeinsamen Organisation gegeben. Sie zeigen: Rassismus ist Alltag und unser aller Problem.

»Für mich ist es ein Experiment«, sagt der Initiator und drückt damit eine Suchbewegung nach begrenzenden rassistischen Strukturen im Rahmen der Arbeit des Netzwerks aus. Er weiß sehr genau, was Rassismus für sein Leben, für das Leben seiner Schwestern und Brüder bedeutet: »Rassismus ist physische und psychische Folter. Der Geist kann nicht in Frieden ruhen. Ein innerer Frieden braucht mehr als die Abwesenheit von Krieg. Doch Rassismus ist Krieg. Ich wünsche mir Frieden.«

Auch in Thüringen herrscht ein Krieg. In diesem wird weniger geschossen, und die wenigsten Menschen bemerken ihn. Auch in diesem Krieg ist der Einzelne nicht von Bedeutung. Menschen werden benutzt, funktional eingesetzt für ein Interesse, dass sie häufig nicht teilen. Warum denken, handeln und fühlen Menschen in der Wahrnehmung und Beobachtung dieses jungen Mannes nach einer Logik, die für ihn und viele andere Folter bedeutet? Sichtbar sind die Verletzungen, die

Rassismus verursacht: ein gebrochenes Bein, ein geschlagener Körper, ein bewusstloser Bruder in der Dunkelheit auf der Wiese liegend. Das Stadtviertel, in dem sich diese exemplarische Kriegsszene abspielt, ist der Erfurter Herrenberg im Südosten der Stadt. Es ist eine Nacht im Sommer 2020, als eine Gruppe aus einer von Neonazis gemieteten Immobilie in der Stieler Straße heraus drei junge Schwarze Männer¹⁴ brutal angreift. Es wird geschrien, Flaschen aus Glas geworfen, viele unbekannte Menschen, die meisten weiße Männer, handeln und zeigen, was dieser Krieg auch bedeuten kann. Rassistische Beleidigungen begleiten die tätlichen Angriffe. Ein Bruder wird schwer verletzt, er verliert das Bewusstsein. Seine Brüder bleiben an seiner Seite. Der Abend verändert sie, verändert ihren Blick auf diese Stadt. Die Lokalgruppe Thüringen der *Initiative Schwarze Menschen in Deutschland* (ISD Thüringen) und *ezra* fordern in einer gemeinsamen Pressemitteilung im Nachgang des rassistischen Angriffs »konsequente Bekämpfung von Rassismus, rechter Gewalt und Neonazismus auf allen gesellschaftlichen Ebenen«.¹⁵

Vielfältig in Thüringen: Rassismus

Im Kontext der Beratungsarbeit der fachspezifischen Opferberatung wird deutlich, dass ein Teil der von Rassismus betroffenen Menschen in Thüringen den Freistaat verlässt, weil sie kein sicheres und gutes Leben für sich und ihre Angehörigen erwarten können. Die anhaltend hohe Zahl der von *ezra* im unabhängigen Monitoring registrierten Gewalttaten belegt dies (vgl. den Beitrag von Zobel in diesem Band). Hinzu kommen rassistische Diskriminierungen und Mikroaggressionen im Alltag. All das schließt an die bisher gemachten Erfahrungen der betroffenen Menschen an. Gewalt und Ausgrenzung auf der Flucht aktualisieren sich, Menschen werden retraumatisiert, Identitäten werden erschüttert und Vertrauen geht verloren. Diejenigen Menschen, die Thüringen verlassen, erwarten keinen Widerspruch von weißen Mitmenschen, wenn Rassismus Interaktionen bestimmt. Stadtgesellschaft und Politik erschrecken bei Nachrichten über schwere rassistische Gewalttaten, die in ihrer Mitte stattfinden und für welche sie Mitverantwortung tragen, weil sie systematisch wegsehen, Erfahrungen ignorieren und keine konsequenten Gegenmaßnahmen ergreifen:

¹⁴ Schwarz wird hier großgeschrieben, um auf die geteilte Erfahrung Schwarzer Menschen in rassistischen gesellschaftlichen Strukturen hinzuweisen.

¹⁵ www.ezra.de/opferberatung-ezra-und-isd-thueringen-fordern-nach-brutalem-rassistischen-angriff-in-erfurt-konsequente-bekaempfung-von-rassismus-rechter-gewalt-und-neonazismus-auf-allen-gesellschaftlichen-ebenen/ [19.04.2022].

.....
23. APRIL 2021, ERFURT, STRASSENBAHN-LINIE 5: Ein minderjähriger Syrer wird von einem 40-jährigen Deutschen rassistisch beleidigt, bespuckt sowie mit Schlägen und Tritten traktiert. Der Angriff wird von einer Mitfahrenden gefilmt, über soziale Medien verbreitet sich die Aufnahme und erlangt bundesweite Öffentlichkeit.¹⁶

.....
29. SEPTEMBER 2021, ERFURT, ALTSTADT: Eine Schwarze junge Frau wird von einer älteren Frau lautstark rassistisch beleidigt und geschlagen. Umstehende Passant:innen reagieren nicht. Die Betroffene ruft den Notruf und verfolgt die Täterin, bis die Polizei diese feststellt.¹⁷

Nach dem vermeintlichen Schock gehen viele – auch Verantwortungsträger:innen – zur Normalität über, an den die rassistische Gewalt ermöglichenden Strukturen wird nichts verändert. Die Mehrheit der nicht direkt betroffenen Gesellschaft ignoriere, verharmlose oder schweige zum alltäglich sichtbaren Rassismus – so spiegelt es der Aufruf des Netzwerks.¹⁸ So kann sich beispielsweise der städtische Nahverkehrsbetrieb EVAG im Sinne eines diversitätsorientierten Marketings am Aktionstag gegen Rassismus beteiligen, setzt sich jedoch nicht mit den Bedingungen für die für viele Menschen mit Angst besetzten Situationen in den Erfurter Straßenbahnen auseinander. Warum bleibt das Interesse nach Sicherheit der von Rassismus betroffenen Fahrgäste offensichtlich unbedacht? Helfen vorsichtige Kampagnen zum Thema Zivilcourage¹⁹ hier wirklich weiter?

»Glück« statt struktureller Gegenmaßnahmen

Als der junge Mann nach Thüringen kam, hatte er Glück. Sein Glück bestand darin, dass ihm jemand zuhörte und er nun auf eine weiterführende Schule geht, sodass er Abitur machen kann. Sonst wäre auch er heute Teil der Kolonnen, die vom Erfurter Bahnhof ins Gewerbegebiet transportiert werden, wo sie bei einem großen Versandhändler arbeiten. »Wenn du die deutsche Sprache nicht beherrschst, wirst du für dumm gehalten«, weiß er. Er kennt Ingenieure, die zum Schichtantritt ins Gewerbegebiet fahren. Sie werden gleichgemacht, struktureller Rassismus weist ihnen einen Platz in der Gesellschaft zu.

¹⁶ www.thueringer-allgemeine.de/politik/so-ein-feiger-mensch-reaktionen-nach-brutalen-rassistischen-angriff-in-erfurter-strassenbahn-id232139387.html [21.03.2022].

¹⁷ www.mdr.de/nachrichten/thueringen/mitte-thueringen/erfurt/rassismus-angriff-zivilcourage-100.html [21.03.2022].

¹⁸ www.ezra.de/tag-gegen-rassismus-2022-thueringen/#AufrufDeutsch [21.03.2022].

¹⁹ Triggerwarnung, Video reproduziert Rassismus: www.facebook.com/watch/?v=393578918794767 [30.3.2022].

Gewerkschaften kämpfen dagegen um den Organisationsgrad ihrer Mitglieder. Sie sind froh über jeden Arbeitskampf, der überhaupt ausgetragen werden kann. Rassismus bleibt dabei häufig nur ein Nebenschauplatz, dem sich der Bildungsbereich der Organisation annimmt. Das ist gut, doch reicht das? Sie wissen es doch besser: Rassismus hat eine strukturelle Bedeutung für die Beschäftigung von Arbeitnehmer:innen sowie generell auf deren gesellschaftlichen Status.

Erfahrungen ernst nehmen

Was den jungen Mann auszeichnet: Er knüpft Beziehungen und stellt Fragen, die auf den Kern der Dinge zielen. Als er an einem einzigen Tag fünfmal von der Polizei in Erfurt kontrolliert wird, ist eine konstruierte Ordnungswidrigkeit das Ergebnis einer dieser anlasslosen rassistischen Polizeikontrollen. Er widerspricht der Bußgeldforderung, es folgt eine Verhandlung des Sachverhalts vor dem hiesigen Amtsgericht. Das Ergebnis ist ernüchternd: Den Aussagen der Polizeibeamt:innen wird mehr Glauben geschenkt als seinen. Das Bußgeld bleibt bestehen. Obendrauf bekommt er eine Erklärung, die sein Unverständnis stillen soll: Dass jemand fünfmal am Tag anlasslos kontrolliert werde, kann sich die erfahrene Richterin nicht vorstellen. Mit Rassismus könne das nichts zu tun haben. Sein jugendliches Aussehen ist für sie das entscheidende Kriterium. Viele Verantwortliche in Thüringer Ministerien und Behörden sowie Politiker:innen lehnen den Begriff des strukturellen Rassismus generell ab und bestreiten somit, dass in Thüringer Institutionen Bedingungen herrschen, die rassistische Diskriminierung wahrscheinlicher machen. In der Netzwerk-Runde weiß man um die beschriebene Praxis des *Racial Profiling*, hier findet Erfahrungswissen Anerkennung.

Selbstorganisation als Strategie

Das Netzwerk will einen Rahmen schaffen, in dem diese Erfahrungen wesentlicher Fokus sind. Ausgehend von diesen sollen Forderungen formuliert und adressiert, einzelne Aktionen entwickelt und Mitstreiter:innen gewonnen werden. In Thüringen regt sich etwas: die Hoffnung, dass sich etwas ändern kann. Der gemeinsame Aufruf appelliert: »Es ist Zeit, Rassismus zu verlernen.« Rassismus ist so viel mehr als eine Tatmotivation für brutale Gewalt. Er trainiere Schwarzen Menschen einen Minderwertigkeitskomplex an, sagt einer. Es werde nicht über die facettenreiche Schwarze Geschichte gelehrt, merkt eine andere an. In der Schule benennt die Sozialkunde-Lehrerin das Thema »Migration« als »Ausländerproblem«. »Wir müssen an die Schulen, Bildung ist der

Schlüssel«, fasst einer seinen Redebeitrag zusammen. Und eine andere betont ihre Herzensthemen: Empowerment und Selbstorganisation. Wenn sie in Eisenberg das »M*fest« – ein 2019 initiiertes Stadtfest mit rassistischem Titel, welches mit kolonialen Bildern und Assoziationen spielt – nicht umgestalten und umbenennen wollen, dann wird ein eigenes »Straßenfest« zur gleichen Zeit organisiert.²⁰ Eine Gruppe junger Aktivist:innen stoßen als *Jugendliche ohne Grenzen Thüringen* hinzu. Die bundesweite Struktur weist seit 2005 auf die Probleme der europäischen Abschottungspolitik hin und organisiert sich gegen restriktive Aufenthaltsbeschränkungen und drohende Abschiebungen. In Thüringen sind sie zuletzt im Protest gegen die Innenministerkonferenz 2021 sichtbar geworden. Im Kontext des Kriegs in der Ukraine weisen sie auf die massive Ungleichbehandlung von Geflüchteten hin und finden darin einen Beleg für strukturellen Rassismus in der Gegenwart.²¹ *LagerWatch Thüringen* ist ebenfalls eine selbstorganisierte Struktur, welche die Lebensbedingungen in den Lagern wie der großen Thüringer Erstaufnahmeeinrichtung Suhl problematisiert. Im Rahmen des Tages gegen Rassismus 2022 findet ein No-Lager-Exchange-Meeting mit (ehemaligen) Bewohner:innen des Lagers statt (vgl. Beitrag von Philipp Milius in diesem Band). Die Beispiele zeigen, dass die Netzwerkpartner:innen in diversen konkreten Auseinandersetzungen der Thüringer Zivilgesellschaft engagiert sind. Im Netzwerk können die oft auch belastenden Erfahrungen ausgetauscht, gebündelt und in ihrer Systematik dargestellt werden. Proaktiv in Selbstorganisation auf die Herausforderungen zuzugehen, ist eine starke Bewältigungsstrategie gegen rassistische Erfahrungen und Zustände.

Spürbare Grenzen

Abstimmungsprozesse und Aushandlungen sind wesentlicher, unsichtbarer Teil der Arbeit der Netzwerkpartner:innen auch in ihren eigenen Institutionen. Es geht um eine Übersetzungsleistung der spezifischen Inhalte: Rassismus ist nicht bequem. Wer ihn sichtbar macht und problematisiert, kann zur Zielscheibe werden. Der formulierte Anspruch ist, wütend, solidarisch und entschlossen zu handeln. Spannungen und Widersprüche werden sichtbar, es braucht solidarische Strategien, um Betroffene und Selbstorganisationen zu stärken. Auch im kommenden Jahr wird es einen Internationalen Tag gegen Rassismus in Thüringen geben: Hört zu und handelt!

²⁰ Infos: www.ais-shk.de, Hintergrund: www.thadine.de/inhalte-positionen/offener-brief-zum-eisenberger-m-fest-2020 [30.2.2022].

²¹ Redebeiträge zum Internationalen Tag gegen Rassismus in Thüringen (21.03.2022): www.radio-frei.de/index.php?iid=7&ksubmit_show=Artikel&artikel_id=9221 [14.4.2022].

BLACKBOX ERSTAUFNAHME-EINRICHTUNG: INNEN-ANSICHTEN DES ANKOMMENS IN THÜRINGEN

Philipp Millius

In Thüringen lebten bereits vor Ankunft von Geflüchteten aus der Ukraine (März/Februar 2022) über 10 000 Menschen in kommunalen Gemeinschaftsunterkünften und in den Erstaufnahmeeinrichtungen (EAE) des Landes – nicht selten unter miserablen Lebensbedingungen. Es fehlt an Privatsphäre, hygienischen Standards oder Anbindungen. Infolge der Sammelunterbringung und der in solchen Einrichtungen obligatorischen Lebensbedingungen kommt es auch auf dem Friedberg in Suhl zu Konflikten. Diese werden oft politisch funktional und medial einseitig aufgegriffen. Dabei werden weder die Perspektiven von Geflüchteten noch eine grundlegende Reflexion der Folgen von Zwangsvergemeinschaftung im Rahmen von Sammelunterkünften abgebildet. Viele der bereits über Jahre hinweg von Schutzsuchenden und Unterstützer:innen angemerkten Probleme mit der Unterbringungssituation in Thüringen bleiben ungeklärt und könnten sich mit dem Festhalten an gegenwärtige Politiken in naher Zukunft weiter verschärfen.

Auf Grundlage von Berichten, Briefen, Gesprächen mit (ehemaligen) Bewohner:innen, Interviews, Vorort-Besuchen und den Erfahrungen aus einem mit (ehemaligen) Bewohner:innen im Jahr 2021 entwickelten Theater-Empowerment-Projekt²² gibt der Artikel punktuelle Einblicke in die Blackbox der EAE am Friedberg in Suhl. Durch die Erfahrungen von Bewohner:innen und ihre Zeug:innenschaft gelingt es, die Blackbox der EAE und des Ankommens in Thüringen zu öffnen, die sonst allzu oft vor Einblicken verschlossen bliebe.

²² www.vimeo.com/680441920 [21.03.2021].



ABBILDUNG 7: Abendessen für eine erwachsene Person in der Erstaufnahmeeinrichtung (EAE) Suhl, 15. Juni 2021

Aufnahme und Ankommen in Thüringen

Die rechtlichen Grundlagen für die Unterbringung bilden europäische, bundes- und landesweite Asylgesetze, Verordnungen und Richtlinien. Das Leben in der Unterkunft wird durch eine Hausordnung geregelt, die am Beispiel der Einrichtung in Suhl in ihrer gegenwärtigen Verfassung allein Pflichten, bedenkliche Grundrechtseinschränkungen und keinerlei Rechte beschreibt.²³ Hinzu zeigen sich die Folgen eines desolaten Managements in der EAE.

Mitarbeiter:innen des Sicherheits- und sozialen Dienstes der EAE sind zumeist die ersten Personen, die ankommenden Geflüchteten in Thüringen einen ersten Eindruck über ihre gegenwärtige Situation vermitteln. Die Erfahrungen, von denen angekommene Menschen nach einigen Wochen berichten, sind mitunter erschreckend und reichen von mangelnder Versorgung und erlebter Bevormundung über rassistische Beleidigungen oder Bedrohungen bis hin zu konkreten Gewalt-

²³ www.eae-suhl.de/deutsch/ [21.03.2021].

erfahrungen. Die weitere Erfahrung, dass muttersprachlich oder englisch formulierten Hilfesuchen mit »Sprich Deutsch, du bist hier in Deutschland!« begegnet wird und vorgebrachte Beschwerden mit dem Ausspruch »Willkommen in Deutschland« quittiert werden, teilen viele (ehemalige) Bewohner:innen, die in Gesprächen und gemeinsamen Treffen ihre Erfahrungen aus Suhl schilderten.

»He thinks he is God in here«, beschreibt B. in einem öffentlich gewordenen Video seinen Eindruck über einen Mitarbeiter des privaten Sicherheitsdienstes, während eine Gruppe Bewohner:innen auf ihre Taschenkontrolle zur Durchsetzung der Hausordnung warten müssen.²⁴ »He is always like this«, kommentiert ein Bewohner aus der Gruppe den Umgang des Sicherheitsdienstmitarbeiters mit den Wartenden.²⁵ Äußerst strikte und grundrechtlich bedenkliche Taschenkontrollen durch den Sicherheitsdienst finden dabei nicht allein an der Eingangsschleuse statt, sondern auch beim Verlassen des Essensaals, wird berichtet. Denn nach den in der Hausordnung geregelten Essenszeiten bleibt es unter strengen Kontrollen verboten, auch nur eine Scheibe Brot mit auf das Zimmer zu nehmen. Die Portionen selbst sind in der Regel spärlich bemessen (Abb. 7).

Seit Jahren gibt es massive Beschwerden von Bewohner:innen zur Lebenssituation vor Ort. Dazu zählen insbesondere eine schlechte und unzureichende Essensversorgung,²⁶ Zusammenleben auf engstem Raum sowie fehlende Privatsphäre. Eigenes Essen zuzubereiten ist in der Regel unmöglich – es fehlt an Kochmöglichkeiten und verderbliche Lebensmittel dürfen nicht mit in die EAE genommen werden. Die privaten Wohnräume konnten bisher nicht abgeschlossen werden, und es fanden regelmäßige und »verdachtsunabhängige« Zimmerkontrollen statt. Auch der Umgang des Sicherheitsdienstes mit Bewohner:innen, die unzureichende medizinische Versorgung und die ungenügende Grundausstattung (z. B. mit Kleidung, Hygieneartikeln etc.) gerieten in massive Kritik von Bewohner:innen und Unterstützer:innen. Offenbar unzureichende Standards und Konzepte im Bereich des Gewaltschutzes und der Versorgung besonders vulnerabler Personengruppen wie

²⁴ Das Video zeigt weiter, wie ein Mitarbeiter der Gruppe erst droht, B. dann mit den Worten »Willkommen in Deutschland, Arschloch!« und »Ich schraub dir den Schädel runter, Opa!« offensichtlich rassistisch beleidigt wird, bis der Sicherheitsdienstmitarbeiter schließlich gewaltsam auf die Gruppe zugehen will und ein weiterer Mitarbeiter ihn nur noch mit Mühe zurückhalten kann: www.youtube.com/watch?v=OO-Aabk7CWpE [21.03.2022]

²⁵ Ein bereits im Herbst 2020 dokumentierter Vorfall, bei dem der Sicherheitsdienst zur Durchsetzung der Hausordnung gewaltsam in den Wohnraum einer Familie eindrang und mehrere Personen dabei verletzte, blieb bis heute unaufgeklärt, während die Strafanzeige gegen den Sicherheitsdienst der Einrichtung aus »Mangel an öffentlichem Interesse« durch die Staatsanwaltschaft eingestellt wurde: www.fluechtlingsrat-thr.de/aktuelles/pressemitteilungen/erschuetternde-vorgaenge-suhl [21.03.2022].

²⁶ www.zeitreisende.blue-direkt.de/index.php/9-asylimsuhl/9-memorandum [21.03.2022].

schwangeren Frauen, Kindern oder Menschen mit Erkrankungen oder Beeinträchtigungen leisten einer prekären Versorgungslage Vorschub. Konflikte innerhalb und außerhalb der Einrichtung, Konflikte von Anwohner:innen oder des Sicherheitsdienstes der EAE mit Bewohner:innen sind mitunter unmittelbare Folge dieser Rahmenbedingungen.

Doch die öffentliche Auseinandersetzung mit den Konflikten innerhalb und außerhalb der EAE blendet Isolation, Mangel, psychosoziale Deprivation und Bevormundung im täglichen »Ankommen« von Schutzsuchenden vielfach aus. Aus Sicht von Betroffenen und Unterstützer:innen gibt es bisher keine transparente Fehlerkultur bei administrativ und politisch Verantwortlichen. Damit wird der Diskurs um die EAE zusehends rassistisch und beispielsweise vom Wahlkampf motivierten Akteur:innen überlassen. So vereinten sich im Wahljahr 2021 bekannte Neo-Nazis, »besorgte Bürger:innen«, Chefredakteur:innen, Oberbürgermeister André Knapp und Hans-Georg Maaßen in ihrer rassistischen Stimmungsmache gegen Bewohner:innen der EAE.²⁷ Die Resultate sind die Stigmatisierung der EAE-Bewohner:innen und ordnungspolitische Reflexe. Diese lösen die zugrunde liegenden Probleme nicht, geben den eigentlich Betroffenen noch immer kein Wort und verschärfen die Situation zusätzlich.

(Medizinische) Versorgung und besondere Bedarfe

.....

»ALS KEINE BESSERUNG EINTRAT und wir zur Lagerambulanz gingen und den Arzt aufsuchten, hat er uns mit einer sehr groben und unhöflichen Art aus der Ambulanz verwiesen. Er hat uns nicht mal angehört. Jeden Tag wird die Situation meiner Tochter schlimmer. [...] Seitdem wir in Suhl angekommen sind, haben wir keine Hilfe erhalten. Einige der Mitarbeiter haben ein sehr schlechtes Verhalten uns gegenüber gehabt. Ab und zu waren wir beim Sozialarbeiter. Er hat uns gefragt, ob wir ein Hotel erwarten würden. Manchmal sagte er sarkastisch: »Willkommen in Deutschland!« oder fragte, warum wir denn hierhin gekommen seien.«²⁸

.....

²⁷ Der Flüchtlingsrat Thüringen e.V. zählte im Wahlkampf 2021 von April bis Juni über 30 lokale Medienbeiträge zur Situation der EAE in Suhl. Bei keinem der gezählten Artikel kamen Bewohner:innen zu Wort. Oftmals wurden Pressemitteilungen von Parteien unkommentiert abgedruckt. Insbesondere die Aufstellung von Hans-Georg-Maaßen im CDU-Wahlkreis 196 (Suhl – Schmalkalden-Meiningen – Hildburghausen – Sonneberg) förderte diese Dynamik. Letztlich wurde vom Suhler Bürgermeister André Knapp (CDU) eine Petition zur Schließung der EAE Suhl eingereicht. Nach der Wahl 2021 wurde es ruhiger – über Monate gab es nahezu keine Berichterstattung.

²⁸ www.lagerwatchthueringen.noblogs.org/post/2020/10/20/briefe-berichte-aus-dem-erstaufnahmelager-in-suhl-ii/ [21.03.2022].

So beschrieb ein Familienvater, der mit seiner und weiteren Familien aufgrund besonderer medizinischer Bedarfe im August 2020 aus Griechenland aufgenommen worden war, in einem Brief seine Erfahrungen mit Blick auf die medizinische Versorgung in der EAE in Suhl. Seine Tochter leidet an der seltenen Schmetterlingskrankheit, einer schweren Hauterkrankung, die im Zeitraum des Aufenthalts in der EAE offenbar lange unzureichend versorgt blieb, bis ihr Zustand sich aufgrund der Bedingungen in der Einrichtung weiter verschlechterte. Erst nach monatewährender Wartezeit und mit dem Transfer in eine Kommune sowie mit der Unterstützung von Sozialarbeiter:innen der neuen Gemeinschaftsunterkunft gelang die Anbindung an spezialisierte Fachärzt:innen, die das Kind behandeln konnten.

Der hier beschriebene Fall und die medizinische Unterversorgung in der EAE sind dabei keine Einzelfälle, sondern mutmaßlicher Modus Operandi zur »Versorgung« von Schutzsuchenden bei der Ankunft in der EAE in Suhl. Briefe und Berichte von Betroffenen erlauben einen Einblick in diesen Modus, der sonst häufig eine Blackbox bliebe. So erhebt eine weitere Familie seit Herbst 2020 in einer offenen Strafanzeige bis heute schwere Vorwürfe gegen den medizinischen Dienst der Einrichtung wegen unterlassener Hilfeleistung:

.....
»NACH EINIGEN TAGEN GINGEN WIR wieder zum selben Arzt, und ich sagte ihm, dass meine Frau sagt, dass sich das Kind nicht mehr in Ihrem Bauch bewegt, und ich bat den Arzt erneut, meine Frau ins Krankenhaus zu schicken, sie antworteten erneut dasselbe und sagten, dass sie keine Probleme habe und wir sie nicht ins Krankenhaus schicken könnten. [...] Wir fahren dann mit einem Taxi zum Krankenhaus, wo sie einer Sonographie-Untersuchung unterzogen wurde und uns gesagt wurde, dass unser Kind tot sei.«²⁹

Vor Ankunft in Suhl war die werdende Mutter im siebten Monat schwanger. Ärzt:innen in Griechenland bestätigten ihre Reisefähigkeit und so wurde den in Thüringen ankommenden Familien »schnellstmögliche fachmedizinische Behandlung«³⁰ versprochen.

²⁹ www.lagerwatchthuringen.noblogs.org/post/2020/10/11/briefe-berichte-aus-dem-erstaufnahmelager-in-suhl-i/ [21.03.2022].

³⁰ www.justiz.thuringen.de/aktuelles/medieninformationen/detailseite/erneut-behandlungsbeduerftige-kinder-aus-griechenland-in-suhl-angekommen [21.03.2022].



ABBILDUNG 8: Übersicht deutsche Bundesländer nach einem Konzept zur systematischen Identifizierung besonders Schutzbedürftiger³¹

³¹ www.baff-zentren.org/wp-content/uploads/2020/11/BAfF_Reader_Identifizierung.pdf [21.03.2022].

Laut Artikel 21 und 22 der europäischen Aufnahmerichtlinie (2013/33/EU) sollen die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union die »spezielle Situation von schutzbedürftigen Personen« berücksichtigen.³² Mit Artikel 22 der Aufnahmerichtlinie hieße dies weiter, dass die Länder aktuell dazu verpflichtet wären, spezielle wie insbesondere auch psychosoziale und medizinische Bedarfe bei der Aufnahme zu beurteilen und dafür Sorge zu tragen, dass diesen besonderen Bedarfen ausreichend Rechnung getragen und die notwendige Unterstützung gewährt wird. In Anbetracht der oben beschriebenen Fälle und gewonnener Einblicke in die (medizinische) Versorgungslage in der EAE in Suhl befindet sich das Land Thüringen nach Einschätzung des Autors dergestalt im permanenten Rechtsbruch mit der geltenden Aufnahmerichtlinie. Demnach ist zu bezweifeln, dass ein strukturiertes Verfahren (Abb. 8) zur Identifizierung, Ermittlung und Berücksichtigung besonderer Bedarfe von vulnerablen Personengruppen in Thüringen erfolgreich Anwendung findet. Eine Weitervermittlung oder Verweisberatung an Fachärzt:innen, spezialisierte Beratungsstellen oder psychosoziale Zentren bleibt scheinbar in den meisten Fällen eine Frage von Glück und Zufall.

Das Fehlen eines solchen strukturierten Verfahrens und eine unzureichende Ausgestaltung der ärztlichen und medizinischen Versorgung hat derweil massive Auswirkungen auf Betroffene und beschreibt einen massiven Einschnitt in grundlegende Rechte der Unterstützung sowie der psychischen und physischen Unversehrtheit von Bewohner:innen. Bestätigt wird dies u. a. durch die Erfahrungen der ehrenamtlichen Mediziner:innen des *MediNetz Jena*, die im Jahr 2021 Bewohner:innen zusammen mit dem Netzwerk Lager-Watch Thüringen vor der Aufnahmeeinrichtung aufsuchten. Dabei unterstützte das *MediNetz* insbesondere bei akuten Schmerzzuständen in Verbindung mit zahnmedizinischen Fällen, die nach Einordnung des *MediNetz* bis dato unzureichend oder nicht behandelt worden sind. Auch über die EAE hinaus ist die zahnmedizinische Versorgung von Geflüchteten mangelhaft. Einige Bewohner:innen, die die Unterstützung des *MediNetz* in Anspruch nahmen, berichten davon, dass sie auch bei schweren Entzündungen lediglich mit Paracetamol zur Schmerzlinderung behandelt wurden – einem niedrigpotenten Schmerzmittel ohne entzündungshemmende Wirkung. Auch wurde berichtet, dass Patient:

³² Nicht abschließend aufgezählt sind in der Aufnahmerichtlinie besonders vulnerable Personengruppen und Situationen von Menschen »wie Minderjährigen, unbegleiteten Minderjährigen, Behinderten, älteren Menschen, Schwangeren, Alleinerziehenden mit minderjährigen Kindern, Opfern des Menschenhandels, Personen mit schweren körperlichen Erkrankungen, Personen mit psychischen Störungen und Personen, die Folter, Vergewaltigung oder sonstige schwere Formen psychischer, physischer oder sexueller Gewalt erlitten haben« beschrieben: eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2013:180:0096:0116:DE:PDF [21.03.2022].

innen mit akuten Bedarfen unbehandelt weggeschickt wurden, wenn ihnen keine Sprachmittlung zur Verfügung stand.

Der Besuch von Bewohner:innen innerhalb der Einrichtung – somit auch der allgemeine Zugang zur EAE für eine medizinische Bedarfsprechstunde mit Sprachmittler:innen – wurde dem *MediNetz Jena* trotz zahlreicher Angebote verwehrt. Die offizielle Aussage: Es gebe weder freie Räumlichkeiten noch Unterstützungsbedarf.

Zwei nunmehr ehemalige Bewohner:innen bringen im Gespräch die Problematik der EAE prägnant auf den Punkt: A. beschreibt, er habe sich mit seiner Familie in einem Zelt in Griechenland sicherer und besser versorgt gefühlt als in den Monaten nach seiner Ankunft in Suhl. M. erzählt im übersetzten Interview vor der Einrichtung: »Frag die Deutschen, die hier sind, eine Frage, die alles zusammenfasst: Gibt es einen von ihnen, Erwachsenen mit Familie, der akzeptieren würde, seinen Sohn, seine Schwester oder irgendjemanden hier leben zu lassen? Hier zu essen und zu trinken? Sein Bad zu nehmen? Wenn ja, habe ich nix mehr zu sagen.« Viele (ehemalige) Bewohner:innen der EAE sind sich einig in dem Wunsch, dass die Erfahrungen, die sie in Suhl haben machen müssen, niemand anderes je wieder machen muss.

BALLSTÄDT – EINE TRAGÖDIE IN ZWEI AKTEN

Kristin Pietrzyk und Rasmus Kahlen

Im kleinen Örtchen Ballstädt gründete sich mit der Nachricht, dass Personen aus der rechten Szene die alte Bäckerei gekauft hatten, ein Bürgerbündnis, das die stets von der Politik verlangte klare Kante gegen Rechts zeigte. Neben öffentlich sichtbaren Bekenntnissen zu einer offenen und demokratischen Gesellschaft organisierte das Bürgerbündnis Informationsveranstaltungen zur rechten Szene und eine Demonstration gegen das »Gelbe Haus«.

In der Nacht vom 8. auf den 9. Februar 2014 überfiel in Ballstädt im Landkreis Gotha eine Gruppe von etwa 20 Neonazis eine Feier der Mitglieder des ortsansässigen Kirmesvereins im Gemeindehaus des Dorfes. Die größtenteils verummumten Angreifer:innen schlugen wahllos auf die Feiernden ein. Eine Vielzahl der Gäste wurde zum Teil schwer verletzt und musste im Krankenhaus behandelt werden. Das Gemeindehaus glich einem Schlachtfeld. Die Bilder des blutverschmierten Bodens des Gemeindehauses gingen durch die bundesweite Presse (Budler 2014). Obwohl zunächst in den Medien von einer »Kirmeschlägerei« gesprochen wurde, vermuteten Kenner:innen der lokalen rechten Szene bald einen politischen Hintergrund der Tat. Die Spuren führten schnell zu den Bewohnern des »Gelben Hauses« in Ballstädt. Der entscheidende Tipp kam vom Verfassungsschutz. Dieser hatte einige der Täter schon länger im Visier und hörte deren Handys auch in der Tatnacht ab. Es folgten thüringenweit Hausdurchsuchungen. Gegenüber dem als Haupttäter identifizierten Thomas W. wurde zunächst Untersuchungshaft angeordnet, der Haftbefehl jedoch nach etwa zweieinhalb Monaten aufgehoben.

Die Hintergründe

Nach Erkenntnissen der Landesregierung wurde das »Gelbe Haus« in Ballstädt durch zwei Angehörige der rechten Szene in Thüringen erworben und im August 2014 mutmaßlich von sechs Angehörigen der

rechten Szene als Wohnstätte genutzt (Thüringer Landtag 2014). Die Käufer des Hauses waren Mitglieder der *Hausgemeinschaft Jonastal* (HGJ). Erstmals im Jahr 2012 traten die ursprünglich im Objekt in Crawinkel lebenden und sich aufhaltenden Mitglieder der rechten Szene in einem sozialen Netzwerk als *Hausgemeinschaft Jonastal* (HGJ) auf und vermittelten nach außen den Eindruck, eine über die reine Wohngemeinschaft hinausgehende Organisation zu sein. Nach Erkenntnissen der Landesregierung diente das von zwei Mitgliedern der HGJ im Jahr 2011 erworbene Objekt in Crawinkel der Neonaziszene ab 2012 als Treff- und Veranstaltungsobjekt, insbesondere für rechtsradikale Konzerte. Seit Anfang 2013 fand sich nach Erkenntnissen der Landesregierung im Internet ebenfalls ein Hinweis auf eine *Kameradschaft Jonastal* (KJ). Die bislang in dem Objekt in Crawinkel wohnhaften Neonazis verzogen nach Informationsstand des Innenministeriums nach Ballstädt.

Laut Artikel in der *Thüringischen Landeszeitung* vom 9. Dezember 2014 (»Polizei findet rechtes Propagandamaterial bei Neonazikonzert in Ballstädt«) löste die Polizei ein Neonazikonzert am 8. Dezember 2014 auf und führte anschließend im »Gelben Haus« eine Hausdurchsuchung durch (Möller 2014). Dabei sei umfangreiches Propagandamaterial aus der rechten Szene sowie Musik-CDs, Schlagstöcke, Quarzsandhandschuhe, T-Shirts und Fahnen mit Hakenkreuzen und ss-Runen gefunden worden.

Aus der Antwort auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten König (Thüringer Landtag 2014) geht ebenfalls hervor, dass Thomas W. seit mehreren Jahren in der rechten Musik-Szene aktiv war und sowohl allgemeinpolizeilich als auch im Bereich des Staatsschutzes einschlägig bekannt ist. Er war Bandleader der Band SKD aus dem Raum Gotha und dort verantwortlich für Schlagzeug und Texte. Nach Erkenntnissen der Landesregierung (ebd.) war der Angeschuldigte Thomas W. für die

Veröffentlichung von drei der Band SKD³³ zuzurechnenden Liedern auf dem im Jahr 2008 erschienenen Sampler »Blood & Honour Division Deutschland – Voices of Solidarity« verantwortlich. Laut Landesregierung sollen zu drei weiteren Angeschuldigten im oben genannten Verfahren Hinweise auf Verbindungen zum *Blood-&-Honour*-Netzwerk in der Vergangenheit vorliegen. Nach Einschätzung der Thüringischen Landesregierung ist die Band SKD als rechtsextremistisch einzustufen (Thüringer Landtag 2013). Einzelne Mitglieder der Band seien als

³³ Der Name SKD steht für *Sonderkommando Dirlwanger*, benannt nach einer besonders grausamen und sadistischen Einheit, die vom SS-Oberführer Oskar Dirlwanger im Zweiten Weltkrieg aufgestellt wurde (vgl. de.wikipedia.org/wiki/Oskar_Dirlwanger [25.04.2022]).

Hauptaktivisten der rechtsextremen Szene Thüringens einzustufen. Die Liedtexte enthalten eindeutige antisemitische, rassistische, ausländischerfeindliche, volksverhetzende und gewaltverherrlichende Botschaften. Laut Mitteilung der Landesregierung vom 17. Januar 2013 (Thüringer Landtag 2013) steuerte die Band SKD einen Titel auf dem Sampler »Solidarität Vol. 4« zugunsten des im NSU-Prozess Angeklagten Ralf Wohlleben bei. Außerdem teilt die Landesregierung in der Antwort auf die parlamentarische Anfrage mit, dass in Bezug auf Thomas W. die Einschätzung besteht, dass diesem thüringen- und bundesweit auch spontan ein zum Teil gewalttätiges Mobilisierung- und Unterstützerpotenzial zur Verfügung stehe. Weitere Täter sind ebenfalls der rechten Szene zuzuordnen.

Die Anklageschrift

Am 19. April 2015, ein Jahr nach dem Überfall, wurde durch die Staatsanwaltschaft Erfurt Anklage gegen 14 Männer und eine Frau wegen des Vorwurfs der gefährlichen Körperverletzung und des schweren Hausfriedensbruchs beim Landgericht (LG) Erfurt erhoben. In der Anklageschrift wurde zumindest die Szenezugehörigkeit von Thomas W. thematisiert. Die Anklage erfolgte zum LG Erfurt, weil die Staatsanwaltschaft damals noch davon ausging, dass Thomas W. eine Freiheitsstrafe von mehr als vier Jahren drohen könnte. Außerdem habe die Sache eine besondere Bedeutung, weil der Überfall ein außergewöhnliches Interesse der Öffentlichkeit und der Medien erregt habe.

Die Hauptverhandlung

Am 2. Dezember 2015 begann die Hauptverhandlung gegen die 15 Angeklagten vor dem LG Erfurt. Als Verteidiger der Angeklagten traten u. a. die Szeneverteidiger Dirk Waldschmidt, Wolfram Nahrath, Olaf Klemke und Dr. Maik Bunzel auf. Die Verhandlung zog sich über einen Zeitraum von etwa eineinhalb Jahren, u. a. aufgrund dauernder Verzögerungen durch Angeklagte und Verteidigung. Bereits in der Hauptverhandlung wurde deutlich, dass das Gericht nicht Willens war, die Tat als rechte Hegemonial- bzw. Botschaftstat einzuordnen. Stattdessen folgte das Gericht der Strategie der Täter-Opfer-Umkehr der Verteidigung.

Am Abend der Tat wurde am »Gelben Haus« ein Fenster eingeschlagen. Die Tat ist bislang ungeklärt. Klar ist aber, dass dieses eingeschlagene Fenster von den Tätern zum Anlass für den Überfall genommen wurde.

Angeblich habe man sich zum Gemeindehaus begeben, um »die Sache« zu klären. Als Indiz für die Täterschaft der Kirmesgesellschaft diente den Tätern eine rote Serviette, die um den Stein, der die Scheibe durchschlagen hatte, gewickelt gewesen sein soll.

Dieses Narrativ, dass die Betroffenen der Tat zuvor die Scheibe des »Gelben Hauses« eingeschlagen haben könnten, wurde bereitwillig durch das Gericht aufgegriffen und die Betroffenen in ihren Vernehmungen immer wieder dazu befragt. Die Betroffenen sahen sich daher einer direkten Täter-Opfer-Umkehr auf Betreiben der Angeklagten ausgesetzt. Alle Anträge der Nebenklage, die Rolle einzelner Angeklagter in der rechten Szene weitergehend zu beleuchten oder aufzuklären, wurden durch das Gericht schnell abgelehnt. Genauso wenig interessierte das Gericht, ob die Tat dazu dienen sollte, den Bewohner:innen von Ballstädt klarzumachen, dass ein Engagement gegen rechts eine gewaltsame Reaktion hervorrufen wird. Der einzige Antrag, dem das Gericht nachging, war eine Besichtigung des Tatorts mit dem gesamten Gericht und allen Verfahrensbeteiligten.

Die Rolle des Verfassungsschutzes

Zwar kam der entscheidende Hinweis auf die Täter vom Thüringer Verfassungsschutz. Über die Mitteilung hinaus, dass dort entsprechende Telefonate mitgehört worden sind, wollte der Verfassungsschutz jedoch keine Informationen oder als Beweise verwertbare Dokumente zu den Akten reichen. Dieses Mauern ging so weit, dass der Vorsitzende der Strafkammer an einem Hauptverhandlungstag laut darüber nachdachte, dass Freisprüche im Raum stünden, wenn der Verfassungsschutz weiterhin diese Informationen zurückhalte. Anschreiben des Gerichts an den Geheimdienst seien unbeantwortet geblieben.

Aufgrund dieses Nicht-Verhaltens des Thüringer Verfassungsschutzes sahen sich zwei Nebenkläger gezwungen, den Verfassungsschutz auf Herausgabe der zugehörigen Akten zu verklagen. Einen Antrag auf Beschlagnahme durch das Gericht hatte dieses abgelehnt. Die Medien berichteten über diese spektakuläre Klage und der Thüringer Verfassungsschutz geriet wieder einmal öffentlich unter Druck und sah sich nach dem NSU-Skandal wiederholt dem Vorwurf ausgesetzt, seinen eigenen Quellenschutz über die Interessen an einer Strafverfolgung zu stellen. Unter diesem Druck gab die Behörde nach und übersendete dem Gericht die Unterlagen. Es bleibt zwar Spekulation, aber in unseren Augen wäre das nie ohne die Klagen der Nebenkläger:innen gegen den Verfassungsschutz passiert.

Erstes Urteil

Nach insgesamt 45 Verhandlungstagen verurteilte das LG Erfurt am 24. Mai 2017 elf der Angeklagten jeweils wegen gefährlicher Körperverletzung in zehn Fällen zu Haftstrafen zwischen einem Jahr sechs Monaten und drei Jahren sechs Monaten. Nur eine der Strafen wurde zur Bewährung ausgesetzt. Vier Angeklagte wurden aus Mangel an Beweisen für ihre Teilnahme freigesprochen.

Was zunächst nach einem harten Urteil klingt, hatte für die Betroffenen des Überfalls einen faden Beigeschmack. Zugunsten aller Verurteilten nahm das LG Erfurt an, dass »die Tatbegehung durch die feindselige Haltung der Einwohner von Ballstädt zumindest mitverursacht worden ist«. Diesen Satz muss man sich auf der Zunge zergehen und die Botschaft auf sich wirken lassen: Zum einen sagt das Gericht, dass wenn die Betroffenen des Überfalls nicht sogar selbst, dann aber wenigstens ihre Nachbar:innen an dem Überfall zumindest eine Mitschuld tragen. Zivilgesellschaftliches Engagement wird damit dazu benutzt, den Anständigen, deren Aufstand von den Zuständigen immer wieder verlangt wird, die Schuld für gewalttätige Übergriffe zu geben. Damit öffnet das Gericht die Büchse der Pandora, indem es gewaltsame Auseinandersetzungen – initiiert von rechts – in der Konsequenz des Hufeisens als unausweichlich, aber auch gesellschaftlich unbedenklich darstellt. Somit wurden die Betroffenen und alle Bewohner:innen von Ballstädt wortwörtlich zum Abschuss freigegeben. Für Angriffe gegen zivilgesellschaftliche Akteure gibt es Strafrabatt.

Was ausblieb, war die Empörung der Politik, die sich nach dem Überfall nur allzu gern mit Betroffenheitsgesten und Bekenntnissen zu einer konsequenten Strafverfolgung in den Lokalblättern überschlagen hatte. Über die Mitschuld-These des LG verloren sie kein Wort mehr. Einzig die Opferberatungsstellen und Kenner:innen der rechten Szene wie Katharina König-Preuß prangerten die Signalwirkung, die diese Urteilsbegründung für die rechte Szene haben würde, nachhaltig an.

Rechtsmittel

Alle Verurteilten legten gegen das Urteil des LG Erfurt das Rechtsmittel der Revision zum Bundesgerichtshof ein. Dieser hob mit Beschluss vom 15. Januar 2020 das Urteil des LG Erfurt aus der ersten Instanz auf und verwies die Sache zur Neuverhandlung an eine andere Kammer desselben Gerichts. Die Gründe für die Aufhebung des Urteils waren

ausschließlich in der mangelnden Begründungstiefe des erkennenden Gerichts zu finden. Zweifel an der Schuld der Verurteilten hatte auch der Bundesgerichtshof nicht.

Der Deal

So kam es mittlerweile mehr als sieben Jahre nach der Tat zu einer Neuauflage des Prozesses bei einer anderen Kammer des LG Erfurt. Bereits vor Beginn der Hauptverhandlung regte die Staatsanwaltschaft Erfurt einen sogenannten Deal an, also eine Verfahrensabsprache über ein Strafmaß zwischen Staatsanwaltschaft, Angeklagten und Gericht, um das Verfahren möglichst schnell vom Tisch zu bekommen. Bereits in den vorab geführten »Deal-Gesprächen« wurden die Belange der Betroffenen vollständig außer Acht gelassen. Für ein Geständnis wurde allen Angeklagten eine Strafe unterhalb von zwei Jahren sowie deren Aussetzung zur Bewährung in Aussicht gestellt. Dies galt sogar für die Angeklagten, die sich inzwischen wegen des dringenden Tatverdachts bezüglich weiterer schwerer Straftaten in anderer Sache in Untersuchungshaft befanden.

ABBILDUNG 9: Zivilgesellschaftlicher Protest zur Verkündung des Urteils im Ballstädt-Prozess am 12. Juli 2021 vor der Messehalle in Erfurt (Quelle: MOBIT)



Die Hauptverhandlung – eine Farce

Der Deal kam zustande. Das Verfahren glich daher einem Theaterstück, das manchmal den Eindruck erweckte, nur den Zweck zu haben, die Betroffenen nochmals vor Gericht vorzuführen. Die Geständnisse waren wenig gehaltvoll. »Das wird schon so gewesen sein« und »Ich war betrunken« reichten dem Gericht aus. Dennoch mussten die Betroffenen nochmals vor Gericht aussagen. Was ihre Aussagen dem Gericht an Wahrheitserkundung bringen sollten, konnte auch auf Nachfrage der Nebenklage nicht durch die Vorsitzende dargestellt werden. Hätten dem Gericht die Geständnisse der Angeklagten für ein Urteil gereicht, so wäre eine erneute Vernehmung der Betroffenen entbehrlich gewesen. Bei ihren Aussagen mussten sich die Betroffenen aber Sätze der Vorsitzenden Richterin anhören wie: »Nutzen Sie das hier als Chance, aus der Opferrolle herauszukommen.« Die Nebenklage wurde von den übrigen Verfahrensbeteiligten, insbesondere aber von Gericht und Staatsanwaltschaft, als Störfaktor empfunden und mehr als nur einmal von der Vorsitzenden und dem Sitzungsvertreter der Staatsanwaltschaft mit höhnischen Kommentaren bedacht. Als die Nebenklage aufgrund des Ablaufs der erneuten Hauptverhandlung darauf verzichtete zu plädieren, zog sie sich endgültig den Zorn des Gerichts zu. So kam das Urteil – Bewährungsstrafe für alle Angeklagten, deren Verfahren nicht eingestellt wurde – nicht überraschend. Überraschend war, dass die Urteilsbegründung sich einerseits nicht zum politischen Hintergrund der Angeklagten verhielt, sich aber andererseits ausführlich an der Nebenklage und der Öffentlichkeit abarbeitete, die es gewagt hatte, das Gericht und die Staatsanwaltschaft für den Deal zu kritisieren. Es sei zutiefst undemokratisch und ein Angriff auf die Unabhängigkeit der Justiz, wenn sich Nebenklage und die Öffentlichkeit erdreisten, sich eine Meinung über ein Gerichtsverfahren zu erlauben, so die Aussage der Vorsitzenden Richterin.

Heribert Prantl resümierte in der *Süddeutschen Zeitung*: »Darf man, im Namen des Volkes, im Namen des Rechtsstaats, im Namen der Demokratie mit den Leuten Geschäfte, Rechtsgeschäfte machen, die diesen Rechtsstaat mit Füßen treten und mit Fäusten schlagen? Darf sich der Staat auf diese Weise gemein machen mit roher brauner Gewalt? Ich meine: Nein. Deswegen quält mich das Erfurter Urteil.« (Prantl 2021) Folgt man der Logik der vorsitzenden Richterin, tritt auch er damit die richterliche Unabhängigkeit mit Füßen.

Der Fall Fretterode

Am 29. April 2018 kam es im thüringischen Eichsfeld zu einer weiteren, durch Neonazis verübten schweren Gewalttat. Am Vormittag hatten sich zwei Journalisten aus Göttingen nach Fretterode, dem Wohnort des Thüringer NPD-Vorsitzenden und langjährigen Nazifunktionärs Thorsten Heise begeben, um dort ein auf dessen Gutshof stattfindendes Organisationstreffen für eine bevorstehende Demonstration der NPD zum 1. Mai 2018 in Erfurt zu dokumentieren. Die Journalisten wurden entdeckt. Als sie den Ort verlassen wollten, versperren ihnen zwei Neonazis mit einem Fahrzeug auf der durch das Dorf führenden Kreisstraße den Rückweg. Einer der Neonazis rannte vermummt und mit einem etwa 60 Zentimeter großen Radschlüssel bewaffnet auf das Fahrzeug der Journalisten zu. Diese waren gezwungen, rückwärtsfahrend aus dem Ort zu flüchten. Einer der Journalisten fotografierte den Angriff mit einer Spiegelreflexkamera. Die Angreifer fuhren dem Fahrzeug nach und bedrängten es. Es kam zu einer Verfolgungsjagd, die über mehrere Kilometer die Landstraße entlangführte und erst am Ortseingang des übernächsten Ortes endete. Aufgrund einer Baustelle waren die Journalisten gezwungen anzuhalten. Beim Versuch, über die Einfahrt eines landwirtschaftlichen Betriebes zu entkommen, landeten die Journalisten mit ihrem Fahrzeug im Straßengraben.

Die Angreifer schlugen die Fensterscheiben des Fahrzeuges der Journalisten ein, sprühten Reizgas in das Fahrzeug und zerstachen die Reifen. Einem Journalisten wurde der Radschlüssel frontal auf den Kopf geschlagen, bei ihm wurde später ein Schädelbruch diagnostiziert. Der andere Journalist erlitt durch einen Angriff mit einem Messer eine Stichwunde im Oberschenkel. Die Angreifer raubten die Spiegelreflexkamera aus dem Auto und flüchteten mit ihrem Fahrzeug vom Tatort. Nur dem Umstand, dass der Fotograf bereits während der Verfolgungsjagd geistesgegenwärtig die Speicherkarte aus der Kamera entnommen hatte, war es geschuldet, dass die Fotos des Angreifers später als Beweise vorlagen. Durch Zeugen wurde die Polizei zum Tatort gerufen.

Die Täter konnten schnell als Gianluca Bruno, ein NPD-Kader aus dem Raum Göttingen, und Nordulf Heise, der älteste Sohn des NPD-Funktionärs Thorsten Heise, identifiziert werden. Das Täterfahrzeug war auf die Frau von Thorsten Heise zugelassen. Obwohl die Täter schnell identifiziert waren und von Beginn an neben der gefährlichen Körperverletzung ein schwerer Raub mit einer Mindeststrafe von fünf Jahren Freiheitsstrafe im Raum stand, wurden die Täter nicht inhaftiert. Nordulf Heise verzog zwischenzeitlich in die Schweiz, gleichwohl

wurde seitens der Staatsanwaltschaft keine Fluchtgefahr gesehen, die die Anordnung von Untersuchungshaft hätte rechtfertigen können. Am 19. Februar 2019 wurde durch die Staatsanwaltschaft Mühlhausen Anklage gegen Nordulf Heise und Gianluca Bruno wegen des Verdachts des schweren Raubes sowie der gefährlichen Körperverletzung zum Landgericht (LG) Mühlhausen erhoben.

Erst im September 2021, mehr als dreieinhalb Jahre nach der Tat, begann der Prozess gegen Nordulf Heise und Gianluca Bruno vor dem LG Mühlhausen. Als Verteidiger traten die bekannten Szeneanwälte Klaus Kunze (für Bruno) und Wolfram Nahrath (für Heise) auf. Die Strategie der Verteidigung war von Beginn an auf eine Mischung aus Verharmlosung der Geschehnisse sowie eine klassische Täter-Opfer-Umkehr ausgelegt. Unterstützer:innen aus der Neonaziszene waren nicht vor Ort. Die Angeklagten inszenierten sich als die eigentlichen Opfer einer Ausspähaktion durch eine wie auch immer geartete militante Gruppe von Linksextremisten. Die Journalistentätigkeit der Betroffenen wurde in Abrede gestellt. Weiterhin wurde der Vorwurf der Manipulation des Bildmaterials erhoben. Nach Darstellung von Nordulf Heise hätten die Betroffenen zweimal versucht, ihn zu überfahren. Mit einer GoPro-Kamera seien Fotos von ihm gemacht worden. Eine Spiegelreflexkamera sei durch die Betroffenen nicht eingesetzt worden. Die Angeklagten seien dem Fahrzeug der Betroffenen lediglich nachgefahren, um das Nummernschild für eine spätere Anzeige

zu notieren und um die Löschung der Fotos zu verlangen. Eine Verfolgungsjagd habe es nicht gegeben. Die schwere Kopfverletzung des einen Geschädigten sei beim Herumfuchteln mit dem Schraubenschlüssel geschehen. Um einen gezielten Schlag habe es sich nicht gehandelt. Einen Messerangriff auf den anderen Geschädigten sowie die Wegnahme einer Kamera habe es ebenfalls nicht gegeben.

Die Darstellung der Geschehnisse durch die Angeklagten war zum Teil bereits nicht mit dem Akteninhalt vereinbar, endgültig wurde sie dann aber durch die Beweisaufnahme widerlegt. Ein Passant, der Zeuge der Verfolgung geworden war, bekundete in der Verhandlung eindrucksvoll, dass ihn die Fahrzeuge mit deutlich überhöhter Geschwindigkeit überholt und geschnitten hätten. Die Fahrzeuge seien Stoßstange an Stoßstange gefahren. Eine gerichtsmedizinische Sachverständige bekundete, dass es sich bei der Stichverletzung des einen Betroffenen um eine typische Messerstichverletzung gehandelt habe. Letztlich wurde durch einen Bildsachverständigen des Landeskriminalamtes (LKA) Thüringen klargestellt, dass keinerlei Manipulation des Bildmaterials festgestellt werden konnte.

Allerdings wurden im Rahmen der Beweisaufnahme auch dramatische Ermittlungsspannen der Polizei offenbar. Weder das Haus von Thorsten Heise noch das Nachbarhaus, in dem der Angeklagte Gianluca Bruno wohnhaft war, wurden von der Polizei durchsucht. Auf

dem Grundstück der Familie Heise konnten Personen unter den Augen der Polizei Gegenstände aus dem Täterfahrzeug entnehmen und hineinlegen. Nach der Beschlagnahme wurde durch die Spurensicherung im Täterfahrzeug ein Messer aufgefunden. Dieses wurde jedoch nicht gesichert, sondern der Familie Heise mitsamt dem Fahrzeug wieder ausgehändigt. Verantwortung für diese Pannen wollte keiner der als Zeugen vernommenen Beamten übernehmen. Zudem kam es im Nachgang zur zeugenschaftlichen Vernehmung eines Polizeibeamten zu einem Gespräch zwischen diesem und einem der Verteidiger, in welchem der Beamte den Verteidiger fragte, ob seine Aussage in Ordnung gewesen sei. Ein Näheverhältnis, welches Fragen aufwirft. Das Urteil des Landgerichts Mühlhausen wird für Ende Mai 2022 erwartet.

Fazit

Beide Verfahren zeigen, dass es erhebliche Defizite innerhalb der Thüringer Justiz, aber auch der Thüringer Polizei gibt, die Gefahren von rechts wahrzunehmen und als das einzuordnen, was sie sind: eine Gefahr für die gesamte Gesellschaft. In beiden Verfahren macht das Handeln staatlicher Akteur:innen den Betroffenen klar, dass auf einen staatlichen Schutz vor rechten Übergriffen kein Verlass ist. Die Reaktionen der Landesregierung bleiben zum Teil aus oder lassen ein Ausmaß an mangelnder Kritikfähigkeit und Fehlerkultur erkennen, der erschreckend ist. Polizeiliches Fehlverhalten wird nicht aufgearbeitet. Insofern muss festgestellt werden, dass die gebetsmühlenartigen Aufforderungen der Politik, die Gesellschaft solle sich geschlossen gegen rechte Meinungen stellen, reine Lippenbekenntnisse sind. Beim Schutz von zivilgesellschaftlichen Akteur:innen, die dieser Aufforderung nachkommen, sucht man vergeblich nach Verbündeten auf staatlicher Seite. Beim Prozess stellt sich ein Gefühl der Ohnmacht ein. Einem Innenminister, der dazu aufruft, gegen rechts auf die Straße zu gehen, möchte man zurufen: »Leicht gesagt mit Personenschutz vom Landeskriminalamt.« Die Thüringer Justiz ist kein Bollwerk gegen rechts. Sie ist nicht in der Lage, klare Kante zu zeigen, und sie ist nicht in der Lage, Menschen die sich zivilgesellschaftlich gegen rechts engagiert haben, davor zu schützen, von Nazis angegriffen zu werden.

QUELLEN

- Budler, Kai (2014):** Brutaler Neonazi-Überfall in Thüringen. *Störungsmelder-Blog/ Die Zeit online*, 9.2.2014, https://blog.zeit.de/stoerungsmelder/2014/02/09/brutaler-neonazi-uberfall-in-thuringen_15004 [25.04.2022].
- Möller, Conny (2014):** Polizei findet rechtes Propagandamaterial bei Neonazi-Konzert in Ballstädt. *Thüringische Landeszeitung online*, 09.12.2014, www.tlz.de/leben/blaulicht/polizei-findet-rechtes-propagandamaterial-bei-neonazi-konzert-in-ballstaedt-id220577471.html [25.04.2022].
- Prantl, Heribert (2021):** Prantls Blick: Die wahlentscheidende Katastrophe. *Süddeutsche Zeitung online*, 18.07.2021, www.sueddeutsche.de/politik/prantls-blick-hochwasser-ahrweiler-erftstadt-1.5355576 [25.04.2022].
- Thüringer Landtag (2013):** Kleine Anfrage der Abgeordneten König (DIE LINKE) und Antwort des Thüringer Innenministeriums: Eigene Musik-CD der Neonazi-Szene zur Finanzierung des NSU-Unterstützers Wohlleben? Drucksache 5/5513, 17.01.2013, www.parldok.thueringer-landtag.de/ParlDok/dokument/47693/eigene_musik_cd_der_neonazi_szene_zur_finanzierung_des_nsu_unterstuetzers_wohlleben.pdf (25.04.2022).
- Thüringer Landtag (2014):** Kleine Anfrage der Abgeordneten König (DIE LINKE) und Antwort des Thüringer Innenministeriums: Kameradschaft Jonastal und Immobilie Ballstädt, Drucksache 5/8085, 04.08.2014, www.parldok.thueringer-landtag.de/ParlDok/dokument/53365/kameradschaft_jonastal_und_immobilie_ballstaedt.pdf [25.04.2022].

DIE THÜRINGER AfD BEI DER BUNDESTAGSWAHL 2021

Cynthia Möller, Matthias Koch
und Marie Mohrmüller

Mit der Bundestagswahl 2021 haben sich die politischen Kräfteverhältnisse im Osten Deutschlands massiv verschoben. In den neuen Bundesländern, in denen die SPD anderthalb Jahrzehnte lang einen elektoralen Rückgang erlebte, bildete sich der bundesweite Stimmungsumschwung zugunsten der Sozialdemokratie und gegen die Union besonders deutlich ab: War die SPD 2017 in allen ostdeutschen Bundesländern – mit Ausnahme von Brandenburg – noch auf dem vierten Platz gelandet, wurde sie nun in Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg stärkste Kraft. In Thüringen und Sachsen, wo sie traditionell sehr schwach ist, kam sie zum ersten Mal nach 2005 auf Platz zwei. Aufgrund des fortgesetzten Bedeutungsverlustes der CDU in den ostdeutschen Bundesländern gelang es der AfD, ihre Position in ihren Hochburgen Sachsen und Thüringen auszubauen: Bereits 2017 waren die Rechtspopulist:innen in Sachsen knapp stärkste Partei geworden, nun gelang ihnen das auch in Thüringen, wo sie die Hälfte der zu vergebenden Direktmandate erringen konnten. Am Tag nach der Wahl konstatierte der damalige Bundesvorsitzende Jörg Meuthen, dass die AfD sich zu einer Art Lega Ost³⁴ entwickle. Diese Entwicklung ist nicht zuletzt auf die Radikalisierung der AfD zurückzuführen, deren völkisch-nationalistischer Kurs und fundamentaloppositionelle Corona-Politik ihr im Osten Deutschlands kaum schadete, während sie im Westen deutliche Verluste hinnehmen musste.

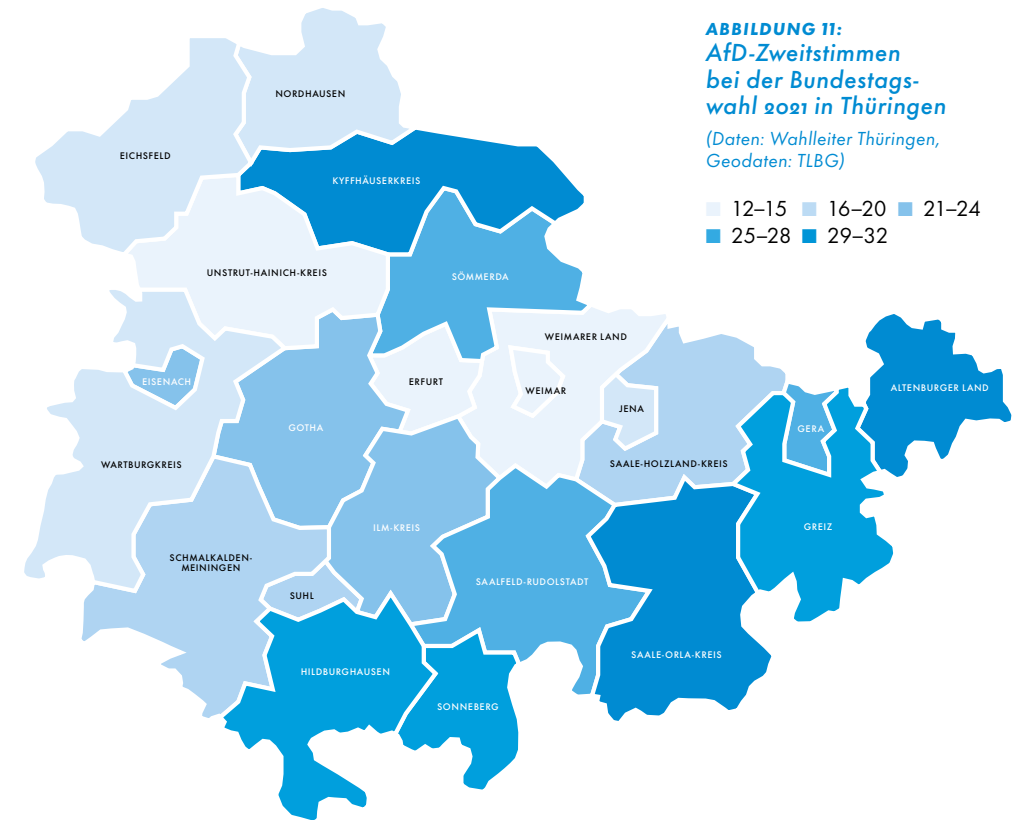
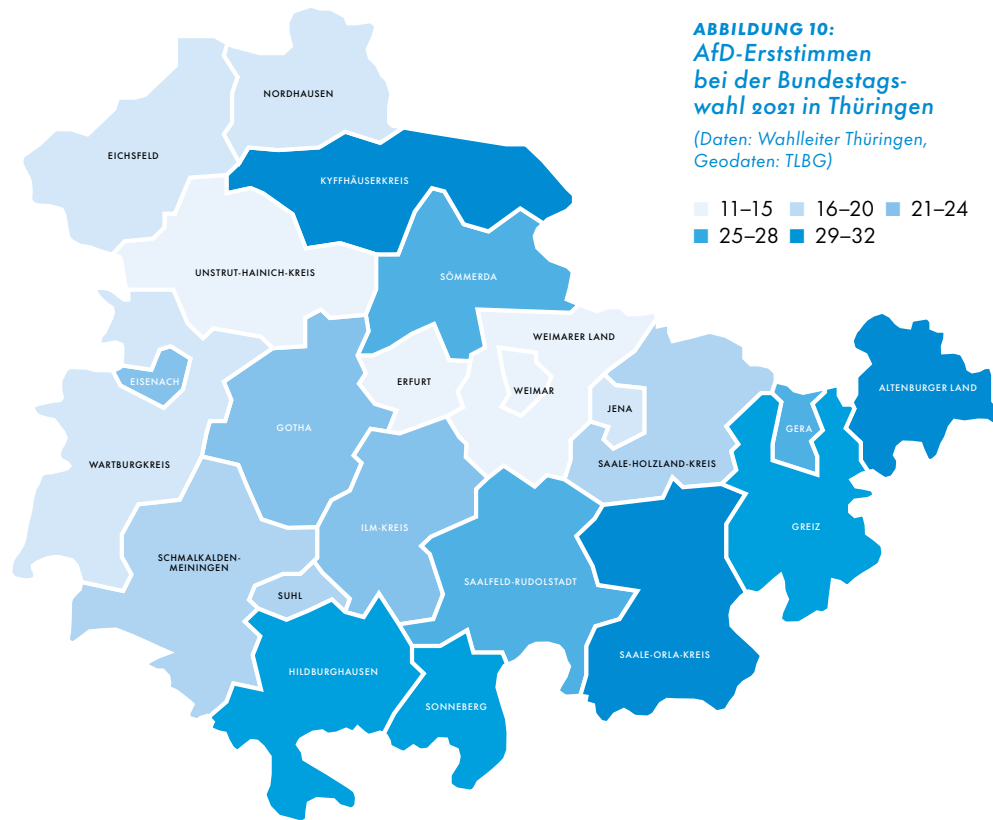
³⁴ In Anlehnung an die früher Lega Nord genannte rechtspopulistische Partei Lega in Italien. Diese war insbesondere in Norditalien erfolgreich.

AfD-Zweitstimmenergebnisse und ethnozentrische, rechtsextreme und neo-nationalsozialistische Einstellungen

Die Ergebnisse der Bundestagswahl 2021 sind Grundlage der Karten und Daten in diesem Artikel (Daten: TLfS 2021a, 2021b). Während die CDU bei der Bundestagswahl 2017 noch alle Direktmandate in Thüringen gewann, verlor sie 2021 stark an Zustimmung. Abgesehen vom Wahlkreis Eichsfeld-Nordhausen-Kyffhäuserkreis gingen nun alle Direktmandate an andere Parteien, drei an die SPD und vier an die AfD. Das Erststimmenergebnis der AfD (vgl. Abb. 10) schwankte bei der Bundestagswahl 2021 in den Landkreisen überwiegend zwischen 20 und 30 Prozent. In den meisten kreisfreien Städten war die AfD weniger erfolgreich. Gera bildet unter den kreisfreien Städten die Ausnahme, hier holte die AfD knapp 30 Prozent, was ungefähr ihrem Ergebnis bei der Stadtratswahl 2019 entspricht. In Erfurt, Suhl, Weimar und Jena gelang es der AfD in keinem Fall, über 20 Prozent der Stimmen zu holen. In Jena war die AfD mit einem Erststimmenanteil von elf Prozent am wenigsten erfolgreich. Insgesamt sind die Ergebnisse im Vergleich zur Bundestagswahl 2017 weitgehend stabil geblieben. Die Erststimmen (2021) liegen in einem ähnlichen Bereich wie die Zweitstimmen (2021, Abb. 11). Der einzige größere Unterschied zwischen Erst- und Zweitstimmen zeigt sich in den Landkreisen Südthüringens. Die Karte in Abb. 10³⁵ zeigt den Zusammenhang von AfD-Zweitstimmenergebnissen und rechtsextremen Einstellungen (vgl. dazu auch den Beitrag von Küppers, Brandy und Reiser in diesem Band). In Landkreisen mit weißer Hintergrundfarbe waren beide Werte relativ gering. In braun gefärbten Landkreisen waren beide Werte hoch. In rötlich gefärbten Kreisen übertrafen rechtsextreme Einstellungen im Vergleich zu anderen Kreisen das Ergebnis der AfD. In bläulich eingefärbten Kreisen war dieses Verhältnis umgekehrt; hier übertrafen die AfD Wahlergebnisse die Werte zu rechtsextremen Einstellungen. In den südöstlichen Landkreisen und der kreisfreien Stadt Gera sowie den kreisfreien Städten Mittelthüringens waren die Verhältnisse eindeutig. Während im Südosten hohe AfD-Zweitstimmenergebnisse auf hohe rechtsextreme Einstellungen trafen, waren die Werte in den kreisfreien Städten niedrig.

Kein grundsätzlich abweichendes Bild bietet sich bei der Betrachtung von ethnozentrischen Einstellungen und AfD-Zweitstimmen. Im Eichsfeld stand eine hohe Zustimmung zu ethnozentrischen Einstellungen einem vergleichsweise geringen Anteil an AfD-Zweitstimmen gegen-

³⁵ Die Daten wurden im Rahmen des Projekts »Topografie des Rechtsextremismus und der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit« visualisiert. Weitere Informationen hier: www.topografie.komrex.uni-jena.de/ [24.02.2022].



über. Beim Vergleich von neo-nationalsozialistischer Ideologie mit den AfD-Zweitstimmen wiederholte sich das Muster abermals. Hier fällt jedoch der Wartburgkreis mit hohen neo-nationalsozialistischen Einstellungen bei einem gleichzeitig relativ niedrigen Ergebnis bei den AfD-Zweitstimmen auf. Entgegengesetzt dazu haben die Landkreise Hildburghausen und Sonneberg einen hohen AfD-Zweitstimmenwert bei niedrigen neo-nationalsozialistischen Einstellungen. Bei allen drei Einstellungsdimensionen sind die Landkreise Südostthüringens in den meisten Fällen in der »Hoch-Hoch«-Kategorie, die kreisfreien Städte in Mittelthüringens jedoch in der »Niedrig-Niedrig«-Kategorie. Die zentrale Entwicklung im AfD-Wahlergebnis in Thüringen seit der Bundestagswahl 2017 liegt im Auseinandergehen der Schere zwischen den kreisfreien Städten Erfurt, Weimar und Jena und den Landkreisen sowie den kreisfreien Städten Gera, Eisenach³⁶ und Suhl. In Ersteren sank der Einfluss der AfD, während in Letzteren mehr Stimmen

³⁶ Eisenach ist seit Juli 2021 in den Wartburgkreis eingegliedert, wurde jedoch im Rahmen der Einstellungsforschung in diesem Jahr noch gesondert betrachtet.

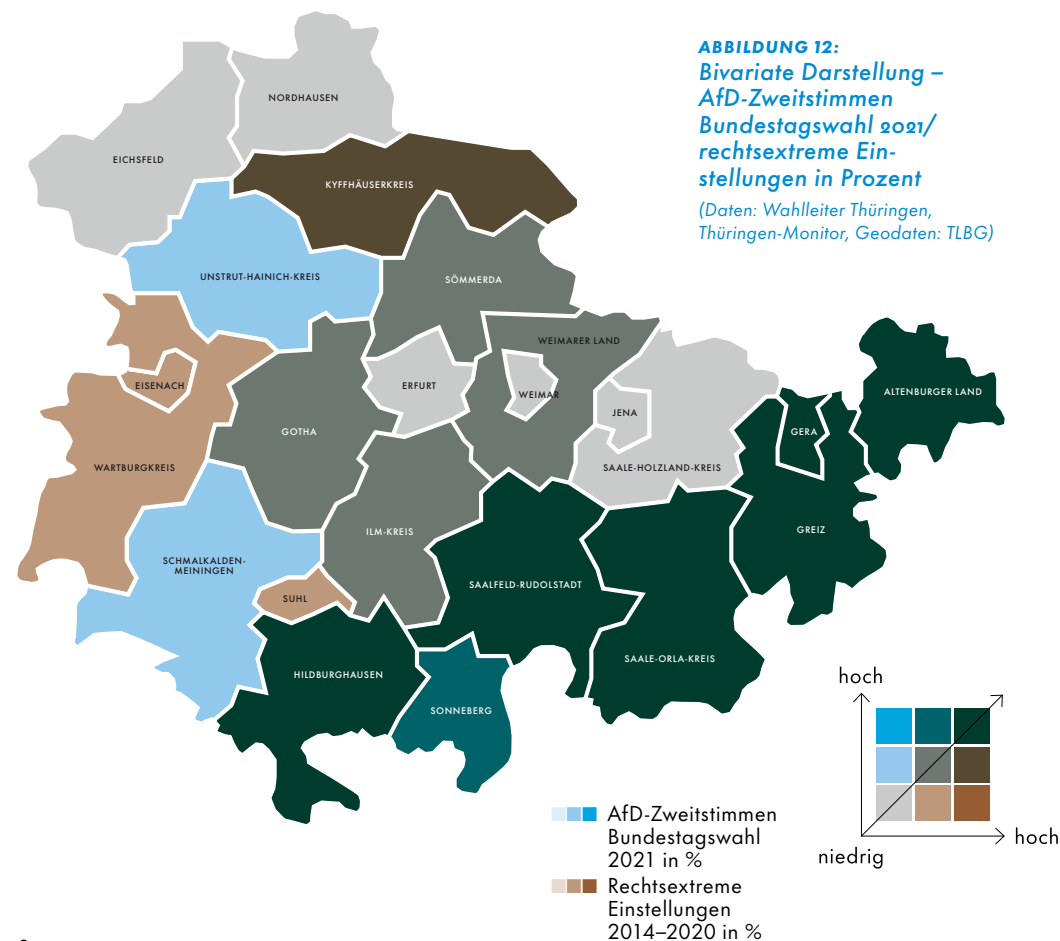
für die AfD abgegeben wurden als 2017. Darüber hinaus gehen insbesondere in den südöstlichen Landkreisen hohe AfD-Wahlergebnisse mit hohen Werten bei Einstellungsdaten des *Thüringen-Monitors* zu ethnozentrischen, rechtsextremen und neo-nationalsozialistischen Einstellungen einher (Abb. 12).³⁷

Beobachtung: subjektive Deprivation

In der Leipziger Autoritarismus-Studie von 2020 machen Kazim Celik, Oliver Decker und Elmar Brähler zwei Ursachen für die Unterstützung der AfD aus: »Ein konstant bleibendes Kennzeichen der AfD-Wählerschaft ist das Gefühl der Benachteiligung und die Angst vor Verlust. Einerseits fühlen sie sich im Hinblick auf ihre politische Wirksamkeit depriviert, andererseits sind sie mit den wirtschaftlichen Verhältnissen

³⁷ Weitere bivariate Abbildungen zur ethnozentrischen und neo-nationalsozialistischen Einstellungsdimension finden sich hier: <https://storymaps.arcgis.com/stories/643e8ac3635a44aca2a0c23c39a4cbf8> [19.04.2022].

unzufrieden.« (Kazim et al. 2020: 170) Die Hauptwähler:innenschaft der AfD kam aus der Altersgruppe zwischen 35 und 59 Jahren (vgl. Decker 2020). 68,3 Prozent der Wähler:innen sind dabei Männer, von denen wiederum 67,3 Prozent im mittleren Alter (zwischen 31 und 60 Jahre) sind. Ein Großteil der AfD-Wähler:innen lässt sich der »bürgerlichen Mitte« zuordnen. In früheren Studien waren es noch vermehrt Menschen, die sich politisch dem Rand zuordneten (vgl. Kazim et al. 2020: 158). Ursächlich für die beständige Position der AfD ist vor allem der demografisch bedingte überdurchschnittliche Anteil älterer Menschen in den ländlichen Regionen Deutschlands, von dem in Westdeutschland ebenfalls die CDU profitiert. Die AfD-Fraktion hat mit 51 Jahren den höchsten Altersdurchschnitt und generiert ein hohes Identifikationspotenzial für diese Altersgruppe von Wahlberechtigten. Die Erststimme wird personenbezogen vergeben und die Zweitstimme dann der Partei mit der höchsten subjektiven Übereinstimmung (vgl. John 2021). Für die AfD-Wähler:innen geht eine Bedrohung der deutschen



Wirtschaft mit einer Gefährdung des Nationalgefühls einher, dabei wird ein ökonomisches Problem auf eine persönliche Ebene übertragen (ebd.: 160 ff.). Bei der Befragung im Jahr 2020 gaben zudem 84,3 Prozent der AfD-Wähler:innen an, sich politisch rechts zu sehen und auch die Zustimmung zu menschenfeindlichen Aussagen in Bezug auf Muslim:innen nahm zu (ebd.: 163–165). Eine Forsa-Umfrage in der AfD-Wähler:innenschaft aus dem Jahr 2019 zeigte eine Übereinstimmung mit rechtsextremen Einstellungen (vgl. ebd.; Büüsker 2019). Des Weiteren gaben 87 Prozent der AfD-Anhänger:innen in dieser Umfrage an, dass es ihrer Meinung nach zu viele Ausländer in Deutschland gibt und 86 Prozent sehen eine Gefahr der Überfremdung (ebd.).

Der AfD gelang es in Thüringen bei der Bundestagswahl 2021 in drei von acht Landkreisen bei den Erst- und Zweitstimmen stärkste Partei zu werden. Diese Landkreise sind *Wahlkreis 192* (Gotha – Ilm-Kreis), *Wahlkreis 194* (Gera – Greiz – Altenburger Land) und *Wahlkreis 195* (Saalfeld-Rudolstadt – Saale-Holzland-Kreis – Saale-Orla-Kreis). Die nähere Betrachtung der AfD ist relevant, da AfD-Politiker:innen Kontaktpunkte in die rechtsextreme Szene haben und einige AfD-Mitglieder eine rechtsextreme Vergangenheit haben. Seit Jahren verstärkt sich zudem die völkisch-nationalistische Ausrichtung der AfD (Michelsen et al. 2020: 36 ff.; Steiner/Michelsen 2021: 79 ff.). Bei der Bundestagswahl 2021 kamen aus den folgenden drei ländlichen Wahlkreisen 44,6 Prozent der gesamten Erststimmen und 42,7 Prozent der gesamten Zweitstimmen: Im *Wahlkreis 192* holte sie mit Markus Bühl als Direktkandidat 26,5 Prozent der Erststimmen – ein Zuwachs von 2,6 Prozentpunkten gegenüber 2017 (vgl. Bundeswahlleiter 2022d). Bei den Zweitstimmen ließ sich ein Zuwachs von 1,9 Prozentpunkten auf 26 Prozent verzeichnen. Bei der Bundestagswahl 2017 landete die AfD in diesem Wahlkreis noch auf Platz zwei bei den Erst- und Zweitstimmen, jeweils hinter der CDU (vgl. Bundeswahlleiter 2022a). Im *Wahlkreis 194* stärkte die AfD ihre Position als führende Partei und bekam 29 Prozent der Erststimmen, was einen Zuwachs von 1,7 Prozentpunkten bedeutet, sowie 28,1 Prozent der Zweitstimmen – ein Plus von einem Prozentpunkt im Vergleich zu 2017. Direktkandidat in diesem Wahlkreis war Stephan Brandner (vgl. Bundeswahlleiter 2022e). Bei der Bundestagswahl 2017 lag die AfD sowohl bei Erst- als auch bei Zweitstimmen knapp hinter der CDU (vgl. Bundeswahlleiter 2022b). Im *Wahlkreis 195* erhielt die AfD bei den Bundestagswahlen 2021 mit 29,3 Prozent der Erststimmen – und somit ein Plus an 2,8 Prozentpunkten im Vergleich zu 2017. Bei den Zweitstimmen setzte sie sich mit 28,2 Prozent, durch, was einem Plus von 2,4 Prozentpunkten entspricht. Der gewählte Direktkandidat ist Michael Kaufmann (vgl. Bundeswahlleiter 2022f). Bei der Bundestagswahl 2017 ging die AfD in diesem

Wahlkreis noch als zweitstärkste Kraft hinter der CDU hervor (vgl. Bundeswahlleiter 2022c).

Bei näherer Betrachtung der Strukturdaten Thüringens zeigt sich, dass das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte 2018 in allen Wahlkreisen auf einem ähnlichen Niveau war, das Bruttoinlandsprodukt (BIP) in den urbanen Regionen etwas höher als in den ländlichen. In allen Wahlkreisen macht der Bevölkerungsanteil im Alter von 35 bis 59 Jahre gut ein Drittel aus. Die Auswertung hat ergeben: In Thüringen gibt es nur marginale Unterschiede zwischen urbanen und ländlichen Wahlkreisen. Damit lässt sich der konstante Zuspruch, den die AfD erfährt, nicht durch ein ausgeprägtes Stadt-Land-Gefälle erklären. Die AfD setzte sich zudem in Landkreisen durch, die einen geringen Anteil ausländischer Bevölkerung und keine signifikant erhöhte Arbeitslosenquote aufweisen.

Vor allem die Verbreitung ethnozentrischer Einstellungen, wie sie der *Thüringen-Monitor* erfasst (vgl. den Beitrag von Küppers, Brandy und Reiser in diesem Band), lässt einen Rückschluss auf das Ausmaß der Unterstützung der AfD in den Thüringer Regionen zu, da die AfD als parlamentarische Übersetzung dieser Überzeugungen begriffen wird (Salheiser/Richter 2021: 57f.). Die Autor:innen des *Thüringen-Monitors* 2021 weisen darauf hin, »dass Vorurteile gegenüber ›Ausländern‹ wesentlich durch niedrige Bildung, höheres Alter, Autoritarismus, eine ungünstige Bewertung der individuellen wirtschaftlichen Situation (Deprivation) sowie Statusverlustangst verstärkt werden. Den stärksten Effekt hat allerdings eine empfundene Benachteiligung der Befragten als Ostdeutsche«. (Reiser et al. 2021: 102f.)

Ausblick

In Thüringen gibt es keine bedeutenden Unterschiede zwischen ländlicher und städtischer Prägung. Es entsteht ein Synergieeffekt zwischen rechten Tendenzen in der Thüringer Bevölkerung und der offensichtlicher werdenden rechten Ausrichtung der AfD. Die früher als Protestwahl bezeichnete Wahl der AfD aus Anti-Establishment-Resentiments wurde durch Überzeugung abgelöst und ist als Ausdruck ökonomischer (Zukunfts-)Angst, gekoppelt an nationale Identifikation und Migrant:innenfeindlichkeit, zu verstehen.

ANHANG

Aufschlüsselung Wahlkreise in Thüringen

Wahlkreis	Bezeichnung
189	Eichsfeld – Nordhausen – Kyffhäuserkreis
190	Eisenach – Wartburgkreis – Unstrut-Hainich-Kreis
191	Jena – Sömmerda – Weimarer Land I
192	Gotha – Ilm-Kreis
193	Erfurt – Weimar – Weimarer Land II
194	Gera – Greiz – Altenburger Land
195	Saalfeld-Rudolstadt – Saale-Holzland-Kreis – Saale-Orla-Kreis
196	Suhl – Schmalkalden-Meiningen – Hildburghausen – Sonneberg

LITERATUR

- Büüsker, Ann-Kathrin (2019):** AfD-Parteitag/Meinungsforscher. »Die AfD ist keine bürgerliche Partei«, Gespräch mit Manfred Güllner. Online: www.deutschlandfunk.de/afd-parteitag-meinungsforscher-die-afd-ist-keine-100.html [14.02.2022].
- Decker, Frank (2020):** Wahlergebnisse und Wählerschaft der AfD. Bundeszentrale für politische Bildung. Online: www.bpb.de/themen/parteien/parteien-in-deutschland/afd/273131/wahlergebnisse-und-waehlerschaft-der-afd/ [14.02.2022].
- Bundeswahlleiter (2022 a):** Bundestagswahl 2017: Ergebnisse Thüringen. Online: www.bundeswahlleiter.de/bundestagswahlen/2017/ergebnisse/bund-99/land-16.html [24.02.2022].
- Bundeswahlleiter (2022 b):** Bundestagswahl 2017: Ergebnisse Wahlkreis 192 Gotha – Ilm-Kreis. Online: www.bundeswahlleiter.de/bundestagswahlen/2017/ergebnisse/bund-99/land-16/wahlkreis-192.html [24.02.2022].
- Bundeswahlleiter (2022 c):** Bundestagswahl 2017: Ergebnisse Wahlkreis 195 Saalfeld-Rudolstadt – Saale-Holzland-Kreis – Saale-Orla-Kreis. Online: www.bundeswahlleiter.de/bundestagswahlen/2017/ergebnisse/bund-99/land-16/wahlkreis-195.html [24.02.2022].
- Bundeswahlleiter (2022 d):** Bundestagswahl 2021: Ergebnisse Wahlkreis 192 Gotha – Ilm-Kreis. Online: www.bundeswahlleiter.de/bundestagswahlen/2021/ergebnisse/bund-99/land-16/wahlkreis-192.html [24.02.2022].
- Bundeswahlleiter (2022 e):** Bundestagswahl 2021: Ergebnisse Wahlkreis 194 Gera – Greiz – Altenburger Land. Online: www.bundeswahlleiter.de/bundestagswahlen/2021/ergebnisse/bund-99/land-16/wahlkreis-194.html [24.02.2022].
- Bundeswahlleiter (2022 f):** Bundestagswahl 2021: Ergebnisse Wahlkreis 195 Saalfeld-Rudolstadt – Saale-Holzland-Kreis – Saale-Orla-Kreis. Online: www.bundeswahlleiter.de/bundestagswahlen/2021/ergebnisse/bund-99/land-16/wahlkreis-195.html [24.02.2022].
- John, Stefanie (2021):** Analyse der Bundestagswahl 2021. In: *böll.brief Demokratie und Gesellschaft*, 25. Online: www.boell.de/sites/default/files/2021-10/BTW21_Analyse.pdf?dimension1=division_ppf [24.02.2022].

Kazim, Celik/Decker, Oliver/Brähler, Elmar (2020): Rechtsextremismus für die breite Gesellschaft? Der Wandel der AfD-Wählerschaft von 2014 bis 2020. In: Decker, Oliver/Brähler, Elmar [Hrsg.]: *Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments – neue Radikalität.* Leipziger Autoritarismus Studie: Leipzig, S. 149–175.

Michelsen, Danny/Koch, Matthias/Miehlke, Marius/Dingfelder, Juliane/Beelmann, Andreas (2020): Gefährdungen der demokratischen Kultur in Thüringen. Rechtsextremismus und politische Entfremdung. KomRex: Jena.

Reiser, Marion/Küppers, Anne/Hebenstreit, Jörg/Salheiser, Axel/Vogel, Lars (2021 b): Demokratie in der Corona-Pandemie. Ergebnisse des *Thüringen-Monitors* 2021. Friedrich-Schiller-Universität Jena: Jena Online: www.komrex.uni-jena.de/komrexmedia/publikationen/tm2021.pdf [19.04.2022].

Salheiser, Axel/Richter, Christoph (2021): Die Bundestagswahl 2021 in Thüringen: Rechtsradikalismus und regionale politische Kultur. In: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft [Hrsg.]: *Wissen schafft Demokratie*, Band 10, Schwerpunkt Ursachen von Rechtsextremismus und Ungleichwertigkeitsideologien, S. 50–63. Online: www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/PDFS_WsD10/Beitrag_Axel_Salheiser___Christoph_Richter.pdf [19.04.2022].

Steiner, Felix/Michelsen, Danny (2021): Die AfD in Thüringen. Völkischer Nationalismus als Programm. In: ezra, MOBIL, KomRex, IDZ [Hrsg.]: *Thüringer Zustände.* Rechtsextremismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit im Freistaat Thüringen. Jena, S. 79–87.

Thüringer Landesamt für Statistik (TLfS) (2021 a): Bevölkerung nach Altersgruppen und Kreisen in Thüringen. Online: www.statistik.thueringen.de/datenbank/TabAnzeige.asp?table=kr000103%7C%7C [24.02.2022].

Thüringer Landesamt für Statistik (TLfS) (2021 b): Bundestagswahl 2021 in Thüringen – endgültiges Ergebnis. Online: www.wahlen.thueringen.de/datenbank/wahl1/WAHL.asp?wahlart=BW&wJahr=2021 [24.02.2022].

CORONA-SKEPSIS UND RECHTSEXTREMISMUS – DER EINFLUSS DER CORONA-PANDEMIE AUF DIE POLITISCHEN EINSTELLUNGEN IN THÜRINGEN

Anne Küppers, Volker Brandy und Marion Reiser

In Thüringen haben sich in den ersten beiden Pandemie Jahren – wie in Gesamtdeutschland – »Hygiene«- oder »Querdenker«-Proteste gegen die aus Sicht der Teilnehmenden ungerechtfertigten Corona-Maßnahmen und die mit ihnen einhergehenden Einschränkungen der persönlichen Freiheitsrechte herausgebildet. Aktuelle Erkenntnisse deuten darauf hin, dass die Demonstrationen an Zulauf verlieren, die Radikalität der Anti-Corona-Bewegung jedoch zunimmt (Grande et al. 2021). Zugleich ist eine Vereinnahmung der Proteste durch Rechtsextreme zu beobachten, die vielfach als Organisator:innen sogenannter »Corona-Spaziergänge« in Erscheinung treten (Baumgartner und Müller 2022). Diese Überschneidung von Corona-Skeptiker:innen und Rechtsextremen ist nicht nur auf den Anti-Corona-Demonstrationen zu beobachten. Studien weisen auf eine Überlappung von pandemiekritisches und rechtsextremen Einstellungen hin (Reiser et al. 2021a: 97; Reiser et al. 2021b: 53; Küppers/Reiser 2021). Der folgende Beitrag untersucht das Auftreten rechtsextremer Einstellungen in der Thüringer Bevölkerung im zweiten Jahr der Corona-Pandemie und stellt den Zusammenhang mit coronaskeptischen Einstellungen dar.

Grundlage hierfür ist der *Thüringen-Monitor* 2021 (Reiser et al. 2021b). Der *Thüringen-Monitor* ist eine von der Thüringer Staatskanzlei beauftragte und seit 2001 jährlich stattfindende repräsentative Bevölkerungsbefragung zur politischen Kultur in Thüringen. In computergestützten

Telefoninterviews wurden 1110 zufällig ausgewählte, bei Bundestagswahlen wahlberechtigte Thüringer:innen zu ihren politischen Einstellungen befragt. Die jährliche Erhebung rechtsextremer Einstellungen, der Demokratieakzeptanz und -zufriedenheit, des Institutionenvertrauens, politischer Partizipation und politischer Radikalisierung der Thüringer:innen bietet dabei die Möglichkeit zur Beobachtung und Analyse langfristiger Entwicklungen. Das Schwerpunktthema des *Thüringen-Monitors* wechselt jährlich und greift jeweils aktuelle politische und gesellschaftliche Themen auf. Der *Thüringen-Monitor* 2021 untersuchte, wie auch der vorjährige, Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die politische Kultur im Freistaat. Abgefragt wurden u. a. Einstellungen gegenüber den Strategien zur Pandemiebewältigung sowie »Corona-Skepsis« und pandemiebezogenes Verschwörungsdenken.

Im Folgenden wird zunächst erläutert, wie rechtsextreme Einstellungen im *Thüringen-Monitor* definiert und untersucht werden und wie sich ihre Verbreitung in Thüringen entwickelt haben. In einem zweiten Schritt wird erläutert, inwiefern eine Überlappung von coronaskeptischen und rechtsextremen Einstellungen in Thüringen zu beobachten ist.

Rechtsextremismus in Thüringen

Die Verbreitung rechtsextremer Einstellungen ist in Thüringen gegenüber dem Vorjahr erneut gesunken. Rechtsextremismus gilt laut der sogenannten Konsensdefinition als die Überzeugung von der unterschiedlichen Wertigkeit von Menschen in Abhängigkeit von zugeschriebenen Merkmalen wie Nationalität, Hautfarbe oder ethnischer Herkunft sowie ein auf diesen Ungleichwertigkeitsvorstellungen aufbauendes Gesellschaftsbild (vgl. u. a. Kreis 2007: 13; Best/Salomo 2014: 7; Zick/Küpper 2021: 80). Untersucht werden rechtsextreme Einstellungen im *Thüringen-Monitor* durch die Zustimmung zu zehn Aussagen, die dem Ethnozentrismus oder Neo-Nationalsozialismus zugeordnet werden können (vgl. Abb. 13). Als »rechtsextrem eingestellt« gelten Personen, die den zehn Aussagen im Durchschnitt eher zustimmen als sie abzulehnen.

Das auf dieser Definition aufbauende und im *Thüringen-Monitor* bewährte Messinstrument zeigt einen Rückgang der als rechtsextrem eingestuften Befragten von 17 Prozent im Jahr 2020 auf elf Prozent im Jahr 2021 (vgl. Abb. 14). Damit erreicht der Anteil der rechtsextrem Eingestellten in Thüringen den niedrigsten Wert seit Beginn der Messungen im Jahr 2001.

ETHNOZENTRISMUS

NEO-NATIONALSOZIALISMUS

Nationalismus und Chauvinismus

»Was unser Land heute braucht, ist ein hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland.« — »Andere Völker mögen Wichtiges vollbracht haben, an deutsche Leistungen reicht das aber nicht heran.«

Fremdenfeindlichkeit

»Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maße überfremdet.« — »Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen.«

»Ausländer sollten grundsätzlich ihre Ehepartner unter den eigenen Landsleuten auswählen.« (Rassismus)

Sozialdarwinismus

»Es gibt wertvolles und unwertes Leben.« — »Wie in der Natur sollte sich auch in der Gesellschaft immer der Stärkere durchsetzen.«

Verharmlosung des Nationalsozialismus

»Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten.«

Antisemitismus

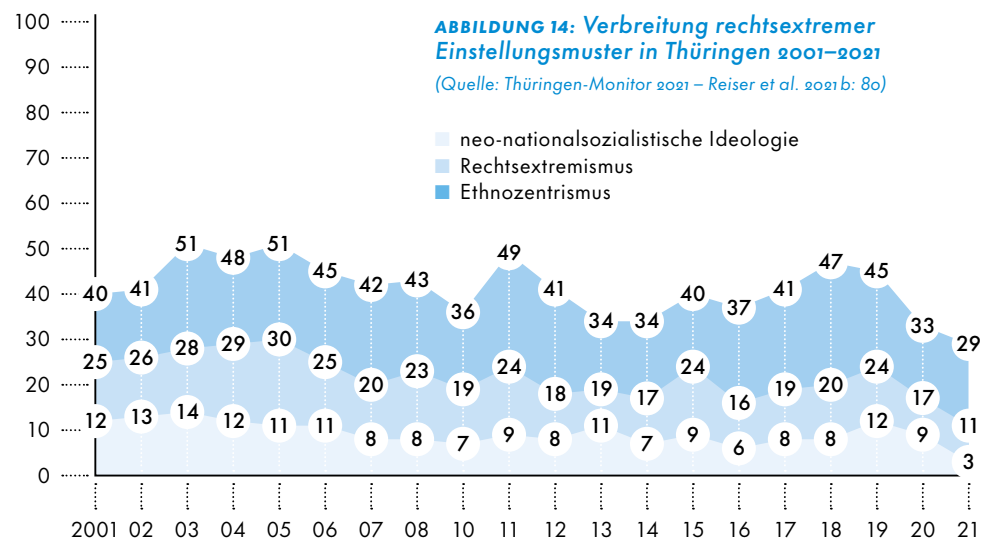
»Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns.«

Unterstützung einer rechten Diktatur

»Im nationalen Interesse ist unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform.«

ABBILDUNG 13: Aussagen zur Erfassung rechtsextremer Einstellungen

(Quelle: *Thüringen-Monitor* 2021 – Reiser et al. 2021 b: 79)



Corona-Skepsis, Verschwörungsdenken und Rechtsextremismus

Ein zentraler Schwerpunkt der *Thüringen-Monitore* 2020 und 2021 lag in der Frage, inwiefern sich coronaskeptische und rechtsextreme Einstellungen überlappen. Als Corona-Skepsis werden Einstellungen bezeichnet, die die mit dem Corona-Virus verbundenen Gefahren leugnen, verharmlosen oder wissenschaftsfeindlich sind. Sie wurden im *Thüringen-Monitor* mit drei Aussagen erfasst (vgl. Abb. 15).

Der coronaskeptischen Aussage, dass das Virus »eigentlich nicht schlimmer als eine Grippe« ist, stimmten im Sommer 2021 etwas mehr als ein Fünftel der Befragten zu. Damit ging die Zustimmung im Vergleich zum Herbst 2020 um 13 Prozentpunkte zurück. Ursächlich hierfür dürften u. a. die hohen Infektionszahlen im Freistaat während der zweiten und dritten Welle der Pandemie gewesen sein, durch die deutlich mehr Thüringer:innen nach eigener Auskunft direkt oder indirekt gesundheitlich durch das Corona-Virus betroffen waren. Auch die Zustimmung zur Aussage »Die Gefahr, die vom Corona-Virus ausgeht, wird von den Medien stark übertrieben« geht im Vorjahresvergleich um zehn Prozentpunkte zurück. Keine Veränderungen ergeben sich dagegen in Bezug auf die wissenschaftsskeptische Einstellung »Ich vertraue meinen Gefühlen mit Blick auf den Umgang mit Corona mehr als sogenannten Experten«. 44 Prozent der Befragten stimmen dieser Aussage »voll und ganz« bzw. »eher« zu (2020: 43%).

Damit sind coronaskeptische Einstellungen auch im zweiten Pandemiejahr im Freistaat noch weit verbreitet. Rund 60 Prozent der Thüringer:innen stimmen mindestens einer der genannten Aussagen zu. Gleichzeitig stimmt jedoch nur eine Minderheit von 16 Prozent der Befragten allen drei Aussagen zu, weitere 17 Prozent befürworteten zwei Aussagen.

Die stärksten Einflussfaktoren für Corona-Skepsis sind rechtsextreme Einstellungen, Verschwörungsdenken sowie ein geringes Vertrauen in das Robert-Koch-Institut (vgl. Reiser et al. 2021b: 52). Verschwörungserzählungen, die im Zusammenhang mit der Pandemie große mediale Aufmerksamkeit erfahren haben, unterstellen einen geheimen Plan einer mächtigen Gruppe, um wichtige Ereignisse zu beeinflussen und der Gesellschaft zu schaden. Insgesamt glauben 44 Prozent der Thüringer:innen an mindestens eine pandemiebezogene Verschwörungserzählung (vgl. dazu ausführlich Reiser et al. 2021b: 58–61).

Wie bereits im *Thüringen-Monitor* 2020 festgestellt wurde (vgl. Reiser et al. 2021a: 76), sind Personen, die coronaskeptisch sind bzw. an Corona-Verschwörungserzählungen glauben, eher rechtsextrem eingestellt

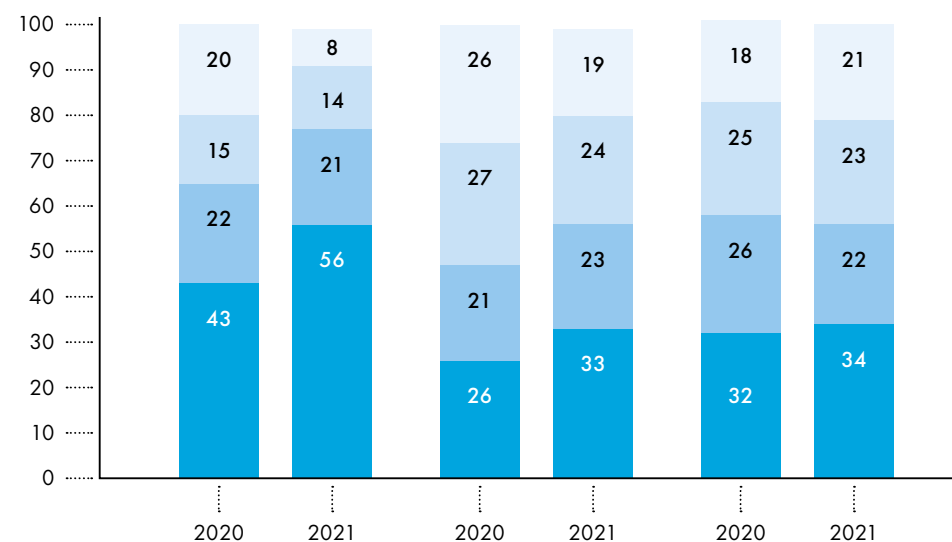


ABBILDUNG 15: Zustimmung zu coronaskeptischen Aussagen 2020–2021
(Quelle: Thüringen-Monitor 2021 – Reiser et al. 2021b: 51)

■ lehne völlig ab
■ lehne überwiegend ab
■ stimme überwiegend zu
■ stimme voll und ganz zu

(vgl. Abb. 16). Allerdings hat sich die Überlappung zwischen rechtsextremen und pandemieskeptischen Einstellungen im Jahr 2021 im Vergleich zum Vorjahr deutlich abgeschwächt: Der Anteil der sowohl rechtsextrem als auch coronaskeptisch eingestellten Thüringer:innen ist von elf auf drei Prozent gesunken. Die breite Mehrheit der Thüringer:innen ist damit – wie schon im Vorjahr – weder rechtsextrem noch coronaskeptisch eingestellt. Während im vergangenen Jahr knapp zwei Drittel der rechtsextrem eingestellten Befragten auch coronaskeptisch eingestellt waren, ist es nun nur noch ein Drittel. Gleichzeitig sind 16 Prozent der Corona-Skeptiker:innen – und damit nur etwa halb so viele wie im ersten Pandemiejahr beobachtet wurden – rechtsextrem eingestellt (in der übrigen Thüringer Bevölkerung sind es nur 10%).

ABBILDUNG 16: Rechtsextremismus und Corona-Skepsis

(Quelle: Thüringen-Monitor 2021 – Reiser et al. 2021b: 62)

		Rechtsextreme Einstellung	
		nein	ja
Corona-Skepsis (»Das Virus ist eigentlich nicht schlimmer als eine Grippe«)	Ablehnung	70,4%	7,5%
	Zustimmung	18,7%	3,4%

Neben diesem Rückgang sind sowohl im Segment der rechtsextrem eingestellten Corona-Skeptiker:innen als auch unter den nicht rechtsextremen Covid-19-Skeptiker:innen im Vergleich zum Vorjahr Radikalisierungstendenzen erkennbar. Beispielsweise stieg die Zustimmung zur Aussage »Es ist Zeit, Widerstand gegen die aktuelle Politik zu zeigen« in beiden Segmenten um knapp zehn Prozentpunkte (auf 73% bzw. 60%). Durch die Selbstinszenierung als »mutige Widerstandskämpfer:innen« überhöhen die Corona-Skeptiker:innen ihre eigene Rolle. Gleichzeitig werden in diesem Zuge – wenn der Staat, gegen den man sich im Widerstand wähnt, mit der NS-Herrschaft gleichgesetzt wird – die Verbrechen der NS-Diktatur relativiert. Insgesamt äußern zudem 41 Prozent der Thüringer:innen Angst vor dem Abgleiten in eine Corona-Diktatur. Diese Angst wird durch rechtsextreme Einstellungen noch einmal verstärkt. Ähnlich wie das Widerstandsnarrativ dient die Charakterisierung des jetzigen politischen Systems als Diktatur der Delegitimierung demokratischer Politik.

Insgesamt zeigt sich somit ein erstaunlicher Rückgang der Überlappung von rechtsextremen und coronaskeptischen Einstellungen (vgl. hierzu ausführlich Reiser et al. 2021b: 62–65). Dies zeigt, dass die u. a.

auch von Medien und Wissenschaft festgestellte Radikalisierung der schrumpfenden Anti-Corona-Bewegung nicht in Richtung des klassischen Rechtsextremismus stattgefunden hat. Damit spricht dieses Ergebnis dafür, dass es sich bei der Querdenker:innen-Szene um ein eigenständiges Problemfeld und eine neue Extremismuskategorie handelt, deren antidemokratische Einstellungen als Gefahr und Herausforderung für die Demokratie weiterhin zu untersuchen sind.

Fazit

Auf Basis des *Thüringen-Monitors* 2021 zeigt dieser Beitrag, dass die Verbreitung rechtsextremer Einstellungen in Thüringen gegenüber dem Vorjahr erneut gesunken ist – von 17 auf elf Prozent. Damit erreicht der Anteil der rechtsextrem Eingestellten in Thüringen den niedrigsten Wert seit Beginn der Messungen im Jahr 2001. Gleichzeitig war im Jahr 2021 die Zustimmung zu coronaskeptischen Aussagen in der Thüringer Bevölkerung im Vergleich zum Vorjahr rückläufig. Dennoch sind Einstellungen, die Misstrauen gegenüber der liberalen Demokratie und ihren Institutionen ausdrücken, auch 2021 weit verbreitet. Insbesondere sind hier die im *Thüringen-Monitor* festgestellten antidemokratischen Tendenzen innerhalb der Szene der Corona-Skeptiker:innen zu nennen. Die Daten des *Thüringen-Monitors* bestätigen dabei die von Medien und Wissenschaft wahrgenommene Radikalisierung der schrumpfenden Bewegung. Die abnehmende Überlappung rechtsextremer und coronaskeptischer Einstellungen spricht dafür, die Entwicklungen der Querdenker:innen-Szene als eigenes Problemfeld wahrzunehmen und ihr antidemokratische Potenzial weiterhin zu beobachten.

LITERATUR

- Best, Heinrich/Salomo, Katja (2014):** Güte und Reichweite der Messung des Rechtsextremismus im *Thüringen-Monitor* 2000 bis 2014. Expertise für die Thüringer Staatskanzlei. Friedrich-Schiller-Universität Jena: Jena.
- Grande, Edgar/Hutter, Swen/Hunger, Sophia/Kanol, Eylem (2021):** Alles Covidioten? Politische Potenziale des Corona-Protests in Deutschland. WZB Working Paper: Berlin.
- Kreis, Joachim (2007):** Zur Messung von rechtsextremer Einstellung: Probleme und Kontroversen am Beispiel zweier Studien. Arbeitshefte aus dem Otto-Stammer-Zentrum, 12: Berlin.
- Küppers, Anne/Reiser, Marion (2021):** "It is not worse than a flu" – COVID-19 Scepticism and the Role of Trust and Far-Right Attitudes in Germany. Online: www.osf.io/preprints/socarxiv/afnmz/ [22.03.2022].
- Reiser, Marion/Küppers, Anne/Hebenstreit, Jörg/Salheiser, Axel/Vogel, Lars (2021 a):** Die Corona-Pandemie in Thüringen. Ergebnisse des *Thüringen-Monitors* 2020. Friedrich-Schiller-Universität Jena: Jena Online: www.landesregierung-thueringen.de/fileadmin/user_upload/Landesregierung/Landesregierung/Thueringenmonitor/Thu_ringen_Monitor_bf_2020.pdf [22.03.2022].
- Reiser, Marion/Küppers, Anne/Hebenstreit, Jörg/Salheiser, Axel/Vogel, Lars (2021 b):** Demokratie in der Corona-Pandemie. Ergebnisse des *Thüringen-Monitors* 2021. Friedrich-Schiller-Universität Jena: Jena Online: www.komrex.uni-jena.de/komrexmedia/publikationen/tm2021.pdf [22.03.2022].
- Zick, Andreas/Küpper, Beate (2021):** Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21. Dietz: Bonn.

AUTOR:INNENINFORMATIONEN

Ben-Yehoshua, Joël — ist Philosoph und wissenschaftlicher Referent für die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus in Thüringen (RIAS Thüringen) am Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft. Nebenbei ist er Lehrbeauftragter am Institut für Philosophie der Philipps-Universität Marburg.

Brandy, Volker — ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politikwissenschaft der Friedrich-Schiller-Universität Jena und Mitglied im Team des *Thüringen-Monitors*.

Dieckmann, Janine, Dr. phil. — ist Sozialpsychologin und seit 2016 als wissenschaftliche Referentin im Forschungsschwerpunkt Diskriminierung am Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ). Sie leitet den Bereich Vielfalt, Engagement und Diskriminierung.

Geschke, Daniel, Dr. phil. — ist Sozialpsychologe und seit September 2016 wissenschaftlicher Referent am Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft und dort u. a. verantwortlich für die Forschungsschwerpunkte Hasskriminalität und Hasssprache.

Helwig, Marcello — ist Referent für Erwachsenenbildung im Queeren Zentrum Erfurt und studiert das Lehramt für politische Bildung und Chemie an der Friedrich-Schiller-Universität Jena.

Jacobs, Lisa — ist wissenschaftliche Referentin für die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus in Thüringen (RIAS Thüringen) am Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ).

Kahlen, Rasmus — ist Rechtsanwalt und Strafverteidiger und betreibt als Fachanwalt für Strafrecht eine Kanzlei in Göttingen. Er vertritt Betroffene rechter Gewalt, z. B. im Ballstädt-Verfahren in Erfurt oder im Fretterode-Verfahren in Mühlhausen.

Koch, Matthias — ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentrum für Rechtsextremismusforschung, Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration (KomRex) an der Friedrich-Schiller-Universität Jena.

Küppers, Anne, Dr. phil. — Dr. phil., ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für das politische System der Bundesrepublik Deutschland an der Friedrich-Schiller-Universität Jena und seit Mitte 2020 Koordinatorin des *Thüringen-Monitors*.

Lauß, Theresa — ist Soziologin und arbeitet als Beraterin bei ezra – Beratung für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Thüringen.

Millius, Philipp — ist Soziologe und arbeitete von 2018 bis März 2022 als Berater und Bildungsreferent des Flüchtlingsrats Thüringen e.V. zu asyl- und aufenthaltsrechtlichen Fragestellungen u. a. von unbegleiteten Minderjährigen. Er beschäftigt sich zudem mit dem Themenfeld Antirassismus sowie mit Unterbringungsbedingungen und Grundrechtsverletzungen von Schutzsuchenden.

Mohrmöller, Marie — ist studentische Assistentin am Zentrum für Rechtsextremismusforschung, Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration (KomRex) an der Friedrich-Schiller-Universität Jena.

Möller, Cynthia, Dr. phil. — ist Geschäftsführerin des Zentrums für Rechtsextremismusforschung, Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration (KomRex) an der Friedrich-Schiller-Universität Jena.

Pietrzyk, Kristin — ist Strafverteidigerin in Jena und Leipzig. Sie vertritt Betroffene rechter Gewalt, z. B. im Ballstädt-Verfahren, in den Verfahren zu den Attentaten in Hanau und Halle.

Reiser, Marion, Prof. Dr. — ist Professorin für das politische System der Bundesrepublik Deutschland an der Friedrich-Schiller-Universität Jena und seit 2018 wissenschaftliche Leiterin des *Thüringen-Monitors*.

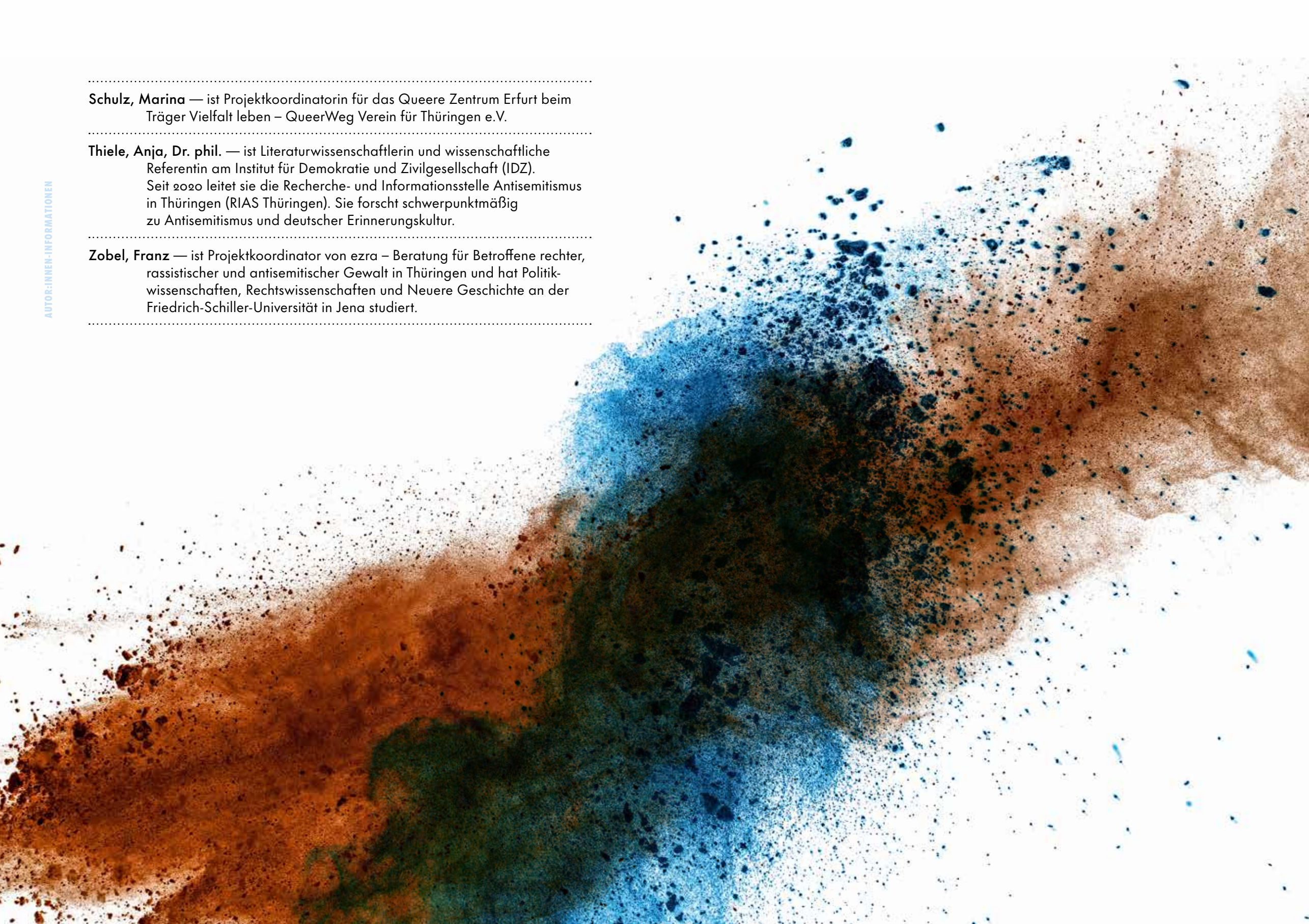
Salheiser, Axel, Dr. phil. — ist Soziologe und seit 2012 Co-Autor des *Thüringen-Monitors*. Seit 2019 arbeitet er als wissenschaftlicher Referent am Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ). Seit Februar 2022 ist er kommissarischer wissenschaftlicher Leiter des IDZ.

Schestak-Haase, Franziska — ist seit 2018 Beraterin bei ezra – Beratung für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Thüringen. Sie beschäftigt sich zudem mit der anstehenden wissenschaftlichen Überprüfung der Todesopfer rechter Gewalt in Thüringen seit 1990.

Schulz, Marina — ist Projektkoordinatorin für das Queere Zentrum Erfurt beim Träger Vielfalt leben – QueerWeg Verein für Thüringen e.V.

Thiele, Anja, Dr. phil. — ist Literaturwissenschaftlerin und wissenschaftliche Referentin am Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ). Seit 2020 leitet sie die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus in Thüringen (RIAS Thüringen). Sie forscht schwerpunktmäßig zu Antisemitismus und deutscher Erinnerungskultur.

Zobel, Franz — ist Projektkoordinator von ezra – Beratung für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Thüringen und hat Politikwissenschaften, Rechtswissenschaften und Neuere Geschichte an der Friedrich-Schiller-Universität in Jena studiert.



IMPRESSUM

Herausgeber:innen: ezra,
MOBIT e.V., KomRex, IDZ Jena
Redaktion: Dr. Axel Salheiser
Lektorat: Susanne Haldrich
Gestaltung und Satz: Uwe Adler
Redaktionsschluss: 1. Mai 2022
Abbildungen: Wenn nicht anders
angegeben, liegen die Bildrechte
bei den jeweiligen Autor:innen.
ISBN: 978-3-940878-74-8

© 2022

Gefördert vom Thüringer
Ministerium für Bildung, Jugend
und Sport im Rahmen des
Thüringer Landesprogramms
für Demokratie, Toleranz
und Weltoffenheit (Denk Bunt)

*Diese Veröffentlichung stellt
keine Meinungsäußerung
des TMJBS dar. Für inhaltliche
Aussagen tragen die Autor:innen
die Verantwortung.*



MOBIT – Mobile Beratung
in Thüringen – für Demokratie,
gegen Rechtsextremismus e.V.
Schillerstraße 44, 99096 Erfurt
E-Mail: mail@mobit.org
WWW.MOBIT.ORG

ezra – Beratung für Betroffene
rechter, rassistischer und
antisemitischer Gewalt in Thüringen
Juri-Gagarin-Ring 96/98, 99084 Erfurt
E-Mail: info@ezra.de
WWW.EZRA.DE

KomRex – Zentrum für
Rechtsextremismusforschung,
Demokratiebildung und
gesellschaftliche Integration
Friedrich-Schiller-Universität Jena
Humboldtstraße 11, 07743 Jena
E-Mail: komrex@uni-jena.de
WWW.KOMREX.UNI-JENA.DE

Institut für Demokratie
und Zivilgesellschaft (IDZ)
Talstraße 84, 07743 Jena
E-Mail: mail@idz-jena.de
WWW.IDZ-JENA.DE

*Das IDZ ist eine Einrichtung
in Trägerschaft der
Amadeu Antonio Stiftung.*



Amadeu Antonio Stiftung
Novalisstraße 12, 10115 Berlin
E-Mail: info@amadeu-antonio-stiftung.de
WWW.AMADEU-ANTONIO-STIFTUNG.DE

DIE »THÜRINGER ZUSTÄNDE« BIETEN EINE KOMPAKTE, FAKTENBASIERTE DARSTELLUNG UND KRITISCHE EINORDNUNG

der Situation des Rechtsextremismus, des Antisemitismus und Rassismus, der Abwertung, Diskriminierung und Hassgewalt im Freistaat Thüringen im Jahr. Dazu werden in elf Einzelbeiträgen wissenschaftliche Analysen sowie Einschätzungen auf Grundlage zivilgesellschaftlicher Expertise und aus der Perspektive von Betroffenen vorgelegt.

WWW.THUERINGER-ZUSTAENDE.DE

AUS DEM INHALT: Antidiskriminierungsarbeit und Diskriminierungsthemen in Thüringen » Jüdische Perspektiven auf Antisemitismus in Thüringen » Polizeilich erfasste Hasskriminalität in Thüringen » Rechte, rassistische und antisemitische Gewalt in Thüringen » Die extreme Rechte in Thüringen » Der Mord an Mario K. in Altenburg im Kontext LSBTIQA*-feindlicher Gewalt in Thüringen » Rassismus in Thüringen: Selbstorganisation und Empowerment als Antwort » Blackbox Erstaufnahmeeinrichtung – Innenansichten des Ankommens in Thüringen » Ballstädt – eine Tragödie in zwei Akten » Die Thüringer AfD bei der Bundestagswahl 2021 » Corona-Skepsis und Rechtsextremismus – Der Einfluss der Corona-Pandemie auf die politischen Einstellungen in Thüringen

